

gesammelte Flugschriften

DDR '90

DM 5.-
Heft 3
März 90



VEREINIGTE LINKE

Originaldokumente der DDR-Opposition

Initiative Vereinigte Linke

13. Autonome Gruppe
Rote Rosa
AG Bildung und Erziehung (VL5)
Betriebsgruppe
Bund unabhängiger Sozialisten
Die Nelken

Berlin (DDR), Potsdam, Freiberg, Leipzig, Erfurt, Rostock, Halle

herausgegeben vom AStA der TU Berlin (West)

gesammelte Flugschriften DDR - Originaldokumente der DDR-Opposition - Nr.3, März 1990

herausgegeben vom ASIA der Technischen Universität Berlin (West) Marchstr. 6, D-1000 Westberlin 12
erstellt von der Initiative für eine Vereinigte Linke
Technische Gestaltung, Produktion und Vertrieb: ASIA TU
V.I.S.d.P: Claus Vogt c/o ASIA TU

Heft 1: Grundsatzdokumente von Oppositionsgruppen
erstellt vom Herausgeberkollektiv

Heft 2: Lilo - Dokumente der Frauenbewegung in der DDR
erstellt von Uta Offensive (Lilo)

Heft 3: Dokumente der Vereinigten Linken
erstellt von der Initiative Vereinigte Linke

Einzelheft 5.- DM - Bearbeitungspauschale 5.-DM - Händleranfragen erwünscht
Bestellungen nur per Vorüberweisung auf Konto:
O. Herrick Bankkonto Nr.51-2006-104, Postfach Berlin DDE 100 100 10
Auf dem Einzahlungsformular: Absender, wieviel und welche Hefte.
Auch spätere Hefte können schon bestellt werden.

in Westberlin erhältlich an folgenden Stellen:
ASIA TU, 1/12, Marchstr.6. Öffnungszeiten 11-14.00 Uhr.
Fast alle anderen Asten
Al-Bastbüro, 1/62, Badensche Str. 29, 12-14.00 Uhr
JuSo-Landesbüro, 1/65, Müllerstr.163, 9-13.00 Uhr
Mittelweg 36/Waldhof, "Schwarze Klasse" 1/81, Grünaustr. 2

Spendenkonto der Vereinigten Linken
Helga Wolf - Vereinigte Linke
Kto. 353 160 20 80
Berliner Bank (West)

Vorwort des Herausgebers

Das für Januar angekündigte Heft "Leipzig" mußte leider ausfallen. Die dortigen Ereignisse sind zu kompliziert, als daß sie durch unsere Freundinnen in Ostberlin hinreichend widerspiegelt werden könnten. Stattdessen erscheinen mit diesem Heft (und einiger Verspätung) Dokumente der Initiative Vereinigte Linke. Wir hoffen, damit allen Leipzig-Interessenten einen ebenso interessanten Ersatz zu bieten und entschuldigen uns bei allen, die sich schon auf Leipzig-Dokumente gefreut hatten.

Die Dokumente wurden uns von der Medienverantwortlichen der Vereinigten Linken zur Verfügung gestellt, mit der Bitte die weitere Auswahl nach redaktionellen Gesichtspunkten vorzunehmen. Wir hielten es für besser, alle Texte zu nehmen und sie etwas früher zu drucken. Natürlich hat die Leserschaft nicht so sehr gelitten.

Inhalt

- 4 Service: Was gibt's noch zum Thema DDR: telegraph, Räuber mit der Kohle, Der Umbruch in der DDR
- 5 Vorwort - Initiative Vereinigte Linke -
- 6 Erklärung .. zu den Ergebnissen des ersten Gesprächstages am "Runden Tisch"
- 7 Presseerklärung .. zu den Ergebnissen des "Runden Tisches" vom 18.12., 22.12. und 27.12.1989
- 8 Für die BZA: Presseerklärung ..am Runden Tisch vom 28.12.1989
- 10 Pressemitteilung. "Bund Unabhängiger Sozialisten" in der IVL (anlässlich 9.12.89)
- 11 Für ein linkes Dokumentationszentrum (8.12.89)
- 12 Flugblatt: Provokation in der Berliner Zeitung! (16.12.89)
- 13 Flugblatt: Wollt Ihr die Bananenrepublik. Stud. Anti-Wiedervereinigungsini. Berlin (Demo zum Kohlbesuch 19.12.89)
Flugblatt: Was bringt Kohl?. Diverse Gruppen (Demo zum Kohlbesuch 19.12.89)
- 14 Offener Brief an alle Mitglieder der SED (zu Rumänien). IVL. (verlesen auf Kundgebung 19.11.89)
- 15 FLugblatt: Appell (zu Rumänien). Diverse Gruppen (22.12.89)
- 16 Flugblatt: Liebe Landsleute in der DDR. 13. Autonome Gruppe in der IVL
- 17 Antwort für die "Stern"-Sonderausgabe DDR-Wahlen. IVL Berlin. (20.1.90)
- 19 Artikel BZ 21./22.1.90: Statt Souveränität ausländisches Kapital. 13.Autonome Gruppe in der IVL
Artikel BZ 21./22.1.90: Die Rechnung mit dem Kindergeld. Lila Offensive(UFV), Rote Rosa (VL)
- 20 Erklärung .. zu den Gesprächen über .. Regierungsverantwortung. (29.1.90)
- 21 Positionspapier der AG "Bildung und Erziehung" der IVL (VL5).(ohne Datum)

Potsdam, Freiberg, Leipzig, Erfurt, Rostock, Halle

- 23 Potsdam: Artikel "Märkische Volksstimme" 20.1.90: rot, grün, kooperativ Potsdamer VL für eine frische DDR.
- 24 Freiberg: Mitbestimmung. Klaus Halke. (15.11.89)
Freiberg: Studentenrat an der BAF. Thomas Fechner/Initiativgruppe Studentenrat. (6.1.90)
- 25 Leipzig : Was die Vereinigte Linke in den Betrieben will. VL Leipzig.
- 26 Erfurt : Gemeinsam gegen Rechts. VL. (anlässlich 19.12.89)
- 27 Erfurt : Erklärung .. zu den Wahlen am 6.Mai 1990. IVL Erfurt. (10.1.1990)
- 28 Erfurt : Antrag .. an den "Runden Tisch der DDR". (10.1.90)
- 29 Rostock : Positionspapier. VL Rostock. (17.1.90)
- 30 Rostock : An die Regierung der DDR. VL Rostock. (ohne Datum)
- 31 Rostock : Für Demokratie an unseren Schulen. Rostocker Bürgerrat. (Jan 90)
- 33 Halle : Satzung der VL Halle. (ohne Datum)
- 34 Halle : Für eine sozialistische Räterepublik. Plattform Rätebewegung. (Nov 89)
- 35 Halle : Volksräte oder Parlamentarismus?? Rätebewegung. (Nov/Dez.89)

Räte, Betriebsräte, Volkskongreß

- 36 Wählt Räte in den Betrieben. Betriebsgruppe der IVL. (ohne Datum)
Arbeitspapier .. Betriebsräte im Prozeß der Überführung von Staats- in Volkseigentum. Dr. Thomas Klein.
(ohne Datum)
- 38 Rechtliche Grundlagen für Betriebs- (oder Arbeiter-) Räte. Die Nelken (zum 3.2.90)
Aufgaben und Rechte der Betriebsräte.Frank Täubner (Gruppe für Betriebsarbeit IVL). (31.1.90)
- 41 Sieben Fragen zum Betriebsrat. Gruppe für Betriebsarbeit der IVL. (1.2.90)
- 42 Konzeption zur Bildung eines Betriebsrates. AG Werk 1 BAE. (8.1.90)
Kolleginnen und Kollegen. Koordinierungsbüro für den Volkskongreß. (3.2.90)
- 44 Manuskript - Wirtschaft und Planung in der DDR (6.7.87)
- 50 Impressionen von der Arbeitskonferenz der Vereinigten Linken am 25./26.11.1989

Service: Was gibt's noch zum Thema DDR

telegraph: Originalbeiträge der Oppositionellen Gruppen der DDR

Eine der Hauptpublikations- und Informationsweitergabemöglichkeiten für die linke Opposition waren die monatlich erscheinenden "Umweltblätter" der Umweltbibliothek (Ost-Berlin). Seit September '89 gibt die Redaktion der "Umweltblätter" in direkter Nachfolge die Wochenzeitschrift "telegraph" heraus. In ihm sind Sichtweisen und Stellungnahmen der "ewigen" Opposition zur Politik zu finden.

Wir bieten Euch folgendes an: telegraph 1 mal/Woche 1.-DM /Ex. (zzgl. Porto)
Auf Anfrage sind die bisher erschienenen telegraphen komplett erhältlich. Exemplare der "Umweltblätter" sind ebenfalls erhältlich: Umweltblätter 6.-DM /Ex. (zzgl. Porto). Ab 5 Exemplaren gibt es 30 % Rabatt.

Bestellungen an: Kopie M 99 Manteufelstr. 99, D-1000 Berlin 36.

Überweisungen an: Bert Schlegel Kto. 424674-105 beim PGA Berlin BLZ 100 100 10

Teilt uns mit, was Ihr gerne hättet und wohin. Die Spenden und Überschüsse des Vertriebs werden zur Auflagerhöhung und zur Existenzsicherung des Telegraphs verwendet.

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenastr.2, 1000 Berlin 61

Alternative Liste, Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31

Goldrausch Frauennetzwerk e.V., Potsdamer Str.139, 1000 Berlin 30

Spendenaufruf - Rüber mit der Kohle!

Eine Chance für die linke und alternative Bewegung in der DDR

Längst sind die etablierten Parteien und die Industrie der BRD dabei, das Bedürfnis der DDR-Bevölkerung zur Kooperation für eigene wirtschaftliche und politische Interessen zu instrumentalisieren, die DDR schlichtweg über den Tisch zu ziehen.

Die vielfältigen neuen linksalternativen Initiativen, Organisationen und Projekte brauchen jetzt unsere Unterstützung!

Wir wollen jene unterstützen, die

- die sozialen Errungenschaften der DDR erhalten wollen und sich auf dieser Grundlage für ökologische und soziale Lebens- und Arbeitsformen in der DDR einsetzen.
- selbstverwaltete und herrschaftsfreie Strukturen als Basis für eine Demokratisierung der DDR schaffen wollen.
- die für einen humanistischen und ökologischen Internationalismus und gegen alten und neuen Nationalismus streiten.

Die Gruppen, Initiativen und Organisationen brauchen dringend Material. Von Büromaterialien, Schreibmaschinen und Kopierern bis zu Druckkapazitäten wird alles benötigt.

Selbstbestimmung darf keine leere Worthülse sein; deshalb soll ein demokratisch legitimer Beirat in der DDR über Förderungswürdigkeit und Mittelvergabe entscheiden. In diesem Beirat sind VertreterInnen von: Demokratie jetzt, Grüne Liga, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauendachverband.

Die Alternative Liste stellt hierzu treuhänderisch folgendes Sonderkonto zur Verfügung:
AL / Solikonto DDR, Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kto-Nr.: 079 001 9990

Der Umbruch in der DDR

Meinungen, Analysen, Dokumente und Planspiele

Januar 1990, ca. 140 Seiten A4, 3.- DM Unkostenbeitrag

Fachschaftsrat Geschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Domplatz 20-22, 4400 Münster.

Vorwort - Initiative Vereinigte Linke

Anfang September 1989 fand in Böhlen ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, darunter Christen und Marxisten, statt. Auch Mitglieder der SED waren anwesend. Von diesem Treffen ging die Initiative für eine vereinigte Linke in der DDR aus ("Böhlener Plattform").

Die Initiative "Vereinigte Linke" (IVL), die sich auf ihrem 1. Arbeitstreffen am 25./26.11.1989 konstituiert hat und inzwischen in 12 Bezirkstädten der DDR arbeitet (Mitwirkung an Runden Tischen, Sprecherräte, Bürgerkomitees, Betriebsgruppen etc.) tritt ein für die sozialistische Umgestaltung der DDR auf der Grundlage:

- des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
- der Selbstbestimmung der Produzenten als Basis für Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
- des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
- alle zu erkämpfenden Rechte gelten im weltweiten Kontext.

Die IVL ist ein linkes Aktionsbündnis für Parteien, Gruppen und Einzelpersonen, die für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus eintreten. Sie will mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle, vor allem in den Betrieben, orientieren. Sozialistische Demokratie bedeutet nach dem Verständnis der IVL mehr als parteizentrierter Parlamentarismus, in dem die Bürger ihren Willen bloß mit Wahlzetteln manifestieren könnten. Sie bedeutet vielmehr, die eigenen Angelegenheiten nicht mehr aus der Hand, nun etwa in die von mehreren Parteien zu geben. Garantien für die politische Unumkehrbarkeit des Aufbruchs unseres Landes zum Sozialismus kann, so meint die IVL, die breite Volksbewegung nur selbst schaffen. In den Betrieben wird die Entscheidung über die Zukunft nicht nur der Arbeiter, sondern auch über die Chancen des Sozialismus in unserem Land fallen.

Die IVL vertritt den Standpunkt, daß nur auf der Grundlage basisdemokratischer Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen sozialistischen Entwicklung in unserem Lande dienen kann. Betriebsräte als Instrumente der Selbstverwaltung, territoriale Räte und andere breit zu entwickelnde Formen der unmittelbaren Interessenvertretung gehen weit über die Wiedererlangung gewerkschaftlicher Rechte hinaus.

Die Vereinigte Linke ist weder gegen Wahlen noch gegen Wirtschaftskooperation auch mit dem Westen. Aber sie tritt entschieden gegen blindes Vertrauen in parlamentarische Mechanismen und gegen Manipulation mit Volksvermögen durch Managerwillkür auf. Deshalb setzt sich die IVL dafür ein, daß noch vor den Wahlen Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Bürgerkomitees, unabhängigen Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten VOLKSKONGRESS zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen. An diesen konkreten Forderungen der Werktätigen müssen sich dann Parteien und gesellschaftliche Organisationen orientieren.

Die Initiative "Vereinigte Linke" erklärt sich für:

- eine vertraglich auszugestaltende Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten für Frieden und Zusammenarbeit in ganz Europa in der Welt
- die uneingeschränkte Anerkennung der Souveränität zweier deutscher Staaten einschließlich deren Staatsbürgerschaft
- den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf dieser Grundlage
- die sozialistische Perspektive der DDR.

Erklärung der Vertreter der Initiative "Vereinigte Linke" zu den Ergebnissen des
ersten Gesprächstags am "Runden Tisch"

Die Gespräche am "Runden Tisch" beginnen in einer Zeit erneuter Zuspitzung der andauernden Krise in unserem Land. Die von Modrow geführte Regierung bleibt den Beweis schuldig, daß ihre gesetzgeberischen und anderen Aktivitäten einem Konzept folgen, welches einem freiheitlichen und demokratischen Sozialismus den Weg ebnet. Je mehr die politischen Kräfte des Landes die Aussicht auf eine solche Perspektive verwässern, werden die Stimmen gegen den drohenden Ausverkauf der DDR leiser und die für einen Anschluß an die BRD lauter. Unter letzteren lassen sich zunehmend rechte Kräfte vernehmen. Die SED-Parteibasis wird noch lange um die Wiederherstellung politischer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit einer von korrupten und machtbessenen Führern mißbrauchten Partei ringen müssen. Mit der fehlenden demokratischen Legitimation der Volkskammer hat auch die Regierung keine demokratische Grundlage. Angesichts dieser Situation sehen wir, daß die Bevölkerung mangels anderer Alternativen immer nachdrücklicher freie Wahlen fordert. Dabei wächst der Zorn der Bürger über den erkennbar werdenden Umfang von Machtmißbrauch und Korruption und über die Versuche, ihn zu verschleiern. Die ausbrechende Erbitterung richtet sich gegenwärtig vor allem gegen die Nachfolgeeinrichtung des verfassungsfeindlichen Ministerium für Staatssicherheit.

Wir wollen aber die Aufmerksamkeit vor allem auf Vorgänge in der Wirtschaft unseres Landes lenken: Vielerorts beginnen die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatiisleitungen in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten. Viele Werktätige befürchten, daß sie selbst ebenso wie die maroden Produktionsanlagen des Landes als Konkursmasse unbefragt in die Transaktionen der neuen Verwalter einbezogen werden. Immer mehr Menschen spüren, daß ihre Zukunft und vor allem ihre soziale Sicherheit auf dem Spiel steht.

In Wirtschaft und Politik fallen schon in den nächsten Wochen und Monaten die Würfel, sofern es den Mächtigen gelingt, materielles "Recht" und vollendete Tatsachen zu schaffen! Daran werden auch Wahlen im Mai kaum etwas ändern können.

Die "Vereinigte Linke" will mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle vor allem in den Betrieben orientieren. Nur so wird internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen sozialistischen Entwicklung in unserem Land dienen können. Ansonsten wird ein Ausverkauf mit allen Konsequenzen und in erster Linie zu Lasten der arbeitenden Menschen beginnen.

Wir wenden uns also weder gegen Wahlen noch gegen Wirtschaftskooperation. Um so entschiedener sind wir aber gegen blindes Vertrauen in parlamentarische Mechanismen und gegen Manipulationen mit Volksvermögen durch Managerwillkür. Wichtig ist, ob es gelingt, daß noch vor den Wahlen Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Bürgerkomitees, unabhängigen Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten Volkskongress zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen. Keine politische Kraft in unserem Land wird mit ihrem Programm an diesen Forderungen vorbeikommen. Jeder wird dann auch zu den Wahlen besser einschätzen können, wer auf seiner Seite steht.

Wir bedauern, daß es beim ersten Gespräch am "Runden Tisch" nicht durchsetzbar war, die Situation in der Wirtschaft zu erörtern.

Wir bedauern, daß auch von uns getragene Auffassungen vom "Runden Tisch" aus nur die Gestalt von Forderungen an eine legitimationsarme Regierung annahm und die Haltungen der vertretenen politischen Kräfte für die Bevölkerung nicht deutlicher wurden.

Trotzdem sehen wir den "Runden Tisch" als eine Chance an, daß für die Bevölkerung klarer wird, welchen Charakter und welches Ausmaß die Krise unseres Landes hat und wie die verschiedenen Lösungsvorstellungen aussehen. Bis jetzt wurde nur auf Stimmungen in der Bevölkerung reagiert. Es zeigte sich, daß die am Tisch sitzenden Vertreter alter und neuer Parteien ausschließlich auf Parlamentarismus setzen. So hoffen etwa die Vertreter der SED, daß mit der Verabschiedung einer Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetzgebung sowie einer neuen Verfassung die Funktion von Bürgerkomitees in den Kontrollvollmachten des Parlaments aufgelöst werden können. Wir meinen dagegen, daß die Entwicklung von Formen unmittelbarer Demokratie und direkter Volkskontrolle nicht im Gegensatz zum Parlamentarismus steht. Wohl aber wird dann "Regieren" für das Volk mehr bedeuten, als sich über Parteien für oder gegen eine Regierung auszusprechen. Wir meinen auch, daß eine Betriebsrätebewegung nicht im Gegensatz zum Kampf um die Wirtschaftlichkeit von Betrieben steht - es sei denn, man verabschiedet sich von den politischen und ökonomischen Inhalten dessen, was in der DDR die sozialistische Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus werden könnte.

Annett Seese, Thomas Klein 8.7.1985

3.12.1985

*Presseerklärung der Vertreter der Initiative "Vereinigte Linke"
zu den Ergebnissen des "Runden Tisches" vom 18.12, 22.12. und 27.12.1989*

Am 7.12.1989 wurde vom "Runden Tisch" aus die Offenlegung der wirtschaftlichen, finanziellen und ökologischen Situation des Landes durch die Regierung gefordert. In einer Presseerklärung vom 8.12. wiesen die Vertreter der "Vereinigten Linken" darauf hin, daß "vielerorts ... die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatleitungen beginnen, in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten." Die Wirtschaftsministerin Frau Luft erklärte am 22.12. am "Runden Tisch", die Regierung stehe angesichts zunehmender Forderungen nach Ablösung von Betriebsdirektoren fest hinter diesen Direktoren. Inzwischen haben die Regierungsparteien CDU und LDPD die Perspektive des Sozialismus aus ihrer politischen Programmatik verabschiedet. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst, ob und wie mit der Modrow-Regierung noch an dieser Perspektive festgehalten werden soll. Auch deshalb werden die Stimmen nach einer Wiedervereinigung mit der kapitalistischen BRD lauter.

Am 18.12. fehlten aussagefähige Regierungsvertreter am "Runden Tisch" und die Forderung vom 7.12. blieb uneingelöst. Die Vertreter aller Regierungsparteien sind ihrer besonderen Verantwortung für die unverzügliche Einlösung dieser Forderung nicht gerecht geworden. Vor allem infolge der massiven Proteste von Vertretern der Opposition konnte dann am 22.12. eine außerordentliche Anhörung der Wirtschaftsministerin Frau Luft und anderer Regierungsvertreter anberaumt werden.

Nicht nur unserer Auffassung nach waren die gegebenen Informationen weder hinreichend, noch konkret genug. Ein nach der Anhörung vorgelegter umfangreicher Katalog ungeklärter Fragen der Opposition zur Wirtschaftslage und zur Wirksamkeit der angekündigten Sofortmaßnahmen insbesondere zum Schutz der Wirtschaft vor dem Ausverkauf subventionierter Güter und Dienstleistungen belegen dies erschöpfend. Die Ministerin versicherte, DDR-Unternehmen würden weder auf die Anteilsmajorität bei joint ventures (welche die Gültigkeit des Arbeitsrechts der DDR garantiere) verzichten, noch seien laufende Kontakte bereits zu Verträgen gediehen, da die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Am gleichen Tag wurde bekannt, daß der DDR-Automobilbau mit dem VW-Konzern Wolfsburg auf der Grundlage 50-50 bereits einig sei.

Die von den Vertretern der "Vereinigten Linken" gestellten Fragen nach dem Konzept der Regierung sind unbeantwortet geblieben. Wenn am 3.1. am "Runden Tisch" erneut in Anwesenheit von Regierungsbeauftragten über Wirtschaftsfragen gesprochen wird, haben die Ressortminister schon über ein Stabilisierungsprogramm für die Produktion, den Binnenmarkt, die Staatsfinanzen und die Außenwirtschaft für 1990 beraten. Wie das Staatseigentum durch Demokratisierung in Volkseigentum verwandelt werden kann, scheint die Regierung kaum zu beschäftigen. Richtungsweisende Gesetze zur Kapitalkooperation sind aber angesichts startbereiter westlicher Unternehmen schon für die nächste Zeit angekündigt worden. In der Staatlichen Plankommission denkt man sogar schon über inländisches Kapital nach und die Regierung hat durch Suspendierung von Beschränkungen für private Wirtschaftsunternehmen unter Hinweis auf ins Haus stehende Verfassungsänderungen bereits den Weg gewiesen. Fragen nach offenbar laufenden Verhandlungen über die Errichtung von Kernkraftwerken durch BRD-Firmen blieben unbeantwortet. Ein neues Energiekonzept für die DDR ist jedoch frühestens im April 1990 angekündigt - ebenso ein volkswirtschaftliches Strukturkonzept und Programme für eine neue Umweltpolitik.

Was ist von alledem zu halten?

Hier beginnt eine geschäftsführende Übergangsregierung auf gesetzgeberischem Wege vollendete Tatsachen der Veränderung unseres Wirtschafts- und Sozialgefüges zu schaffen. Ohne Strukturkonzepte drohen Entscheidungen zu fallen, die etwa unsere Energiepolitik über die Köpfe der Werktätigen und am "Runden Tisch" vorbei auf Jahrzehnte festlegen. Was anfangs noch wie ein Notprogramm zur Sanierung unserer am Boden liegenden Volkswirtschaft auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aussah, nimmt nun Formen an, die solche Kapitalkooperation zu den Bedingungen des Westens als tragende Säule einer "Wirtschaftsreform" erscheinen lassen. Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Werden hier die ökonomischen Fundamente einer Wiedervereinigung gelegt?

Die Gelegenheit scheint günstig. Immer mehr auch neue politische Kräfte des Landes verwässern die Perspektive eines sich auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln entwickelnden sozialistischen Gemeinwesens und geben Ängsten vor Arbeitslosigkeit und dem Abbau

sozialer Sicherheit Nahrung. Freie Wahlen erscheinen als das politische Allheilmittel der Demokratisierung. Doch am 6. Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein - trotz freier Wahlen.

Angesichts dieser Situation erneuern und bekräftigen wir unsere Bereitschaft, mit allen an der Perspektive eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus festhaltenden Kräften unseres Landes zusammenzuarbeiten. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongress aus Delegierten der Bürgerkomitees, Volkskontrollausschüsse und Betriebsräteinitiativen zusammentreten sollte. Wir begrüßen es, daß nun auch der Vorsitzende des Parteivorstands der SED-PDS, Dr. Gregor Gysi, unsere Forderung nach sofortiger Bildung von Betriebsräten teilt.

Der "Runde Tisch" ist in eine Krise geraten. Am 27.12. wurde über die ganze Sitzungsperiode und buchstäblich bei jedem Tagesordnungspunkt die unzureichende Arbeitsfähigkeit des Gremiums infolge Abwesenheit auskunftsfähiger Regierungsbeauftragter angemahnt. Wir appellieren eindringlich an die Vertreter der Regierungsparteien, ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden. Ein "Runder Tisch", degradiert zum Debattierklub, verkommt sonst zum scheindemokratischen Ablenkungsmanöver. Die Bevölkerung hat nicht nur ein Recht darauf, zu wissen, was die Regierung will, sondern auch darauf, wo die politischen Kräfte dieses Landes stehen.

28.12.1989

Bernd Gehrke
Thomas Klein

FÜR DIE BZA: PRESSEERKLÄRUNG DER VERTRETER DER "INITIATIVE FÜR
EINE VEREINIGTE LINKE" (THOMAS KLEIN, BERND GEHRKE) AM RUNDEN
TISCH VOM 28.12.1989 - 40 ZEILEN A 65 ANSCHLÄGE: BEGINN D. TEXTES:

Presseerklärung der "Vereinigten Linken" (VL) zum "Runden Tisch"
Am 8.12. wiesen die Vertreter der VL darauf hin, daß "vielerorts die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinati-
sleitungen beginnen, in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsablässe in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten." Inzwischen haben die Regierungsparteien CDU und LDPD die Perspektive des Sozialismus aus ihrer politischen Programmatik verabschiedet. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst, ob und wie mit der Modrow-Regierung noch an dieser Perspektive festgehalten werden soll. Nach Auffassung der VL waren die von der Wirtschaftsministerin Frau Luft am 22.12. gegebenen Informationen zur Wirtschaftslage unzureichend. Von der VL gestellte Fragen nach dem Konzept der Regierung sind unbeantwortet geblieben. Wie das Staatseigentum durch Demokratisierung in Volkseigentum verwandelt werden kann, scheint die Regierung kaum zu beschäftigen. Richtungsweisende Gesetze zur Kapitalkooperation sind aber angesichts startbereiter westlicher Unternehmen schon für die nächste Zeit angekündigt worden. In der Staatlichen Plankommission denkt man sogar schon über inländisches Kapital nach. Fragen nach offenbar laufenden Verhandlungen zum Beispiel über die Errichtung von Kernkraftwerken durch BRD-Firmen blieben unbeantwortet. Hier beginnt eine geschäftsführende Übergangsregierung auf gesetzgeberischem Wege vollendete Tatsachen der Veränderung unseres Wirtschafts- und Sozialgefüges zu schaffen. Ohne Strukturkonzepte drohen Entscheidungen zu fallen, die etwa unsere Energiepolitik über die Köpfe der Werktätigen und am "Runden Tisch" vorbei auf Jahrzehnte festlegen. Was anfangs noch wie ein Notprogramm zur Sanierung unserer Volkswirtschaft auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aussah, nimmt nun Formen an, die solche Kapitalkooperation zu den Bedingungen des Westens als tragende Säule einer "Wirtschaftsreform" erscheinen lassen. Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Am 6. Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein - trotz freier Wahlen. Die VL bekräftigt deshalb ihre Überzeugung, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongress aus Delegierten der Bürgerkomitees, Volkskontrollausschüsse und Betriebsräteinitiativen zusammentreten sollte.

(nie erschienen/red)

Pressemitteilung

Am 9. Dezember 1989 hat sich in Leipzig der "Bund Unabhängiger Sozialisten" gegründet.

Er versteht sich als konsequent sozialistisch, demokratisch, ökologisch, emanzipatorisch und internationalistisch.

Er betrachtet sich als Teil der Initiative "Vereinigte Linke" und will mit allen linken und sozialistischen Kräften solidarisch und gleichberechtigt zusammenarbeiten.

In einem Aufruf des Bundes heißt es: "Alle Kräfte, die sich für eine wirklich sozialistische Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus auf dem Boden der DDR einsetzen, müssen sich jetzt sammeln, denn unser Land ist in einer Existenzkrise." Ferner heißt es: "Es muß ein Bund geschaffen werden, der basisdemokratisch organisiert ist und ohne autoritäre Zentrale alle sozialistischen Kräfte zur Aktion vereint."

Der Bund Unabhängiger Sozialisten will vielfältige Formen direkter Demokratie durch Volksentscheide, Volkskontrollausschüsse und Betriebskomitees unterstützen.

Kontaktadressen:

Berlin: Jutta Braband, Alte Schönhauser Str. 46, 1054 Berlin, Tel. Berlin 2828088 (ab 16.30 Uhr)
Frank Friedrich, Stendaler Str. 45, 1150 Berlin, Tel. Berlin 5619389 (ab 16 Uhr)
Ulrich Schmidt, Plauener Str. 7, 1092 Berlin, Tel. Berlin 3764308

Dresden: Andre Krabbe, Lönsweg 12, 8019 Dresden

Leipzig: Ina Grille, Silbermannstr. 3, Leipzig 7031, Tel 4011731
Anett Seese, Simildenstr. 10, 7030 Leipzig
Lutz Graf, Erdmannstr. 5, 7031 Leipzig
Kontakttelefon Leipzig 209700

Rostock: Björn Boewe, Wilhelm-Pieck-Ring 13-15, Zi. 904, 2500 Dresden
Christoph Kelz, Budapester Str. 72 (bei Fiebrau), 2500 Dresden

Schwerin: Michael Reizke, August Bebel Str. 15, 2757 Schwerin
Andreas Poppe, Mecklenburger Staatstheater, Alter Garten, 2751 Schwerin
Tel. Schwerin 882143

Cottbus: Michael Apel, Töpferstr. 4, 7500 Cottbus, Tel. Cottbus 22273 (10 - 15 Uhr)

Karl-Marx-Stadt: Swantje Frühauf, Jahnstr. 19, 9023 K.-M.-Stadt

Halle: Thomas Kupfer, Leopoldstr. 7, 4020 Halle
Rainer Fürstenberg, Reilstr. 48, 4020 Halle

Freiberg: Silke Kurt, Winklerstr. 22/24, 9200 Freiberg, Tel. Freiberg 514119
Jens Richnow, Winklerstr. 20/18 9200 Freiberg

Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit

Wir sammeln das Schriftgut:

- der oppositionellen Bewegung in der DDR, ihre Zeitschriften und andere Publikationen und Zeugnisse ihrer Arbeit vor dem September 1989

- der oppositionellen Bewegung nach dem September 1989
- speziell aller innerhalb der "Initiative für eine Vereinigte Linke" arbeitenden Gruppen sowohl vor als auch nach dem September 1989

Wir bitten die oppositionellen Gruppen in der DDR, uns die Geschichte ihrer Bewegung in einer selbst gewählten Form mitzuteilen bzw. sich an der Aufarbeitung dieser Geschichte zu beteiligen.

Wir sammeln alle im Ausland erschienene Literatur ehemaliger DDR-Bürger, ob nun Schriftsteller oder Wissenschaftler oder Autor von Lebensberichten.

Wir wollen Kontakte zu aus politischen Gründen in den Westen abgeschiedenen bzw. gesessenen DDR-Oppositionellen herstellen.

Wir werden jene Literatur sammeln, die die Jahrzehntelange internationale Diskussion über alternative Sozialkonzeptionen widerspiegelt.

Wir sammeln Zeugnisse vergangener bzw. vorhandener Versuche kommunikativer Lebensgestaltung in unserem Land.

Wir werden mit Forschungseinrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, die bezüglich unserer Intention Sozial- bzw. mündliche Geschichte betreiben.

Wir sehen die Perspektive, eine unabhängige Forschungseinrichtung der alternativen Bewegung zu etablieren und haben deshalb mit der Gründung des Zentrums und der Schaffung einer arbeitsfähigen Arbeitsgruppe begonnen.

Wir streben die angebrachte Veröffentlichung von Ergebnissen unserer Arbeit an. Dieser Projektkatalog muß u.E. durch die beginnende Arbeit modifizierbar sein.

Für ein "Linkes Dokumentationszentrum"

Die Geschichtsruppe innerhalb der "Initiative für eine Vereinigte Linke" hat ein "Linkes Dokumentationszentrum" gegründet.

Wir wollen für eine sozialistische Perspektive die allgemein wenig bekannten Wurzeln und Erfahrungen bisheriger oppositioneller Bewegungen und Alternativen zum "Steinhaus" in das Bewußtsein unserer Gesellschaft bringen und die öffentliche Diskussion darüber beginnen.

Die offizielle Geschichtswissenschaft hat die Aufarbeitung der Geschichte dieser Bewegungen und ihrer Unterdrückung bisher kaum berücksichtigt bzw. arrogant ignoriert. Diese Aufarbeitung kann nur durch die breite Einbeziehung von Betroffenen und Zeitzeugen geschehen.

Deshalb werden wir Erlebnisberichte, Erinnerungen von Zeitzeugen, Prozeßberichte sowie Namen sammeln und veröffentlichen. Das Zentrum macht sich zugleich zum Schalter von Fällen politisch Repressierter und engagiert sich dafür, daß deren Rehabilitierung nicht auf einen schreibtechnischen Vorgang reduziert wird.

Wir bitten daher alle Betroffenen, "Zeugen", Besitzer privater Archivalsammlungen sowie Interessenten um Bereitstellung von Informationen und Material sowie um persönliche Zusammenarbeit.

Wir haben internationale Kontakte zu ähnlichen Initiativen aufgenommen und sind an der Zusammenarbeit mit allen interessierten Gruppen vor allem in der DDR interessiert.

Berlin, den 8. Dezember 1989

Adresse für Zuschriften

Beate Bornemann
PSF 114
Berlin
1080

Demo für friedliche
Entwicklung

Berlin, BZ

Am 19. Dezember findet in Berlin eine Demonstration gegen Linksradike, Anarchisten, Terroristen, Rechtsradikale, Republikaner und andere Neofaschisten und gegen alle, die den friedlichen, gewaltfreien Entwicklungsprozeß stören wollen, statt.
Treffpunkt: 18.00 Uhr, Weltzeituhr, Alexanderplatz.

PROVOKATION IN DER BERLINER ZEITUNG!

16.12.89

Anlaßßlich des Besuchs Kohls in der DDR, haben die Linken Kräfte zur gewaltfreien Anti-Kohl-Demo aufgerufen. Wir wollen Kohl klar machen, daß er nie Kanzler von ein^{em} Großdeutschland werden wird und daß wir alle auf seine Vorträge verzichten können. Friedlich und gewaltfrei wollen wir einen Ausverkauf der DDR verhindern. Weiteres Anliegen der Demo ist der konsequente Kampf gegen Faschismus und Ausländerhaß. Davillen berichtet die BZ nichts, veröffentlicht ^{erst} erst aber ein Aufruf (siehe oben), in dem die Linkskräfte und die Rechten in ein Topf geworfen werden.

Von der Zimpf. Presse in Westeuropa ist man dies ja gewohnt. Aber das nun die BZ in die gleiche Kerbe hakt, ist sehr bedenklich und empörend.

Linksradike, Autonome u.a. Gruppen des linken Spektrums sind derzeit die einzigen die konsequent gegen Imperialismus, Faschismus, Ausländerhaß, Wiedervereinigung und Ausverkauf ansetzen.

Deshalb sind wir sauer, daß man uns mit den Totengräbern der DDR (Nassir, Brandt u. Kohl-Fansclub u.s.w.) auf eine Ebene stellt. Wir hoffen und fordern, daß die Linke Szene bald mehr Raum in den Massenmedien bekommt!

Die Berliner Zeitung hat sich zwar von der SED getrennt, aber Anzeichen deuten darauf hin, daß die Berliner Zeitung immer noch im Eigentum des Springer-Verlages steht. Wir hoffen, daß die Belegschaft des Berliner Verlages dies verhindert und daß der Berliner Verlag als Volkseigentum erhalten bleibt. M.R.F.

WOLLT IHR DIE BANANENREPUBLIK?

Habt Ihr das Recht auf Mitbestimmung in Euren Betrieben gefordert, um von Daimler Benz, Springer und Krupp entlassen zu werden?

Habt Ihr das Monopol der SED gebrochen, um Euch von der Macht der Monopole regieren zu lassen?

Macht Ihr der Politbürokratie die Privilegien streitig, um sie anderen zu geben?

Habt Ihr der Stasi den Laufpaß gegeben, um Euch den Verfassungsschutz ins Land zu holen?

Wollt Ihr die Warteschlangen vor den Läden gegen Warteschlangen vor den Arbeits- und Sozialämtern eintauschen?

Wollt Ihr in Zukunft Euren Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt aufbauen?

Habt Ihr den Waffenhandel von KoKo aufgedeckt, nur um den von MBB ins Land zu lassen?

Ward Ihr jahrelang stolz darauf, daß in unserem Land mit den Nazis abgerechnet wurde, um jetzt den Republikanern Tür und Tor zu öffnen?

Beginnt Ihr Umweltbewußtsein zu entwickeln, um es in Plastikrüten zu ersticken?

Wollt Ihr Mietwucher und Obdachlosigkeit auch hier?

Seid Ihr auf die Straße gegangen, um Euch jetzt BRDigen zu lassen?

WIR NICHT!

Demo Zum Kohlbesuch

Für den Erhalt der Souveränität der DDR!
Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!

Treff ● 19. 12. 1989,

17.00 Alexanderplatz

Demonstration

18.00 Platz der Akademie Kundgebung

Studentische Anti-Wiedervereinigungsinitiativen Berlin

Was bringt Kohl?

- 10 Stufen auf dem Weg zur halben Kolonie;
- Deutschland-Taumel ohne Perspektive für die Nachbarn;
- Billiglohnland DDR.

Wir sehen und hören täglich:

- Regierungsverhandlungen ohne Legitimation;
- Ausverkauf unserer Betriebe;
- Rufe nach Wiedervereinigung.

Wir haben die Chance, etwas Neues zu beginnen:

- Selbstverwaltung in Betrieben und Gesellschaft;
- Selbstbestimmtes Leben in Solidarität;
- Teilhabe und Verantwortung für alle.

Demonstration zum Kohl-Besuch Für den Erhalt der Souveränität der DDR! Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!

Treffpunkt:

19.12.1989

17.00 Uhr Alexanderplatz zur Demo

18.00 Uhr Platz der Akademie, Kundgebung

Kirche von Unten · Initiative Frieden und Menschenrechte · Studentische Anti-Wiedervereinigungsinitiativen Berlin · Grüne Partei · Vertreter der Initiative »Für unser Land« · Initiative Vereinigte Linke · Umweltbibliothek Berlin · Autonome Antifa · Initiative für unabhängige Gewerkschaften · Lila Offensive · Mitglieder des Neues Forums Berlin · Bürgerbewegung Demokratie jetzt

Rückseite: s. harte Umschlagseite

OFFENER BRIEF AN ALLE MITGLIEDER DER SED

Wir wenden uns an alle Mitglieder der SED, weil ihre Partei in besonderem Maße Verantwortung trägt für die politische Aufwertung des un-menschlichen diktatorischen Regimes in Rumänien.

Jahrelang sind die realen Verhältnisse in Rumänien über die offizielle Berichterstattung der DDR Medien verzerrt worden. Noch anlässlich des Staatsbesuches Ceausescu zum 40. Jahrestag der DDR wurde der "hohe Stand der Freundschaft und kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, Staaten und Völkern" beschworen.

Wenn heute festgestellt wird, daß die SED eine bürokratisch deformierte und anmaßend geführte Partei war, die dem Anspruch Sozialismus nicht gerecht wurde, so trifft dies erst recht auf das Selbstherrschersregime Ceausescu in der RKP zu.

Ceausescu, der sich "Conducator" (Führer) nennen läßt, führt seit Jahren Krieg gegen das eigene Volk.

Grundlegende Menschenrechte - in der rumänischen Verfassung verankert, in internationalen Pakten niedergelegt und von Rumänien ratifiziert - werden massiv verletzt.

Drastische Sparmaßnahmen in allen Lebensbereichen - Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik und einer ehrgelzigen Gigantomanie der politischen Führung - werden seit Jahren der Bevölkerung aufgezwungen.

Die Lebenslage der rumänischen Bevölkerung hat sich in den letzten zehn Jahren katastrophal verschlechtert. Selbst Grundnahrungsmittel sind rationiert. Die allgemeine Korruption demoralisiert zunehmend die Menschen, besonders jene mit niedrigem Einkommen.

Das stattdessen angeordnete Energieparaprogramm brachte für die Bevölkerung gesundheitsschädigende Beschränkungen in der Versorgung mit Wärme, Energie, Wasser und Gas.

Viele wurden Löhne und Gehälter nicht voll ausgezahlt und so die Werkstätten für bürokratische Mißwirtschaft und Fehlplanung haftbar gemacht. Die fortschreitende Ausbeutung der sozialen Sicherheit zeigt sich auch in der katastrophalen Verschlechterung der medizinischen Betreuung und der Einschränkung des Krankengeldes. Weil es keine gesellschaftlich festgelegten Mindestlöhne gibt, liegen die Bezüge nicht weniger Menschen weit unter dem Existenzminimum.

Besonders diskriminiert werden Frauen, weil sie aus bevölkerungspolitisch motivierten Gründen unter Strafandrohung gezwungen werden, mindestens vier Schwangerschaften auszugetragen. Verhütungsmittel sind verboten. Und dies geschieht in der Verantwortung eines Staates, der außerstande ist, für die Grundbedürfnisse von Kindern zu sorgen.

Der fortschreitende Abbau ohnehin drastisch beschränkter politischer und kultureller Rechte der Bevölkerung wirkt sich besonders kläss auf die Lage der nationalen Minderheiten im Land aus.

Die ungarische Minderheit ist zur Leidtragenden der partei- und regierungs-offiziellen rumänischen Kampagne gegenüber einer ungarischen Lesart der Geschichte Siebenbürgens geworden.

Die geplante Zerstörung von 600 Dörfern und historischen Stadtkernen beraubt die Menschen ihres Kulturräumes.

Der fortwährende, massive Druck und die ständige Überwachung durch den allgegenwärtigen und allmächtigen Staatssicherheitsdienst Securitate bedrohen nicht nur Bürgerrechte, sondern alle Bürger. Durch willkürliche Reisebeschränkungen, Übernachtungsverbot für Ausländer bei Privatpersonen und beschlagnahmte Telefonmöglichkeiten ins Ausland soll die Bevölkerung isoliert werden.

Ceausescu behandelt "sein" Volk wie Leibeigene.

Es handelt sich hier um eine Alleinherrschaft ohne gleichen - mitten in Europa. Und die meisten europäischen Regierungen und Politiker sehen unbeteiligt zu.

Hinter der vielfach betonten "führenden Rolle der RKP" verbirgt sich nichts anderes als die Diktatur einer korrupten Familienclique.

Deshalb mußten gerade Mitglieder einer sich erneuernden SED mit an der Spitze einer Bewegung zur völkerrrechtlichen Achtung dieses Regimes stehen. Es ist eine Schande, daß die damalige SED-Führung den Namen Karl Marx mißbraucht hat, um einen solchen despotischen Diktator auch noch mit dem Karl-Marx-Orden zu ehren.

Eine sich erneuernde SED hat jetzt die Pflicht, sich ihrer Schuld am rumänischen Volk bewußt zu werden und diese Schande zu tilgen. Solche Haltung bedeutet nicht "politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates", sondern ist Ausdruck der Solidarität mit einem unterdrückten Volk.

Uns kann das Schicksal der Menschen eines Landes nicht gleichgültig sein, dessen Regierende im NAMEN DES SOZIALISMUS das Volk demoralisieren, entmündigen und diskriminieren.

Wir rufen alle SED-Mitglieder auf:

- nur solche Delegierte zum außerordentlichen Parteitag zu wählen, die sich auch für eine deutliche Politik der DDR in Abgrenzung zu den Menschenrechtsverletzungen in Rumänien einsetzen
 - bei den bevorstehenden Strukturveränderungen in der SED auch auf die Sorge zu legen, daß sich solche Lobhudeleien, wie die der "menschlichen Errungenschaften" Ceausescus, nicht wiederholen
 - schon jetzt als SED-Mitglieder deutliche Zeichen der Richtige Selbsterziehung über die wahren Verhältnisse in Rumänien in unseren Medien zu setzen
 - nicht länger zu dulden, daß der Name SOZIALISMUS durch Personenkult, Autokratismus und Menschenrechtsverletzungen discreditiert wird
- Eine neue Politik der SED wird erst glaubwürdig, wenn auch ein Wandel ihrer Beziehungen zu den Bruderparteien mit den nötigen Konsequenzen erfolgt.

Initiative "Für eine Vereinigte Linke"

(Verlesen auf der Kundgebung des VBK-Berlin am 19. November 1989)

22.12.1989

Appell

Mit großer Freude und Erleichterung haben wir die Nachricht vom Sturz der Ceausescu-Clique erfahren, die in der Niederschlagung friedlicher Demonstrationen des aufbegehrenden Volkes ihre ganze Menschenverachtung und Brutalität unverhohlen offenbarte.

Nun eröffnen sich Möglichkeiten der grundlegenden demokratischen Erneuerung der Gesellschaft auch in Rumänien.

Mit unserer tätigen Solidarität wollen wir ein Zeichen unserer Verbundenheit mit dem befreundeten und notleidenden rumänischen Volk setzen.

Wir appellieren deshalb an alle Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Initiativgruppen und Religionsgemeinschaften sowie an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, Spenden für eine Solidaritätsaktion zugunsten des rumänischen Volkes auf das Konto 444 - Kennwort "Rumänien" - zu leisten. Über den Spendeneingang und die Verwendung werden wir gemeinsam Kontrolle ausüben und öffentlich informieren. Wir wenden uns an die Regierung der DDR mit der Bitte, uns beim Kauf und Versand lebenswichtiger materieller Güter in Höhe der eingehenden Spendensumme zu unterstützen.

Unsere Solidarität dem rumänischen Volk!

Solidaritätskomitee der DDR

Initiative "Solidarität für Rumänien"

Mahnwache vor der rumänischen Botschaft in Berlin

Vereinigte Linke

Neues Forum

Unabhängiger Frauenverband

1 ca. 3 11.10.20 /red.

Liebe Landsleute in der DDR,

Eure Wirtschaft kraucht am Boden. Auch wir wollten sie wieder auf Trab bringen: Ihr laßt uns ein paar Jahre investieren, dafür sichert Ihr uns Besitz, Absatzmärkte und also Gewinn ohne zeitliche Begrenzung. Am besten eignen sich dafür zunächst joint ventures, die bedeuten nämlich absolute Garantie für uns und keine Möglichkeit der Umkehr für Euch! (Von anderen Formen der Kooperation sprechen wir nicht so gern, denn sie versprechen Euch zu viel.)

Haben wir joint ventures abgeschlossen, müssen wir selbstverständlich darauf achten, daß der erworbene Besitz nicht an Wert verliert, also werden wir gemeinsam modernisieren. Da wir jedoch mehr Erfahrung und nun auch ein gewichtiges Recht auf Entscheidung haben, sagen wir Euch, wo und wie wir rationalisieren. Vieles wird sich dann ändern. Möglich, daß einige Leute Schwierigkeiten bekommen. Aber, keine Sorge, das trifft Euch nicht, die Ihr arbeiten könnt. Es wird nur Leistungsschwache treffen, also:

- Arbeiter und Angestellte, die älter als 50 Jahre sind
 - Frauen, deren Kinder zu oft krank sind
 - Beschäftigte, die nicht im Schicht-System und am Wochenende arbeiten wollen
 - Undisziplinierte, die ihre Pausen überziehen
 - Arbeiter und Angestellte, die mehr als zwei Wochen im Jahr krank sind
- eben alle, die sich in unseren joint ventures den notwendigen Normen des freien Marktes nicht unterordnen können.

Für Euch aber, die Ihr übrigbleibt, werden herrliche Zeiten anbrechen. In einigen Jahren, wenn unsere Investitionen sich beginnen auszuzahlen, werden wir zunächst an Euch denken, später müssen wir wieder mehr an uns denken!

Wir hoffen, es ist deutlich geworden, daß wir an einer Deutschen Einheit innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht interessiert sind, die käme uns viel zu teuer.

Also: Joint ventures sind die beste Voraussetzung für uns, Euch in Trab zu versetzen. Ihr werdet staunen, in welchem Tempo Ihr rennen könnt!

Aus dem Goldenen Westen grüßen Euch ganz froh gestimmt, verbunden mit der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit zu unserem Vorteil,

Eure künftigen Herren

INITIATIVE "FÜR EINE VEREINIGTE LINIE" BERLIN

1. Wie steht die VL zur Frage der "deutschen Einheit"?

Wir treten ein für die Verteidigung der Souveränität der BRD gegenüber allen Forderungen nach einer schnellen "Wiedervereinigung" als Angliederung an die BRD. Damit verteidigen wir die Chance einer wirklichen Alternative zum Kapitalismus im Sinne einer Gesellschaft der sozialistischen Freiheit und Demokratie. Selbstbestimmung heißt für uns nicht Unterwerfung unter das politische und wirtschaftliche System des Kapitalismus, sondern eigenverantwortliche Gestaltung unserer Zukunft. Ebensowenig wollen wir den stufenweisen Ausverkauf zu den Bedingungen des Auslandskapitals: Die Verwendung der DDR in ein Billiglohndland und eine verlängerte Werkbank der BRD. Wir wollen die schnelle Ausgestaltung des Grundlagenvettrags im Sinne einer Vertragsgemeinschaft entsprechend dem Grundsatz "Zwei Staaten - eine Nation" bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung. Wir wollen die Entwicklung enger wirtschaftlicher und politischer Beziehungen bei Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs und die Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Vahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung, insbesondere für den Frieden. Wir unterstützen eine gemeinsame Garantieerklärung beider deutscher Staaten für die polnische Westgrenze.

2. Wie steht die VL zur "Alternative Plan- oder Marktwirtschaft"?

In der DDR ist nicht die Planwirtschaft geschaltet, sondern ein als "Planung" getarntes System bürokratischer Kommandowirtschaft. Dies ist eine besonders schädliche Form von Planlosigkeit, weil ein auf riesige Apparate gestützter Dirigismus die verheerenden Folgen seines Handelns durch penetrante Erfolgspropaganda verschleierte. So brauchen wir nicht etwa weniger, sondern mehr Planung - jedoch eine ökonomisch begründete, mit Wert- und Preisregulativen arbeitende, auf betrieblicher Selbstverwaltung gestützte bedürfnisgerechte Wirtschaftsregulation, die sich auch über die Ausnutzung von Marktmechanismen verhält. Neben der Versärfungsbewußten zentralen Planung infrastruktureller Bereiche müssen Marktregulative wirken, die bedarfsgerichte Produktion insbesondere von Massen Gütern und Proportionalität sichern. Der Staat soll nicht mehr dirigierend, sondern regulierend auf die Betriebe einwirken, im Wirtschaftlichen Sinne wird sich so "von unten nach oben" unter zentral beeinflussten Rahmenbedingungen durchsetzen. Die Scheinalternative "Plan- oder Marktwirtschaft" wird von den Befürwortern einer "sozialen Marktwirtschaft" in der jetzt stattfindenden Diskussion benutzt, um einen alles andere als sozialen Kapitalismus als "die Lösung" auch für die DDR anzubieten.

3. Was heißt die VL von einer Währungsreform in der DDR?

Sofortige Währungsreform in der DDR hin zu voller Konvertibilität der Mark ohne parallelen Leistungsanstieg in der Wirtschaft hieße heute Abwertung der Währung, Entwertung von Löhnen und Sparmaßnahmen und Preisanstieg. Eine "Reform" der Wirtschaft nur über Geldmechanismen und ohne dämpfende Staatsregulation ist eine unkon-

trollierte Selbstverwertung. Ihre hieße Aufgabe der DDR stellt die Sicherung ihrer Wirtschaft - also ihre Auslieferung an die Marktwirtschaftsmacht der BRD. Hier würden die Folgen bisheriger sozialistischer Mißwirtschaft auf Europa abgewälzt, statt daß in europäischer Kooperation die DDR aus eigener Kraft diese Folgen beseitigt. Wir wollen schrittweise eine im Volk diskutierte Konzeption des Abbaus von verschwendung- und effektivitätsmindernden Subventionen durchführen und die Angleichung der wichtigsten Industriepreise an die des Weltmarkts vornehmen. Dies darf nicht auf Kosten der sozial Schwachen geschehen. Die Erreichung einer Teilkonvertibilität der Mark über einen gesamteuropäischen Währungsstand würde den Wechselkurs stabilisieren und einen Entwicklungskredit mit freier Verfügung ermöglichen und zum erforderlichen Leistungsanstieg beitragen.

4. Was heißt die VL von einem EG-Beitritt?

Ein Stabilisierungsverbund osteuropäischer Länder, das als "Schuldenkartell" die Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit mit der EG prägt, wird die guten Möglichkeiten, die das westeuropäische Währungssystem auf der Grundlage der ECU bietet, nutzen können, wenn Bereitschaft zu beiderseits vorteilhafter Kooperation besteht. Wir stehen einer engen Zusammenarbeit der RW-Länder mit der EG positiv gegenüber und setzen die Priorität auf die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen in einem reformierten RWG. Ein einseitiger EG-Beitritt der DDR mit allen Konsequenzen würde heute nichts anderes, als den nonnellen Verlust der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit unseres Landes bedeuten.

5. Wie denkt man in der VL über einen Ausritt der DDR aus der KWG?

Für uns ist die Perspektive nicht der einseitige Austritt, sondern eine Auflösung beider Blöcke als Resultat (nicht als Voraussetzung) politischer Entspannung, vertraglich geregelter kontrollierter Abstrahlung und auf Dienstkonzepte umgestellter Militärökonomie beider Seiten. Ein paralleler Austritt beider deutscher Staaten (also die Neutralität) ist aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung von BRD und DDR in ihren Bündnissen weniger realisierbar, als die genannte Lösung. Die deutsche Chance liegt in der Rolle des Schlichters in Europa bei forcierten (auch einseitigen) Abstrahlungsschritten.

6. "Wer sichert den Staat"

Heute gilt: Keine Staatssicherheit, kein nationales Sicherheitsamt und bis zu den Wahlen auch kein Verfassungsschutz. Zu schützen ist in erster Linie das Volk und nicht der Staat. Wir haben uns im Innern nicht nur vor rechtsextremen und faschistischen Kräften, sondern auch vor dem in den Kadern des ehemaligen Mißverordneten Stalinsismus zu schützen! Der legitime Schutz der Verfassung kann sich wirksam nur auf die bestehende demokratisch organisierte Volksbewegung und Rechtssicherheit im Innern stützen. Ein Verfassungsschutz ist nicht nur unter parlamentarischer Kontrolle zu stellen, sondern seine Verselbstständigung als Apparat ist durch Volkskontrolle zu verhindern. Ist dies gesichert, so kann auch eine solche Einrichtung zum Schutz der Verfassung beitragen. Die Notwendigkeit eines Nachrichtendienstes zur

Gewährleistung äußeren Sicherheit versteht sich für uns von selbst und muß wie die Armee ebenso der Kontrolle unterworfen sein.

7. Ist die Umwelt zu retten?

Die Rettung der Umwelt wird, wenn sie noch möglich werden soll, in letzter Minute erfolgen! Dies erfordert ein neues Denken, das Länder- und Systemgrenzen überschreitet und die Menschen als Notgemeinschaft handlungsfähig machen muß. Nur dann wird dies gelingen. Und die Möglichkeiten liegen auf der Hand, wenn etwa an eine koordinierte Umleitung der Mittel zur Rüstungsproduktion gedacht wird, falls solche Reserven sich im Vollzug weltweiter Abrüstung erschließen. Diese Mittel können zur Weltumgarbekämpfung und zur technologischen Modernisierung im Namen der "ökologischen Vorbeugung" (ressourcensparendes Wirtschaften, Ablösung umweltschädigender Technologien etc.) eingesetzt werden, wenn dies geschehen mit einem Druck von unten, durch ökologische Basisbewegungen auf die Regierungen, einhergeht. Somit ist der Kampf um unsere Umwelt nicht nur ein administratives, technologisches oder ideologisches Problem, sondern vor allem ein politischer Kampf, in dem wirtschaftliche Sonderinteressen nur zu oft und immer noch den Schaden vergrößern.

8. Wer rettet unsere Städte?

Kommunale Selbstverwaltung und Mitbestimmung aus staatlicher Verfügung in die Kommunen können allen, die unmittelbar leidtragende der Vernachlässigung städtischer Infrastruktur sind, helfen. Sie sind als Hauptbetroffene der Folgen organisierter Verantwortungslosigkeit am besten in der Lage, mit diesen Mitteln das Richtige zu tun. Die Städte sind auf Dauer nur durch die Initiative der in ihnen lebenden Menschen zu retten und dann auch lebenswert zu erhalten, selbst wenn zentrale Sonderfonds und internationale Hilfe jetzt vielen nicht zu Unrecht als das einzige (weil letzte) Mittel erscheint.

9. Was bleibt vom Sozialismus?

Unser Land ist über lange Zeit dem Diktat selbsterherrlicher Bürokraten ausgeliefert gewesen, die ihre Mißwirtschaft mit unerträglicher Sozialismudemagogie verbräuteten. Eine der verheerendsten Konsequenzen des Mißbrauchs dieses Begriffs ist, daß viele Menschen in unserem Land den Sozialismus mit Sozialismus zu identifizieren begannen. In der großen Koalition von Kohl bis Honnecker hieß es, es gäbe keine Alternative zwischen Kapitalismus und eben jenem als "Sozialismus" auftretenden Stalinismus. Wir sagen: jene Alternative ist auch heute noch Sozialismus; ein Sozialismus der Freiheit und der Demokratie, ein auf Volkssouveränität beruhendes Gemeinwesen selbstverwalteter Betriebe und Kommunen, deren Räte unmittelbar die Interessen der Menschen vertreten. Er ist heute das einfache, was nach vierzig Jahren Stalinismus nur noch schwerer zu machen sein wird. Er ist nicht gescheitert, weil er noch nicht begonnen wurde. Wird er begonnen, beginnt die konkrete Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus.

10. Abrechnung oder vergessen?

Wer die eigene Erfahrung vergisst, liefert sich wiederum aus. Wer die Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus, also den Sozialismus, will, wird nicht vergessen dürfen, was Stalinismus ist, sondern begreifen müssen, wie er möglich wurde. Er ist wider die Erfindung zynischer Technokraten der Nacht, noch gesetzmißiges Resultat bisheriger Anstrengungen für eine sozialistische Alternative. Man wird ihn als geschichtliches Produkt benennen können, dessen Wurzeln weit in die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückreichen und der nicht unbewundbar war. Nur so kann man mit ihm abrechnen. Diese Abrechnung hat eine andere Logik, als die Abrechnung mit den Sachwaltern dieses Systems. Sie ist mehr, als die Bestrafung der Schuldigen. Sie trägt dazu bei, daß er nie wieder möglich wird.

(20.1.90)
erscheint im Sonderheft des
Sterns zu den DDR-Wahlen/Red)

Statt Souveränität ausländisches Kapital

Wer wegen Krankheit fehlt, kann seinen Arbeitsplatz verlieren

BZ 21/22.1.90

Die Volkskammer hat am 12. Januar bei nur zwei Stimmenthaltungen eine Änderung der Verfassung beschlossen, so daß ausländisches Kapital nun in der DDR Produktionsmittel besitzen darf. Die gleiche Volkskammer, die sich bei Abstimmungen bis zum Oktober 1989 einig war, ist sich jetzt schon wieder einig. Sie verschenkt ein zweites Mal ihre Souveränität. Ausländisches Kapital wird künftig bestimmen, an welcher Stelle investiert, modernisiert und rationalisiert wird. Ausländisches Kapital wird festlegen, welche Betriebsteile unrentabel sind, wo Arbeitsplätze gestrichen werden.

Vieles wird sich ändern: Beschäftigte, die nicht im Schichtsystem und am Wochenende arbeiten wollen, werden ebenso Schwierigkeiten bekommen wie Eltern, deren Kinder zu oft krank sind, wie Arbeiter und Angestellte, die älter als 50 Jahre sind oder mehr als zwei Wochen im Jahr wegen Krankheit fehlen. Und das wird nur der Anfang sein!

Indem die Volkskammer sogenannte Joint ventures ermöglicht hat, stehen andere Formen der Kooperation, die uns mehr Rechte gesichert hätten, gar nicht mehr zur Debatte. Die Konzernherren und Firmenchefs nut-

zen selbstverständlich jene Arten der Zusammenarbeit, die ihnen größtmöglichen Einfluß und Profit garantieren. Betriebs- und Kombinatdirektoren der DDR machen mit ihnen gemeinsame Sache und verlangen die Änderung des Arbeitsrechts, unter anderem mehr Möglichkeiten zur Bestrafung und Disziplinierung. Sie sehen sich schon als Wirtschaftsbesitzer, sie werden jedoch höchstens Filialleiter sein.

Betrogen aber sind wieder die Werktätigen, oder hatten beispielsweise die Leitungen der volkseigenen Kombinate ROBOTRON und IPA vor Abschluß ihrer neuen Verträge das Einverständnis der Belegschaften eingeholt?

Warum lügen Journalisten, wenn sie von Joint ventures reden und uns suggerieren, es handle sich nur um Möglichkeiten der Investition (Aktuelle Kamera 12.1.90)? Joint ventures bedeuten anteiligen Besitz!

Selbst das Fehlen der 49 %-Klausel ist längst beschlossene Sache, denn schon heißt es: „In Ausnahmefällen kann der ausländische Anteil über 49 % betragen.“ In diesem Zusammenhang sind wir uns übrigens sicher, daß den westdeutschen Konzernen eine Wiedervereinigung innerhalb der nächsten

Jahre gar nicht so recht ist, sie haben mehr davon, wenn sie uns vorher noch eine Weile zu Billiglöhnen arbeiten lassen. Dagegen gibt es nur eine Chance, die wir aber jetzt und sofort nutzen müssen: Das staatliche Eigentum muß gesellschaftliches werden. Also, wählen wir Räte, bilden wir Genossenschaften, verwalten wir die Betriebe selbst. Dann können allein wir entscheiden, ob und wie wir mit dem Kapital zusammenarbeiten.

Herr Modrow hat wiederholt angekündigt, daß es keinen sozialen Abstieg der Menschen in der DDR geben wird. Aber die Erhöhung der Preise für Kinderbekleidung bedeutet dabei eine Stufe.

Wir fordern die sofortige gesetzliche Verankerung der scala mobile, das heißt die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter, des Kindergeldes und der Renten an die Inflationsrate!

13. Autonome Gruppe in der Initiative Vereinigte Linke

P. S.: Ein bemerkenswerter Satz der letzten Woche stammt von Frau Ministerin Nickel: „Für die Bevölkerung erfolgen in den nächsten Tagen keine weiteren Preiserhöhungen.“

Vielen Dank, Frau Nickel!

Die Rechnung mit dem Kindergeld geht bei Preisvergleich nicht auf

Sozialabbau beginnt bei Frauen und Alleinerziehenden

Wieder einmal sind wir mit beschlossenen Maßnahmen der Regierung konfrontiert, die einen ersten Schritt in Richtung Sozialabbau manifestieren, der vor allem zu Lasten der in der Regel ohnehin schlechter verdienenden Frauen mit Kindern geht. Die in den Zeitungen vom 13.1.1990 angeführten Beispiele für den Abbau der Subventionen bei Kinderbekleidung und -schuhen sehen in der Mehrzahl Preiserhöhungen über 100 Prozent vor. Die beigefügten Erläuterungen suggerieren einen vollständigen finanziellen Ausgleich durch eine Erhöhung des Kindergeldes.

Die veröffentlichte Gegenüberstellung von 2,05 Milliarden Subventionen zu 2,1 Milliarden Zuschüsse zum Kindergeld läßt sich nicht erklären, wenn aus einem ersten Preisvergleich (Vergleichszeitraum: 1 Jahr für ein Schulkind) ein Mehraufwand von 1000,- M hervorgeht, dem ein Zuschuß von 540,- M jährlich gegenübersteht.

Ganz besonders wird sich dieses Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik auf die soziale Situation Alleinerziehender auswirken, die häufig auf Grund ihrer familiären Situation zu den schlechter verdienenden Berufsgruppen gehören (z. B. weil sie nicht in Schichten arbeiten können, begrenzte Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung haben und wegen Krankheit der Kinder finanzielle Einbußen in Kauf nehmen müssen).

Da außerdem weitere Preiserhöhungen (z. B. Mieten und Grundnahrungsmittel) zu erwarten sind, die sie wiederum vorrangig belasten werden, protestieren wir entschieden gegen einen Abbau von Subventionen zu Lasten der sozial Schwachen.

Wir fordern:

1. Bevor entsprechende Maßnahmen und Verordnungen beschlossen werden, müssen die Betroffenen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen und Vorstellungen in eine breite öffentliche Diskussion einzubringen.

2. Um soziale Härten für Alleinerziehende zu verhindern, verlangen wir eine den Preiserhöhungen entsprechende Anhebung der monatlich zu zahlenden Unterhaltskosten. Dabei sollte ein Mindestbetrag festgelegt und eine Staffelung entsprechend dem Nettoverdienst der Zahlenden erfolgen.

3. Darüber hinaus fordern wir für alle eine adäquate Anhebung des Kindergeldes, da die Preiserhöhungen bei Kinderbekleidung und Schuhen nicht durch den Zuschuß von 45,- M bzw. 65,- M ausgeglichen werden. Gegenüber dieser einfachen Staffelung schlagen wir vor:

- 0-4 Jahre 70,- M
- 5-8 Jahre 80,- M
- 9-13 Jahre 100,- M
- ab 14 Jahre 140,- M

Außerdem fordern wir eine automatische Anpassung des Kindergeldes an die Inflationsrate.

Lila Offensive (UFV)
Rote Rosa (VL)

(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Erklärung der Vertreter der "Vereinigten Linken" zu den Gesprächen über eine Beteiligung der Opposition an der Regierungsverantwortung

Die Modrow-Regierung hat am 22.1.1990 weitreichende Zusammenarbeitsangebote an die Adresse der nicht in der Volkskammer vertretenen Parteien und politischen Bewegungen am "Runden Tisch" gemacht.

Daß diese Angebote bis hin zur direkten Regierungsbeteiligung reichten, ist nicht nur Ausdruck der Krise dieser Koalition, sondern auch Ausdruck der sich vertiefenden Krise im Land selbst als Folge der Politik dieser Regierung: Einerseits wuchs der Zorn in der Bevölkerung über die halbherzige Abrechnung mit den Auswüchsen des Stalinismus. Andererseits wächst das Mißtrauen gegenüber der SED als führender Koalitionspartei, welche die Chance, sich an die Spitze einer konsequenten Abrechnung mit ihrer eigenen Vergangenheit zu setzen, verpaßt hat. Und zum Dritten hat diese Regierung bis in den Januar hinein den Versuch unternommen, auf eigene Rechnung, an der Öffentlichkeit und am "Runden Tisch" vorbei Reformen "von oben" zu realisieren. Das Ergebnis ist auch hier nur wieder, daß die Verunsicherung wächst und die sozialen Ängste zunehmen.

Wir sehen die Modrow-Regierung als politischen Arm einer technokratischen Reformströmung, die Marktwirtschaft und Kapitalimport als Sanierungskonzept und uneingeschränkter Parlamentarismus als politisches System favorisiert. Das Ergebnis bisheriger Politik dieser Regierung ist eine neue gesamtgesellschaftliche Krise: Die kommunalen Strukturen begannen unter anderem infolge zu spät begonnener Aufklärung des Wahlbetrugs vom Mai 1989 zu zerfallen und fortschreitender Autoritätsverlust der Exekutive auf allen Ebenen ist ebenso zu konstatieren, wie zunehmende Mißachtung geltenden Rechts. Die CDU destabilisiert trotz augenscheinlicher Krisenmerkmale die Regierung zusätzlich. Mehr und mehr steht nun die staatliche Souveränität der DDR auf dem Spiel und diese Souveränität wird mit dem Fortschreiten dieser Krise von verschiedenen politischen Strömungen des Landes selbst immer deutlicher in Frage gestellt. Die Modrow-Regierung ist vor dem Druck von Rechts aus dem In- und Ausland immer weiter zurückgewichen.

In dieser Situation wurde die Opposition aufgerufen, die politische Basis der Regierung breiter zu machen.

Die "Vereinigte Linke" konnte an den Gesprächen über die Möglichkeiten der Übernahme von Regierungsmitverantwortung seitens der Opposition nur mit dem Ziel teilnehmen, mit allen bereitwilligen Kräften ein Bündnis für eine Alternative zu dieser Regierungspolitik zu erreichen. Wir werden nicht zusehen, wenn unser Land in Perspektivlosigkeit verharrend sich an den Meistbietenden verkauft. Auf lange Sicht kann eine solche Alternative nur in der Herausbildung eines neuen Selbstbewußtseins für die Chance eines eigenständigen demokratischen Wegs der DDR sein. Wir sehen in den demokratischen Bürgerbewegungen des Landes Verbündete, mit denen Fortschritte auf diesem Weg möglich werden können. Doch in diesen Tagen haben politische Destabilisierung, soziale Ängste und nationalistische Aktivitäten bis hin zu rechtsradikalen Ausschreitungen gefährlich zugenommen. Hier sind alle demokratischen Parteien und Bewegungen, namentlich die der Opposition, gefordert, schlimmeres zu verhindern.

Aber die Opposition war inzwischen einem rasanten Differenzierungsprozeß unterworfen. Der "Demokratische Aufbruch" fordert inzwischen offen die Reprivatisierung auf breiter Ebene und orientiert auf die Wiedervereinigung lieber heute als morgen. Die "neuen Kader" der SPD scheinen in erster Linie die Macht über einen Wahlsieg und weniger einen Konsens mit den Bürgerbewegungen zu wollen. Die Vorgespräche am "kleinen Runden Tisch der Opposition" vom Freitag, dem 26.1., haben in aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Riß zwischen Parteien und Bürgerbewegungen nicht mehr zu kitten ist. Mit der "Vereinigten Linken" jedenfalls ist in der deutschen Frage und auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik kein Konsens mit bedingungslosen Verfechtern eines kapitalistischen Gesamtdeutschland zu haben. Wir werden aber unsere Bemühungen um ein basisdemokratisches Bündnis mit den Bürgerbewegungen deshalb nicht in Frage stellen, sondern eher verstärken.

Am vergangenen Freitag gelang es, nach zäher und kontroverser Debatte einen Kompromiß zwischen Bürgerbewegungen einerseits und den neuen Parteien "Demokratischer Aufbruch" und SPD andererseits zu erreichen. Die Opposition reagierte auf die Aufforderung Modrows nach Regierungsbeteiligung mit dem Angebot, den "Runden Tisch" als öffentliches Organ der Kontrolle aufzuwerten in Richtung einer Zusammenarbeit von Regierung und Volkskammer bei Gesetzgebungsverfahren. Außerdem wurde die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für eine Parteiunabhängige Personalregierung vom "Runden Tisch" aus vorgeschlagen. Ein solches Ergebnis konnte angesichts der Krise im Land und der Differenzen in der Opposition als Erfolg gewertet werden, obwohl wir im Namen der "Vereinigten Linken" mehrfach scharf kritisierten, daß es am Freitag nicht gelang, zu erreichende Ziele einer von der Opposition zu unterstützenden Personalregierung auch nur zu diskutieren.

Am Sonntag nun wurde der gemeinsame Vorschlag der Opposition von Ministerpräsident Modrow und den Vertretern der Koalitionsparteien abgelehnt. Modrow qualifizierte den Vorschlag der Opposition als den Versuch der Installierung einer "Doppelherrschaft" und kündigte einen Vorstoß für Neuwahlen der Volkskammer schon für den 18. März an.

Wir haben für die "Vereinigte Linke" in der nachfolgenden Aussprache ausdrücklich das gemeinsame Votum der Opposition vom Freitag bekräftigt und bedauern, daß alle Bürgerbewegungen nacheinander diesen Ausgangspunkt aufgaben. Unter den neuen Voraussetzungen eines zu erwartenden vorgetzten Wahltermins sehen wir die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Opposition für eine Stabilisierung der Lage bis zu den Wahlen als Kompromiß an, der dem Ernst der entstandenen Lage im Land Rechnung trägt.

Berlin, den 29.01.1990

Thomas Klein, Bernd Gehrke

20

(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt / red)

Positionspapier der Arbeitsgruppe "Bildung und Erziehung" der Initiative für eine "Vereinigte Linke" (VL5)

Die VL 5 besteht aus aktiven und passiven Berliner Lehrern, Erziehern und Eltern, welche eine marxistische Weltanschauung vertreten und sich der Initiative für eine Vereinigte Linke angeschlossen haben. In unserer Arbeit haben wir uns mit dem Arbeitspapier von Hoffmann und Tiedtke sowie einem Positionspapier von Blum und Müller auseinandergesetzt. Desweiteren haben wir ein Dokumentationszentrum "Volksbildung" geschaffen.

Wir setzen uns für ein tragfähiges Bildungs- und Erziehungskonzept ein, das sich an den gesellschaftlichen Gegebenheiten orientiert. Wir gehen davon aus, daß die grundlegende Umgestaltung der Bildung und Erziehung erst durch die revolutionären Veränderungen in unserem Land möglich wird. Der Satz M.Honeckers: "Ohne klares Gesellschaftskonzept kein klares Bildungskonzept..." (Pädagogischer Kongreß 1989, S.3), ist eine Aussage, der nicht zu widersprechen ist. Demzufolge kann die Schule als staatlich institutionalisierte Form von Bildung und Erziehung nie besser sein, als der jeweilige Stand der gesellschaftlichen Entwicklung es ermöglicht.

Ein künftiges Bildungs- und Erziehungskonzept kann nur dann Erfolg haben, wenn es auf Grundlage einer breiten Diskussion und Mitarbeit aller Gesellschaftsschichten erarbeitet und im Konsens verabschiedet wird. Um die Mitarbeit aller Interessierten zu gewährleisten, müssen noch eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden, die wir in folgenden sehen:

- Demokratisierung der Schulen, Kindergärten und der Heime der Jugendhilfe
- Abschaffung des Einzelleiterprinzips (Abwählbarkeit von Direktoren)
- Schaffung von unabhängigen Vertretungen der Kinder und Jugendlichen, der Eltern, der Lehrer/innen sowie Erzieher/innen
- Erarbeitung konkreter Rechtsgrundlagen für die Schüler/innen, Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen, die in der Verfassung verankert einklagbar sein müssen.

Die zu schaffende Rechtssicherheit ist einer der Kernpunkte für eine wirkliche Demokratisierung der Bildung und Erziehung, wie der Demokratisierung unserer Gesellschaft überhaupt. Voraussetzung für Rechtssicherheit ist, daß unabhängige Gremien (legislative, exekutive) existieren bzw. geschaffen werden. Zukünftig muß ausgeschlossen sein, daß eine Personalunion entsteht.

Gegenwärtig wird die freiheitliche Bildung und Erziehung in unserem Land gefordert. Aber was ist darunter zu verstehen? Nach unserem Verständnis heißt das, Bedingungen zu schaffen, in denen "...die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird." (K.Marx) Freiheitliche Bildung und Erziehung heißt:

- keine Vermittlung von doktrinären Ideologien jeglicher Art
- Meinungsstreit ohne Ausgrenzung oder Bewertung
- Bildungsinhalte, die die Wesenskräfte menschlicher Kultur vermitteln, um die individuelle Selbstverwirklichung zu befördern
- Anwendung unterschiedlicher Lernmethoden - der Schüler hat die Wahl, welcher Methode der Aneignung des Lerngegenstandes er den Vorzug gibt.

Militaristische, rassistische, faschistische sowie doktrinaire Bildungsinhalte sehen wir nicht als freiheitlich an. Das heißt für uns aber nicht, sich mit solchen Gedanken und Vorstellungen nicht auseinanderzusetzen. Wir schließen uns den Auffassungen von Tiedtke und Hoffmann an:

"Das Problem der Macht und der Identitätsverlust der Erziehungssubjekte

Bisherige erziehungswissenschaftliche Analysen konkreter Erziehungsprozesse konnten aus ideologischen Gründen kaum zu den grundlegenden Ursachen von Deformation in der Erziehungspraxis vordringen. So wie die Schulpolitik ging auch die Wissenschaft davon aus, daß die hohen kommunistischen Erziehungsideale das Handeln von Lehrerinnen und Erzieherinnen a priori in den Dienst der 'guten Sache' stellten. Damit wurden dem erzieherischen Prinzip unausgesprochen das amoralische stalinistische Prinzip unterlegt, nach dem der Zweck die Mittel heiligt. Die übermäßige Politisierung der Schule und hier erzwungene weltanschauliche Bekenntnisse führten dazu, daß erzieherische Verhältnisse zu reinen

Machtverhältnissen deformiert wurden. Dabei reicht das Spektrum der Machtausübung von der Zensurierung über Disziplinierungsmaßnahmen bis zur Anwendung von Zwang.

Forderungen von LehrerInnen nach mehr und differenzierten Straf- und Disziplinierungsmöglichkeiten verweisen auf die im Denken fixierte Ausrichtung auf Machtausübung, die den postulierten Erziehungsidealen entgegengesetzt ist. Deshalb halten wir das Problem der Macht für ein Kardinalproblem der theoretischen und empirischen Analyse des realen Erziehungsprozesses.

Die Aufhellung der bewußt und unbewußt gebrauchten Macht im gesellschaftlichen Subsystem Schule könnte bei beginnender Forschung und im Kontext mit einem neuen Erziehungsverständnis zu veränderten Strukturen und Erziehungsinstrumentarien führen."

(aus: Die Krise des politischen Systems in der DDR und unsere Verantwortung für eine grundlegende Erneuerung von Bildungspolitik, Schulpolitik und pädagogischer Wissenschaft.)

Hieraus läßt sich ableiten: Veränderungen im Bildungswesen werden nur dann möglich sein, wenn bestehende Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnisse aufgebrochen werden. Bei dieser Aufgabe ist die ganze Gesellschaft gefordert.

Betrachtet man verschiedene Äußerungen, wie künftig Bildung und Erziehung gestaltet werden sollte genau, so wird man oft den Eindruck nicht los, die beste Form der Schule sei eine solche, die alle Probleme von unseren Kindern so lange wie möglich fernhält. Wir meine, eine solche Auffassung ist falsch. Die Schule als gesellschaftliche Institution kann Widersprüche nicht aufheben. Die gesellschaftlich wirkenden Triebkräfte und Widersprüche müssen auch in der Schule uneingeschränkt aufgezeigt werden. Erst dadurch kann die Welt als veränderbar erkannt werden. Jede ideografische oder nomothetische Betrachtungsweise, die die Wirklichkeit bzw. die Aktivität des Subjektes eingrenzt, ist abzulehnen. Nicht Ideen bzw. Gesetze bestimmen zwangsläufig die Entwicklung der Gesellschaft, sondern die Tätigkeit der konkret-historischen Persönlichkeiten. Ziel der Bildung und Erziehung ist ein: "Mensch, der sich durch eine Diktatur seines eigenen Gewissens positioniert, sich in Bewegungen einläßt und sich aus dem Funktionsmechanismus 'Funktionieren' in den Verhaltenskodex 'Agieren' emanzipiert." (Tiedtke/Hoffmann, s.o.)

Die gesellschaftliche Entwicklung muß ihren Ausdruck in der Dialektik zwischen Allgemein- und Spezialbildung finden. Das heißt fortwährendes Setzen und Lösen widersprüchlicher Seiten, z.B. Informatik und musische Erziehung - Wahl- oder Pflichtfach?

Wir treten für die Förderung aller Kinder und jeder Gruppen ein, die gegenüber anderen benachteiligt sind (z.B. Behinderte, Heimkinder).

Wir sind für die uneingeschränkte Förderung aller Interessen und Begabungen (eine ähnlich starke Förderung wie ehemals beim Leistungssport).

Die Möglichkeit des zweiten Bildungsweges muß erhalten und ausgebaut werden. Wir sind gegen die Einrichtung von Privatschulen und gegen elitäre Bildung.

Grundsätzlich zu überdenken sind die herrschenden Vorstellungen über Kinder und Jugendliche in ihren Reduktionen bzw. in den Defizitmodellen (vgl. Wessel, K.F.).

Gleichfalls sind psychologische und pädagogische Theorien (z.B. Lerntheorien) zu überprüfen und die Ergebnisse sowjetischer Autoren (Leontjew, Schukschina, Usnadze, Praugiswili, Boschwitz) zur Bereicherung heranzuziehen. Die Autonomie der Schulen (Möglichkeit des eigenen Erziehungsstils bei festgelegten Bildungsinhalten) ist zu gewährleisten. Hierdurch kann die Tragfähigkeit moderner Erziehungskonzepte und Erziehungsstile in der Praxis überprüft werden.

Die Schulen sind von selbständigen territorialen Verwaltungseinheiten finanziell und materiell zu tragen. Internationale Erfahrungen zeigen, daß jede investierte Mark einen drei- bis vierfachen Gewinn einbringt. Das Prinzip der Kontrolle muß durch die Volkskammer, unabhängige Arbeitsgruppen, demokratische Parteien, Organisationen und Initiativen verwirklicht werden (z.B. Volksinitiative Bildung, unabhängige Elternvertretung).

Wir halten es für unbedingt notwendig, "...bisher geltende bildungspolitische Prinzipien neu zu überdenken und öffentlich zu diskutieren." (Tiedtke/Hoffmann, s.o.)

Dies umfaßt:

- Einheitlichkeit
- Lebensverbundenheit
- Staatlichkeit
- Weltlichkeit
- Persönlichkeitsentwicklung

rot, grün, kooperativ:

(aus der Märkischen Volksstimme vom 20.1.90 /red)

Potsdamer VEREINIGTE LINKE

für eine frische DDR

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Die „VEREINIGTE LINKE“ ist keine neue Partei. Sie ist eine Sammlung, die allen offen steht. Wir wollen mit neuen und bewährten Ideen für eine selbständige, gesunde DDR eintreten.

Wir sind mit anderen demokratischen Kräften für:

- Freiheit des einzelnen im Sinne der Freiheit aller,
- Mitmenschlichkeit und soziale Gerechtigkeit,
- Sicherung/Verbesserung des Gesundheits- und Sozialwesens,
- eine Bildungsreform,
- gesellschaftlich geförderte freie Kultur,
- einen Rechtsstaat mit neuer Verfassung,
- eine ökologische Revolution,
- eine weitweite Friedensordnung,
- für Überwindung von Neofaschismus/Ausländerfeindlichkeit,
- die Durchlässigkeit und Wahrung der europäischen Grenzen.

Im Bewußtsein einer akut bedrohten Welt setzen wir eigene Schwerpunkte. Dabei ist uns bewußt:

- * Wir leben in der Region mit der höchsten Dichte an Waffen.
- * Unsere natürliche Umwelt stirbt. Sie wird bald keine hochentwickelten Lebensformen (z.B. den Menschen) mehr erhalten können.
- * Mehr und mehr Menschen leben in Not. Die Unterschiede zwischen wenigen reichen Staaten und dem Rest werden immer bedrückender.

Neuordnung unserer sozialen Sicherung

- (1) Ein enges soziales Netz und gezielte Subventionen sind erforderlich, um besonders die nicht voll leistungsfähigen Bürger zu schützen.
- (2) Leistungsprinzip ? - Ja, doch nur verbunden mit der Frage: Leistung für wen ? Leistung darf nicht auf menschlichem Verschleiß, vergeudeten Rohstoffen oder auf beeinträchtigten Lebensbedingungen beruhen.
- (3) Nichts gegen eine Wohlstandsgesellschaft mit hoher Lebensqualität, doch nicht auf Kosten Dritter oder der Umwelt.
- (4) Das Recht auf Arbeit/Teilzeitarbeit ist festzuschreiben.
- (5) Soziale Eigen-/Bürgerinitiativen sind gesellschaftlich zu fördern.
- (6) Wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern muß erlebbar sein. Weiblichkeit darf nicht zu einer Ware werden.
- (7) Eine kluge, intensive Aufklärung, die ungesunden Produktions-/Lebensweisen entgegenwirkt, ist gesellschaftlich zu unterstützen.
- (8) Für den Bürger sind weitreichende Verbraucherrechte zu sichern.
- (9) Die Wirtschaft legt die Grundlage, doch Menschenrechte und die Bewahrung der Natur begrenzen die Rechte der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Fragen

(1) In unserer Wirtschaft sollen neue Formen von Gemeineigentum vorherrschen, durch die persönliche Initiativen gefördert werden.

(2) Privatbesitz an Produktionsmitteln sollte sich durchschaubar entfalten können. Dieser Gewerbe- und Kleinproduktionsbesitz darf nicht zu politischen Zwecken gebraucht werden.

(3) Jedes Einkommen muß in einem vertretbaren Verhältnis zu der dafür erbrachten Leistung stehen.

(4) Die Wirtschaft darf nicht "dem freien Spiel der Kräfte am Markt" überlassen werden. Sie ist nach gesamtgesellschaftlichen Interessen strategisch zu regulieren. Neben hoher Eigenverantwortung erfordert dies auch eine demokratisch legitimierte, kompetente zentrale Lenkung - d.h., eine praxisnahe Planung hat Planbürokratie abzulösen.

(5) Das wichtigste Planungs- und Erfolgskriterium darf nicht die Gewinnmaximierung sein. Vielmehr sind die vorhersehbaren Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeiten auf die Lebensqualität der Bevölkerung maßgeblich.

(6) Unsere Wirtschaft wie auch unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit sollten vornehmlich auf langlebige, wartungsarme, umweltverträgliche und "intelligente" Produkte ausgerichtet werden.

(7) Unsere Außenbeziehungen sind breit zu fächern, um die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Welt stärker zu nutzen. Die BRD darf hier nicht erdrückend vorherrschen.

(8) Kapitalimport und -export haben einer breiten Mitbestimmung aller Betroffenen zu unterliegen.

Gesellschaftliche Strukturen

(1) Die politische Macht in der DDR soll vom Volk

- ausgehen;
- ständig kontrolliert werden;
- unmittelbar zu beeinflussen sein.

(2) Demokratie erschöpft sich nicht im Parlamentarismus.

(3) Gesetzgebende Entscheidungen müssen auf drei Ebenen fallen können: auf der kommunalen, der regionalen und nationalen Ebene.

(4) Ein Minderheitenschutz soll gewährleistet sein.

(5) Unter unseren Bedingungen scheint ein 2-Kammersystem demokratische Prinzipien am besten zu sichern:

* VOLKSVEREINBARUNGEN - Sie bilden sich durch freie, geheime, direkte Wahlen. Die Mandate werden zum einen durch unmittelbar gewählte Kandidaten besetzt, zum anderen über Kandidatenlisten von Parteien und Listenvereinigungen.

* VOLKSKONGRESSE - Sie bilden sich unmittelbar aus Betriebs-, Studenten-, Soldaten- und Volkskontrollräten, aus Bürgerinitiativen und anderen (basisdemokratischen) Interessenvertretungen. Sitze sind nicht personengebunden. Sie können von dem jeweiligen Mandatsträger von Fall

zu Fall nach dem Kompetenzprinzip besetzt werden. Die Volkskongresse haben entscheidend über soziale, ökologische, politische und wirtschaftliche Konzepte zu entscheiden, aber auch die Produktion, die Verteilung, die Medien und den Sicherheitsapparat zu überwachen. Hier sind auch die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln.

(6) VOLKSBEFRAGUNGEN und VOLKSBEGEHREN sind zu ermöglichen. Ihre Ergebnisse sind verbindlich.

(7) Wie in der Politik, so muß auch für die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Ausbildungsbereiche, die Verwaltungen und den Sicherheitsapparat ein hohes Maß direkter Mitbestimmung gesichert werden. Die Gestaltung der internen Demokratie wird wesentlich durch die Mitarbeiter selbst und ihre gewählten (Betriebs-)Räte vorgenommen. Die Mitbestimmung muß in allen Bereichen bereits ab der Planungsphase wirksam werden können.

(8) Eine Verwaltungsreform hat die Aufwendungen für den gesellschaftlichen Überbau drastisch zu verringern und neu zu verteilen.

Nationale Fragen

(1) Die offene nationale Frage ist im europäischen Rahmen zu klären. Lösungen unter politischem und wirtschaftlichem Druck aus der BRD darf es nicht geben.

(2) Bestrebungen zur (Wieder-)Vereinigung mit der BRD ist am wirkungsvollsten mit einer praktikablen, demokratischen Konzeption für die Zukunft der DDR zu begegnen.

(3) Alle ausländischen Kräfte, die an der deutschen Zweistaatlichkeit interessiert sind, sollten dies öffentlich begründen und vertreten.

(4) Mit der BRD müssen wir uns völkerrechtlich einigen, doch nicht vereinen.

(5) Wirtschaftlichem Ausverkauf und wirtschaftlicher Vereinnahmung ist dringend entgegenzutreten.

(6) Die DDR ist militärisch nicht zu sichern. Daher ist eine kurzfristige Demilitarisierung geboten, die die Ausgaben für den Sicherheitsapparat um mehr als 50% verringert. Dies Mittel sind unmittelbar für die politische, ökologische und wirtschaftliche Sicherung der DDR einzusetzen.

(7) Mit einer sozialen und ökologischen Alternative zur "freien Marktwirtschaft" sollte sich die DDR als weltoffenes Einwanderungsland, frei von nationaler Verengung profilieren.

Potsdam, 8. Jan. 90

Kontakte:
"Vereinigte Linke"
O. Nuschke-Str.
Potsdam
1560

Mitbestimmung!

Ereignisse überschlagen sich. Unser Bewußtsein hat es schwer, ihnen zu folgen. Aber dennoch wird uns immer klarer, daß der Prozeß in unseren Hände echt revolutionären Charakter hat. Hören wir zu und denken wir nach: Was ist das eigentlich, was die Menschen auf die Straße treibt? Was sie auf den Plan ruft in Diskussionen, in den Medien? Hören wir zu! Bleiben wir nicht stehen bei den Lösungen - sie können auch falsch sein. Klammern wir uns nicht fest an der Einzelmeinung - sie sollte individuell sein. Aber was steht dahinter?

Das Streben, mitzureden.

Das Streben, gesellschaftlich akzeptiert zu werden. Das Streben, nach tatsächlichem, nicht formaler Mitbestimmung.

Dieser Drang schafft sich Raum in der Lösung: "Mehr Demokratie!". Wir wissen jetzt sehr genau, was wir nicht wollen. Den geräuschvollen Prozeß erfüllt die Bewegung vorbildlich. Aber was wollen wir schaffen? Wie soll der Mechanismus aussehen, der die unzähligen Meinungen, die die üblichen Kanäle verstopft und zum Überlaufen gebracht haben, verarbeitet und umgesetzt in Beschlässe, Handlungen, Resultate?

Bis jetzt klingt die Antwort so: "Freie Wahlen!", "Parlamentarisches System!", "Rechtsteilung!", "Machtteilung!". Das ist zugehörig und sammelt Punkte. Aber reicht die wirklich aus? Bringt uns das die Resultate, die Mitbestimmung, die wir wollen? Bei näherem Hinsehen fällt auf, daß diese Lösungen doch schon beträchtlich Schmelz angesetzt haben. Sie riechen penetrant nach altem Käse. Der Weg erscheint als der nächstliegende, vertraute Weg. Aber gerade diese Vertrautheit sollte uns warnen. Schon mehrfach haben in der deutschen Geschichte "freie Wahlen" bewiesen, daß sie ungeeignet, die Souveränität des Volkes zu verwirklichen. Die demokratische Weimarer Republik ging nahtlos in den Faschismus über. Die demokratische Ordnung nach 1945 konnte nicht verhindern, daß letztlich eine kleine Gruppe in der Parteiführung der SED die Macht usurpierte. Man schlägt uns also vor, zu Zuständen zurückzukehren, die zu der heutigen Misere führten. Wir sollen wieder jemand auswählen, an den wir unsere Verantwortung, unser Recht auf Mitbestimmung für den Wahlzeitraum weiterdelegieren. Das Spektakel soll von vorn beginnen. Die Welt will betrogen sein! "Man soll sich nicht durch andere vertreten lassen!" - wußte schon Konfuzius vor mehr als 2000 Jahren. Wir dürfen nicht bei freien Wahlen stehenbleiben. Wenn wir wirklich weiterkommen wollen, dürfen wir nicht auf Altes zurückgreifen, sondern müssen wir Neues, noch nicht Dagewesenes schaffen.

Stellen wir der Lösung "Freie Wahlen" eine andere gegenüber: "Selbstverwaltung!". Ist das nicht der Sinn der Bürgerinitiativen? Natürlich ist das unbequemer. Da reicht es nicht, seine Stimme abzugeben oder eine Lösung zu tragen. Hier muß es Verantwortung und Mitharbeit geben. Das ist unbequem. Das müssen wir noch lernen. Wählen können wir schon, regieren noch nicht. Aber erst dann ist es doch wirkliche Mitbestimmung! Dann brauchen wir nicht mehr Schuldige für Fehler oder Machtmißbrauch zu suchen - wir selber haben alles zu verantworten.

Es wird nicht von heute auf morgen gehen. Wir werden Formen suchen, finden und einige auch verwerfen müssen. Aber wenn wir wirklich mitbestimmen wollen, wenn wir wirklich "mündige Staatsbürger" sind, dann wollen und müssen wir es schaffen. Wir haben die Wahl, zu Altem zurückzukehren oder Neues zu beginnen. Wir stehen zwischen Revolution und Kontrevolution.

Konzeptionelle Vorstellung eines Studentenrates an der BAU

Die Neuorganisation des Studiums, der demokratischen Mitbestimmung und Rechtsverhältnisse und die Veränderung der Hochschulbestimmungen bedeuten überall an den Hochschulen den Aufbau einer wirksamen neuen Vertretung der Studenten. Die Vertretung der Studenten auf Hochschulebene ist der Studenterrat, als gewähltes und basisdemokratisch legitimes Gremium an der Hochschule.

Das Grundkonzept bzw. die Aufstellung und der Inhalt von Arbeiterinitiativen dieses Rates stimmen prinzipiell mit denen anderer Hochschulen überein. Spezielle Modalitäten werden allerdings berücksichtigt (Strukturen der Fachrichtungen, Anzahl der Studenten usw.). Der Studenterrat der Bergakademie kann auf frühere Traditionen zurückgreifen, so auf Berichte des Studentenrates, der bis 1953 existierte. Der Prozeß der Gewinnung der Studenten für diese neuen Strukturen und ihre Vertretung ist allerdings langwierig und wird von vielen Mißverständnissen (Rat-Bund) beeinflusst. Hinzu kommt, daß das Verständnis für den Rat, die Handhabung demokratischer Wahlen, die Organisation und Durchführung von Diskussionen - allgemein das Bewußtsein der Studenten, Rechte wahrzunehmen und sie durchzusetzen, äußerst gering entwickelt ist. Die "Handhabung" von Demokratie tritt dabei als Hauptschwierigkeit zutage, der Rätegedanke ist aufgrund früherer Erfahrungen (FDJ) vielen nur eine zusätzliche Belastung hinsichtlich individueller Tätigkeit (deren Entfaltung). Die Fähigkeit über diese Räte eigene Interessen wirksam durchzusetzen und durchführbar zu machen, bleibt oft in eigener Bequemlichkeit stecken. Die Bereitschaft bei der Übernahme von Verantwortung und das Selbstverständnis der eigenen Macht ist schwach ausgeprägt.

Notwendig ist aber diese Vertretung jetzt schon, da damit begonnen wird, Entscheidungen, die die Studenten betreffen, zu fällen und somit das entstehende Loch des Übergangs von FDJ zu Studentenrat ausgenutzt wird, um bestimmte Sachlagen (Wohnheime) und Fakten herzustellen. Deshalb wird sich im Januar ein provisorischer Studentenrat an der Bergakademie bilden, der bis zur Wahl eines legitimierten Studentenrates (voraussichtlich Februar-März) in den Grenzen der Hochschule (wissenschaftlicher Rat, gesellschaftlicher Rat) die Interessen der Studenten vertreten wird.

Die Zielstellung des Studentenrates liegt in der Vertretung der Interessen des Studenten (Wohnheime, Absolventenvermittlung, Lehrplangestaltung, Mitbestimmung über Verwendung von Studentenfonds usw.) und unterliegt somit keiner Einschränkung hinsichtlich weiterer Aufgabenstellungen, die sich aus den Interessen der Studenten ergeben.

Thomas Fechner
Student 3. Studienjahr
Initiativgruppe Studentenrat
Bergakademie Freiberg

(wegen mangelnder Reproduzierbarkeit abgetippt /red)

WAS DIE VEREINIGTE LINKE IN DEN BETRIEBEN WILL

(Vereinigte Linke Leipzig - Böhleener Plattform)

Für die Überwindung der Krise in unserem Land werden inzwischen die vielfältigsten Lösungsvorschläge unterbreitet. Eines haben sie alle gemeinsam: Die Arbeitenden werden nicht gefragt. Wieder soll Politik über die Köpfe der Menschen hinweg durch die alten und neuen Politprofis entschieden werden. Ein Unternehmerverband formiert sich, westliches Management gilt als Zauberformel, die Angebote für joint ventures sind da, die Verhandlungen laufen auf Hochtouren.

Aber wo bleiben die ARBEITENDEN? Ist ihre Kompetenz, die 40 Jahre lang ignoriert wurde, wieder nicht gefragt?

Natürlich sind auch wir, die VL, der Meinung, daß sich unsere Wirtschaft nicht wie auf einer Insel entwickeln kann. Deshalb sind auch wir für die Unterstützung durch westliches Management und für joint ventures. Aber Bedingung dafür ist, daß dieser Prozeß unter Kontrolle der Arbeitenden, der Arbeiter in der Produktion und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz erfolgen muß. Schluß mit der Geheimdiplomatie in wirtschaftlichen Angelegenheiten! Was wir jetzt brauchen ist nicht die "paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer", sondern die ÜBERNAHME DER PRODUKTION DURCH DIE ARBEITENDEN !

Lassen wir uns nicht in Arbeitgeber und Arbeitnehmer spalten ! Die VL engagiert sich für die Wahl von BETRIEBSRÄTEN. Sie sollen Organe der Werktätigen sein, mit deren Hilfe sie die Umgestaltung der Produktion zu einer höheren Effizienz vorantreiben. Diese Umgestaltung hat dem Umweltschutz, der sozialen Sicherheit der Werktätigen (einschließlich des Rechts auf Arbeit), der territorialen Infrastruktur und der Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu entsprechen. Dafür sind durch die Betriebsräte Perspektivpläne (Stabilisierung und Veränderung der Produktion, Sozialmaßnahmen für die notwendigen Qualifizierungen der Werktätigen, Beteiligung von ausländischem Kapital, Neuregelung der Beziehungen zum Territorium usw.) zu erarbeiten. In die Betriebsräte sollten Kollegen unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Parteien oder anderen Organisationen gewählt werden. Der Betriebsrat ist mit umfassenden Rechten, einschließlich des Vetorechts bei der Planung der Produktion zu versehen. Die Mitglieder der VL engagieren sich innerhalb der alten und neuen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften dürfen nicht zum "A&V" der "Ware Arbeitskraft" werden. Sie haben die volle Verantwortung für die ökonomische, soziale und politische Interessenvertretung der Werktätigen zu tragen. Durch das Vorhandensein von Betriebsräten müssen sich die Gewerkschaftsfunktionäre in Zukunft eine doppelte Kontrolle durch die Werktätigen gefallen lassen. Zum einen durch die Wahl innerhalb der Gewerkschaften, zum anderen durch die Wahl zu den Betriebsräten (Wahl durch die Gesamtbelegschaft). Wir müssen gemeinsam verhindern, daß bei der Neufassung des Arbeitsgesetzbuches die Rechte der Werktätigen beschnitten werden.

(Mindestanforderungen müssen die, wenn z.Z. auch nur formal bestehenden Rechte des AGB, insbesondere der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, sein.)

Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit sollten sein:

- Kampf um DIREKTE GEWINNBETEILIGUNG der Werktätigen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips für alle (jedoch dürfen subjektivistische Einschätzungen der Leistungen nicht zugelassen werden, Leistungseinschätzungen müssen innerhalb der Kollektive getroffen werden, die Kriterien für Leistungen und Löhne müssen für alle durchschaubar sein)
- Kampf um gerechte NORMEN in allen Bereichen (d.h. die Normen dürfen nicht unter künstlich hergestellten Optimalbedingungen abgenommen werden)

- Kampf um SOZIALE SICHERHEIT der Werktätigen (insbesondere für kinderreiche und/oder alleinstehende Mütter/Väter, gesundheitlich benachteiligte Werktätige, Absicherung bei Krankheit)
 - Kampf um die Zurückdrängung gesundheitsgefährdender Arbeit (Veröffentlichung aller Angaben über Materialien und Arbeitsprozesse mit gesundheitsschädigendem Einfluß, Regelung der Entschädigung, Erschwerungszuschläge, Neuregelung der Anerkennung von Berufskrankheiten...) und die Beseitigung der geistig monotonen und körperlich schweren Arbeiten
 - Kampf für die GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAUEN im Arbeitsprozeß (insbesondere bei Entlohnung und Übernahme von Leitungsfunktionen)
 - Kampf für die volle INTEGRATION DER AUSLÄNDISCHEN WERKTÄTIGEN in den Arbeitsprozeß (gleiche Rechte wie Bürger der DDR innerhalb der Produktion, einschließlich der Wahlen und Wahlfunktionen in Gewerkschaften und Betriebsräten, Überwindung der Isolation in gesonderten Arbeiterwohnheimen, Integration in das sozial-kulturelle Leben der Stadt)
- Für die Gegenwart steht die Stabilisierung und Modernisierung der Produktion unter voller Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren im Mittelpunkt. Perspektivisch müssen jedoch auch solche Bedingungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung des bezahlten Urlaubs, die Neuregelung der Altersversorgung usw. erreicht werden.
- Organisiert Euch in Basisgruppen der VL für eine demokratische, ökologisch und sozial ausgerichtete Alternative in den Betrieben. Die Basisgruppen sollten fünf bis zehn Mitglieder umfassen, die ihre Organisationsform selbst bestimmen.

Kontaktadressen der VL Leipzig: Annett Soege, 7030 Lpz., Simildenstr.10
 Lutz Graf, 7031 Lpz., Erdmannstr. 5
 Mathias Kramer, 7010 Lpz., Str.d.18.
 Oktober 25/413

Die BÖHLENER PLATTFORM ist der Versuch, linke progressive Kräfte auf der Grundlage folgender Minimalpositionen :

- gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung,
- Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit.
- der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder,
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenter Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitgliedes und
- ökologischer Umbau der Industriegesellschaft für die weitere Entwicklung unseres Landes in einer

V E R E I N I G T E N L I N K E N

zusammenzufassen.

(Erklärung der Böhlemer Plattform Anfang September 89)

ERKLÄRUNG

Die VEREINIGTE LINKE erklärt ihren Austritt aus der Regierung. Das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu einem "Deutschland einig Vaterland" überschreitet gleich dreifach Grenzen linker Politik.

Erstens ist eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft nicht machbar, ohne sofort zwei Drittel der Betriebe zu ruinieren, Massenarbeitslosigkeit auszulösen und das politische Gleichgewicht in Europa zu zerstören. Selbst Westeuropa hat, trotz des viel geringeren Produktivitätsgefälles nach 40 Jahren noch keine Währungsunion erreicht.

Zweitens verstärkt diese wirtschaftsstrategisch unsinnige Position die Illusionen von Millionen Bürgern, daß ein Direktanschluß an die BRD und die D Mark als Binnenwährung bundesdeutschen Lebensstandard sichern könnte, statt sachkundig gegen diese Illusionen aufzutreten. Damit wird der Wirtschaftsreform weiter der Boden entzogen und glaubwürdige Politik weiter zerstört. Der jetzt vorgelegte Plan von Modrow läuft wirtschaftspolitisch nicht auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, sondern auf den bloßen Anschluß der DDR an die Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland.

Drittens hat die Regierung diese Position wieder um ohne Austausch, Beratung und Abstimmung mit den am Runden Tisch organisierten Kräften entwickelt. Sie hat damit die Unfähigkeit demonstriert, Basisdemokratie als notwendige Stütze parlamentarischer Demokratie gerade in Krisenzeiten anzuerkennen, anzunehmen und zu praktizieren.

Umso dringender ist jetzt ein Bündnis aller Linkskräfte in diesem Land - nicht nur zur Wahl, sondern zur Wahrung der Chance eigenständiger Entwicklung. Das ist besonders nötig, um Entmilitarisierung und nicht nur Neutralität durchzusetzen, als wirkliche Grundbedingung dafür, daß jede Art von deutsch-deutscher Zusammenarbeit und deutschem Zusammenschluß eine europäische und Weltbedrohung sicher ausschließen.

Berlin, den 2. Februar 1990 VEREINIGTE LINKE

Berliner Zeitung 3./4.02.1990 Seite 1

Vereinigte Linke erklärt ihren Regierungsaustritt

VL: Premier überschritt die Grenzen linker Politik

Berlin. ADN/BZ
Die Vereinigte Linke erklärt
ihren Austritt aus der Regierung.

Das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu einem „Deutschland, einig Vaterland“ überschreitet gleich dreifach Grenzen linker Politik, wurde gestern von der VL mitgeteilt.

Erstens sei eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft nicht machbar, ohne sofort zwei Drittel der Betriebe zu ruinieren, Massenarbeitslosigkeit auszulösen und das politische Gleichgewicht in Europa zu zerstören.

Zweitens verstarke diese wirtschaftsstrategisch unsinnige Position die Illusionen von Millionen Bürgern, daß ein Direktanschluß

an die BRD und die D-Mark als Binnenwährung bundesdeutschen Lebensstandard sichern könnte. Der jetzt vorgelegte Plan von Modrow laufe wirtschaftspolitisch nicht auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, sondern auf den bloßen Anschluß der DDR an die Wirtschaftsmacht BRD.

Drittens habe die Regierung diese Position wiederum ohne Austausch, Beratung und Abstimmung mit den am Runden Tisch organisierten Kräften entwickelt. Sie habe damit die Unfähigkeit demonstriert, Basisdemokratie als notwendige Stütze parlamentarischer Demokratie gerade in Krisenzeiten anzuerkennen, anzunehmen und zu praktizieren.

20-A

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Stellungnahme der "Vereinigten Linken" Berlin zum Besuch Modrows in Bonn

Ministerpräsident Modrow hat in seiner Erklärung zu Beginn der Bonner Pressekonferenz in dankenswerter Offenheit zum Ausdruck gebracht, worüber er verhandelt hat: Über die Substanz der DDR, also ihre Bevölkerung und das Nettotonalvermögen von 1,4 Billionen Mark einschließlich des Staatseigentums von 980 Milliarden Mark und 6,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dies, so sagte Modrow, hat die DDR in ein künftiges Deutschland einzubringen. Bundeskanzler Kohl blieb in seinem Sinne nichts schuldig; er kündigte seitens der BRD an, daß immerhin die DM als schnellstes Pferd im bundesdeutschen Stall in's Wiedervereinigungsrennen geschickt wird. Modrow nutzte die Gelegenheit, um vorwurfsvoll anzumerken, daß die, welche heute rasch und gern von einer instabilen DDR oder deren schwieriger Wirtschaftslage sprächen, den Preis der Vereinigung zu Lasten des Volkes drücken wollten. Wer fragt da noch, wer der Käufer und wer der Verkäufer ist? Ist noch immer nicht klar, wer den Preis macht und was verkauft werden soll? Hier wird mit einer BRD-Regierung verhandelt, deren Chef sich wiederum weigerte, die Nachkriegsgrenzen definitiv anzuerkennen und kurz darauf sogar verlauten ließ, mit ihm sei ein neutrales Deutschland nicht zu haben, selbst wenn eine Mehrheit dafür wäre. Angesichts dessen ist wohl auch die Antwort auf die Frage klar, was uns hinsichtlich des Prozesses der Angleichung der Rechts- und Sozialsysteme beider Staaten erwartet, wenn es nach der CDU geht: Legalisierung der Republikaner in ganz Deutschland, permanente Berufsverbotsandrohung für Linke und anpassungsunwillige Demokraten, Werkätige als Arbeitsmarkt-Freiwild mit allen bekannten Konsequenzen usw. Baden-Würthenbergs Ministerpräsident Lothar Späth hat die Sache brutal auf den Punkt gebracht: Es geht um die *bedingungslose Kapitulation* der DDR zu den Bedingungen des wirtschaftlich Mächtigeren. Berghofer fordert in Stuttgart postwendend im Chor mit Späth, daß die DDR schnellstmöglichst die BRD-Wirtschaftsordnung übernehmen solle. Wer all dies ernst nimmt, versteht auch, warum die vollmundigen Hilfsankündigungen Kohls in Dresden schöne Rhetorik geblieben sind und die Bonner Verhandlungen in Absichtserklärungen zur Bildung von Expertengremien für die Herbeiführung einer Wirtschafts- und Währungsunion "gipfelten". Es geht ganz einfach um die Verbesserung der Geschäftsbedingungen zum Sofortanschluß der DDR nach Wahlen am 18. März, wenn eine neue Regierung womöglich noch bereitwilliger darauf einzugehen bereit ist. Solange wird gewartet. Um so mehr, als man es mit einer DDR-Regierung zu tun hat, die wie ein Kaninchen vor der hilfsbereiten Schlange zurückweicht, bis endlich die Vereinigung im Magen der Schlange erfolgen kann. Mit Recht denkt sich Kohl, so wird sich die DDR schon selbst übergabereif zerrütten. Bis auf einige Minister ohne Geschäftsbereich haben kaum noch Leute Grund, sich über die Strategie der CDU/CSU zu wundern. Wer jetzt seiner Enttäuschung Luft macht, muß lernen, daß er sich getäuscht hat, ohne getäuscht worden zu sein. Denn deutlicher, als mit fingierten Bankrotzuweisungen aus BRD-Regierungskreisen an die Adresse der DDR, wie vor der Modrow-Reise geschehen, kann man gar nicht die eigenen Absichten offenlegen.

Was ist zur Entwicklung Modrow'scher Regierungspolitik zu sagen? Nach Bekräftigung des Willens für einen eigenen Weg der DDR in der Antrittserklärung bedurfte es nur einiger Monate inkonsequenter Wirtschaftsreformspielchen, halbherziger Vergangenheitsbewältigung und steten Zurückweichens vor den ausufernden Konsequenzen selbst verschuldeten Rechtsdrucks, bis Modrow im Alleingang seinen 3-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung zum Maßstab von Regierungspolitik machte. Das fragwürdige Wirtschaftsreformkonzept von Frau Luft hängt nun vollends in der Luft: Sobald alles nur noch von der Währungsunion spricht, sind selbst ihr die Grundlagen entzogen und die stellvertretende Ministerpräsidentin beschwert sich fassungslos bei Bonner Regierungsstellen, daß ihr Fortschritte in Sachen Währungsunion über die Presse bekanntgegeben werden. Die DDR-Regierung macht schon geraume Zeit keine "Reformpolitik" mehr, sondern handelt in "Nationaler Verantwortung" die Konditionen der Übergabe aus. Die beschwörenden Appelle der DDR-Regierung an die Adresse der BRD, den sozialen Besitzstand der DDR-Bevölkerung sichern zu helfen, sind falsch platziert. Das Kapital hat nichts zu verschenken und wird seinen Schnitt machen - und sich dabei der Mitwirkung neuer alter Manager der DDR-Wirtschaft verschern, die als ehemalige Betriebs- oder Kombinatdirektoren sicher schon auf Staatsbankkredite warten, um sich als Hauptgesellschafter bald reprivatisierter VEB's den neuen Herren anzubieten. Warum sollte hier ein der DDR zustehender Kompensationsbetrag für die gewaltigen Reparationsleistungen, welche die DDR auch anstelle der Marshall-Plan-gepöppelten BRD nach dem Krieg zu zahlen gezwungen war (und den Modrow jetzt verschämt "Solidarbeitrag" nennt) noch gezahlt werden? Einen solchen Lastenausgleich wird es nicht geben, wohl aber dosiertes Kapital zu genau kalkulierten Verwertungsbedingungen.

Langsam wird überall in der Bevölkerung klar, was da auf uns zurollt. Und klarer wird auch, auf wessen Kosten die Sanierung der DDR a la Anschlußpolitik gehen wird: Eigentumsansprüche alter und neuer Boden-, Grundstücks- und Immobilienowner, Enteignungsdruck und Reprivatisierungskurs bei Massenbankrotten und explodierenden Arbeitslosenraten, Sozialabbau bis hin zur Schulspeisung und Reallohnensenkungen für die werktätige Bevölkerung auch in der BRD.

Dafür ist die Bevölkerung der DDR im Oktober nicht auf die Straße gegangen. Auch die Menschen, welche heute infolge des Fehlens jeder greifbaren Alternative bei Massendemonstrationen die Wiedervereinigung als Sofortlösung befürworten, werden sich vielleicht bald mit den anderen vom Oktober auf der Straße wiedertreffen, wenn gegen den Sozialabbau demonstriert werden muß. Schließen wir alle uns zusammen, um uns zu wehren! Lassen wir uns nicht einreden, es gäbe für uns keine andere Chance, als uns bedingungslos neuen Ausbeutern zu unterwerfen! Eine konsequente Wirtschaftsreform bei Stärkung der Werkätigen-Mitspracherechte ist nur von der Regierung, nicht aber durch uns von der Tagesordnung gestrichen worden! Die internationale Wirtschaftskooperation nicht auch auf andere Partner zum gegenseitigem Vorteil auszudehnen hat keinen anderen Grund, als den der Kapitulation vor bundesdeutscher Wirtschaftübermacht! Die Regierung wird weder den sozialen Besitzstand des werktätigen Volkes, noch unser Recht auf einen besseren Weg als den des uns offerierten gediegenen BRD-Kapitalismus verteidigen! Vor der Einheit Deutschlands zu *bundesdeutschen Bedingungen* hat die Einheit der Werkätigen bei der solidarischen Verteidigung ihrer Rechte *unter allen Bedingungen Vorrang*.

Berlin, den 16.2.1990

20-B

Büros der INITIATIVE VEREINIGTE LINKE

Erfurt	Büro der VL	Lutherstr.5	Erfurt 5020	
Dresden	Büro der VL	K.-M.-Platz 2d	Dresden 8060	Tel.: 598 28 44
Güstrow	Büro der VL	PSF 153	Güstrow 2600	
Halle	Büro der VL	Röpziger Str. 14	Halle 4020	Tel (nur Mo.) 2987
	Büro der VL	im Reformhaus	Halle 4020	Tel.: 25537
Karl-Marx-Stadt	Büro der VL	K.-M.-Allee 12	K. M. Stadt 9020	Tel.: 6552064/96
Leipzig	Büro der VL	Bernhard-Göring-Str. 152	Leipzig 7030	Tel.: 39 111 49
Mühlhausen	Büro der VL			Tel.: 6771
Potsdam	Büro der VL	Otto Nuschke-Str. 53	Potsdam 1560	Tel.: 22092
Rostock	Büro der VL	Ernst-Barlach-Str. 2	Rostock 2500	Tel.: 22184
Berlin	Büro der VL	Friedrichstr. 165	Berlin 1080	Tel.: 2202091/41, 2292962, 2291190
Magdeburg	Büro der VL	AWH KWZ/409	Zielitz 3215	Tel.: 42883
Neubrandenburg	Büro der VL		Neubrandenburg 2000	Tel.: 5131
Gera	Büro der VL	NELKEN Pl. d. Thälmannpioniere 1		Tel.: 22708
Cottbus	Büro der VL	postlagernd	Cottbus 7500	
Eisenach	Büro der VL	Georgenstr. 52 - PSF 74	Eisenach 5900	
Frankfurt/Oder	Büro der VL	PSF 15	1260 Strausberg 2	Tel.: 422884

Ergänzungen nach Drucklegung!

Aufgrund eines Übermittlungsfehlers mußten noch nach Drucklegung einige Ergänzungen vorgenommen werden. Insbesondere die Erklärung zum Austritt aus der Regierung sollte nach der Eintritts-Erklärung eingefügt werden. Aus technischen Gründen wurden alle Ergänzungen auf dem selben Druckbogen angeordnet.

Die Ergänzungen sind:

Ergänzungs-Seite 20-A: Erklärung (Austritt aus der Regierung). 2.2.1990

Ergänzungs-Seite 20-B: Stellungnahme der VL Berlin zum Besuch Modrows in Bonn. 16.2.1990

Ergänzungs-Seite 02-A: Inhaltsverzeichnis (mit Ergänzungen)

Ergänzungs Seite 02 B: Büros der Initiative Vereinigte Linke / Ergänzungen nach Drucklegung

die Ergänzungs-Selten können bei Bedarf an die entsprechenden Stellen eingefügt werden.

2-B

Inhalt (mit Ergänzungen)

- 2 BBüros der Initiative Vereinigte Linke / Ergänzungen nach Drucklegung
- 4 Service: Was gibt's noch zum Thema DDR: telegraph, Rüber mit der Kohle, Der Umbruch in der DDR
- 5 Vorwort - Initiative Vereinigte Linke
- 6 Erklärung .. zu den Ergebnissen des ersten Gesprächstages am "Runden Tisch"
- 7 Presseerklärung .. zu den Ergebnissen des "Runden Tisches" vom 18.12., 22.12. und 27.12.1989
- 8 Für die BZA: Presseerklärung ..am Runden Tisch vom 28.12.1989
- 10 Pressemitteilung. "Bund Unabhängiger Sozialisten" in der IVL. (anlässlich 9.12.89)
- 11 Für ein linkes Dokumentationszentrum (8.12.89)
- 12 Flugblatt: Provokation in der Berliner Zeitung! (16.12.89)
- 13 Flugblatt: Wollt Ihr die Bananenrepublik. Stud. Anti-Wiedervereinigungsini. Berlin (Demo zum Kohlbesuch 19.12.89)
Flugblatt: Was bringt Kohl?. Diverse Gruppen (Demo zum Kohlbesuch 19.12.89)
- 14 Offener Brief an alle Mitglieder der SED (zu Rumänien). IVL. (verlesen auf Kundgebung 19.11.89)
- 15 Flugblatt: Appell (zu Rumänien). Diverse Gruppen (22.12.89)
- 16 Flugblatt: Liebe Landsleute in der DDR. 13. Autonome Gruppe in der IVL
- 17 Antwort für die "Stern"-Sonderausgabe DDR-Wahlen. IVL Berlin. (20.1.90)
- 19 Artikel BZ 21./22.1.90: Statt Souveränität ausländisches Kapital. 13.Autonome Gruppe in der IVL
Artikel BZ 21./22.1.90: Die Rechnung mit dem Kindergeld. Lila Offensive(UFV), Rote Rosa (VL)
- 20 Erklärung .. zu den Gesprächen über .. Regierungsverantwortung. (29.1.90)
- 20-A Erklärung (Austritt aus der Regierung). 2.2.1990
- 20-B Stellungnahme der VL Berlin zum Besuch Modrows in Bonn. 16.2.1990
- 21 Positionspapier der AG "Bildung und Erziehung" der IVL (VL5).(ohne Datum)

Potsdam, Freiberg, Leipzig, Erfurt, Rostock, Halle

- 23 Potsdam. Artikel "Märkische Volksstimme" 20.1.90: rot, grün, kooperativ Potsdamer VL für eine frische DDR.
- 24 Freiberg: Mitbestimmung. Klaus Halke. (15.11.89)
Freiberg: Studentenrat an der BAF. Thomas Fechner/Initiativgruppe Studentenrat. (6.1.90)
- 25 Leipzig : Was die Vereinigte Linke in den Betrieben will. VL Leipzig.
- 26 Erfurt : Gemeinsam gegen Rechts. VL. (anlässlich 19.12.89)
- 27 Erfurt : Erklärung .. zu den Wahlen am 6.Mai 1990. IVL Erfurt. (10.1.1990)
- 28 Erfurt : Antrag .. an den "Runden Tisch der DDR". (10.1.90)
- 29 Rostock : Positionspapier. VL Rostock. (17.1.90)
- 30 Rostock : An die Regierung der DDR. VL Rostock. (ohne Datum)
- 31 Rostock : Für Demokratie an unseren Schulen. Rostocker Bürgerrat. (Jan 90)
- 33 Halle : Satzung der VL Halle. (ohne Datum)
- 34 Halle : Für eine sozialistische Räterepublik. Plattform Rätebewegung. (Nov 89)
- 35 Halle : Volksräte oder Parlamentarismus?? Rätebewegung. (Nov/Dez.89)

Räte, Betriebsräte, Volkskongreß

- 36 Wählt Räte in den Betrieben. Betriebsgruppe der IVL. (ohne Datum)
Arbeitspapier .. Betriebsräte im Prozeß der Überführung von Staats- in Volkseigentum. Dr. Thomas Klein.
(ohne Datum)
- 38 Rechtliche Grundlagen für Betriebs- (oder Arbeiter-) Räte. Die Nelken (zum 3.2.90)
Aufgaben und Rechte der Betriebsräte.Frank Täubner (Gruppe für Betriebsarbeit IVL). (31.1.90)
- 41 Sieben Fragen zum Betriebsrat. Gruppe für Betriebsarbeit der IVL. (1.2.90)
- 42 Konzeption zur Bildung eines Betriebsrates. AG Werk 1 BAE. (8.1.90)
Kolleginnen und Kollegen. Koordinierungsbüro für den Volkskongreß. (3.2.90)
- 44 Manuskript - Wirtschaft und Planung in der DDR (6.7.87)
- 50 Impressionen von der Arbeitskonferenz der Vereinigten Linken am 25./26.11.1989

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

WAS WILL DIE „VEREINIGTE LINKE“?

AKTIONSEINHEIT GEGEN:

- „Teuschtümelei“, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
- moralischen und wirtschaftlichen Ausverkauf unseres Landes
- eine Diktatur der Intoleranz

AKTIONSEINHEIT FÜR:

- zwei friedliebende deutsche Staaten im gemeinsamen Haus Europa
- eine entstalinisierte demokratische Alternative in der DDR
- Erhalt sozialer Grundwerte aller Menschen in einer gesunden Wirtschaft
- Humanismus und Antifaschismus

Die „VL“ hat sich am 19. Dezember 1989 in Erfurt konstituiert.

Wir sind offen für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.

TUN WIR ETWAS, BEVOR UNS WAS GETAN WIRD!

RsG 15/636/89

(wg. mangelnder Reproduzierfähigkeit abgetippt /red)

ERKLÄRUNG DER INITIATIVGRUPPE ERFURT
"FÜR EINE VEREINIGTE LINKE"
ZU DEN WAHLEN AM 6.MAI 1990

Die Initiativegruppe Erfurt "Für eine Vereinigte Linke" spricht sich für eine Wahlbeteiligung der "VL" sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene aus. Das bedeutet, daß wir die Zulassung auch von politischen Gruppen und Organisationen zu den Wahlen fordern und gegen einen ausschließlich parteienorientierten Parlamentarismus sind. Die "VL" sieht sich als alternative Wahlplattform für alle sich links verstehenden Gruppen und Personen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Parteien oder anderen Organisationen. Sie wird zu den Wahlen mit eigenem Profil und eigenem Programm auftreten. Die Arbeitsgruppe Programm/Struktur wird bis zur nächsten Vollversammlung Grundzüge eines Wahlprogramms ausarbeiten und vorstellen. Dieser Entwurf wird nach der Abstimmung darüber dem Zentralen Sprecherrat zugeleitet. In Abhängigkeit vom Wahlgesetz sehen wir zwei prinzipielle Möglichkeiten der Beteiligung an Parlamentswahlen: Entweder mit eigenen Kandidaten aufzutreten (ähnlich dem Wahlkreis-System in der Sowjetunion) oder sich als politische Gruppierung insgesamt mit unserem Programm den Wahlen zu stellen. Eigene Kandidaten der "VL" müßten unabhängig sein, d.h. dürften keinen anderen zur Wahl zugelassenen Organisationen angehören. Für Wahlbündnisse ist die "VL" grundsätzlich offen. Über solche Wahlbündnisse auf DDR-Ebene muß aber unbedingt und in jedem Fall von der Basis der jeweiligen Initiativegruppen abgestimmt werden. Zu späteren Kommunalwahlen können auch territorial unterschiedliche Bündnisse eingegangen werden: die territorialen Gruppen entscheiden darüber in Eigenverantwortlichkeit.

I.f.VL Erfurt
10.1.1990

ANTRAG DER INITIATIVGRUPPE ERFURT
" FÜR EINE VEREINIGTE LINKE "
AN DEN "RUNDEN TISCH DER DDR " IN BERLIN
(beschlossen am 10.1.90)

Wir setzen uns für eine sich radikal erneuernde, souveräne DDR ein. Wir halten den Konsens am "Runden Tisch" in folgender Frage für gegeben:
Die innere Stabilität der DDR ist durch faschistische und stalinistische Aktivitatem im Untergrund gefährdet. Wir erachten aus diesem überlebenswichtigen Grund die Schaffung eines staatlichen Organs für notwendig, das im Zeitraum bis zum 6.Mai 1990 Gründe, Interessenten und Methoden solcher Aktivitäten aufklärt. Seine Arbeitsweise und Zusammensetzung sind durch den Ministerrat und den "Runden Tisch" festzulegen sowie streng und sicher zu kontrollieren. Für dieses Organ müssen geeignete, unbescholtene Bürger herangezogen werden; man darf die Einbeziehung einschlägiger Akten und kompetenter Mitarbeiter des ehemaligen MfS nicht von vornherein grundsätzlich ausschließen.
Die bisherige Rechenschaftslegung der Regierung und ihre Maßnahmen auf diesem Gebiet sind nicht überzeugend. Wir fordern daher den schon mehrfach angemahnten, detaillierten Bericht der Regierung zur innenpolitischen Lage, aus dem einleuchtend die Konsequenzen eines andauernden Vakuums auf dem Gebiet der inneren Sicherheit für unser Land und jeden seiner Bürger hervorgehen müssen.

I.f.VL Erfurt

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

POSITIONSPAPIER DER VEREINIGTEN LINKEN ROSTOCK

Die Vereinigte Linke Rostock begrüßt die nun endlich endgültige Auflösung des MfS, AfNS und die Übernahme der Positionen der Opposition zur Neubildung der Dienste erst nach den Wahlen am 6. Mai durch Regierung und Volkskammer. Die unzureichende Informationspolitik der Regierung zu dem Sachverhalt Auflösung der beiden Ämter - sehen wir als mitverantwortlich an der Eskalation der Gewalt. Gleichzeitig kritisieren wir auch die derzeitige Konzeption der Regierung Modrow, insbesondere die durch Ministerin Luft verfolgte Wirtschaftspolitik. Es scheint so, daß die politische Phantasie der Regierung nur zur Übernahme eines in der BRD existierenden Wirtschafts- und Staatsmodells reicht, ohne die Kritik in der BRD an diesem Modell sowie unsere eigenen wirtschaftlichen und historischen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Dieser "Umbau" wird hinter dem Rücken des Volkes vorgenommen, wie die Veränderungen des Artikels 12 der Verfassung zeigen. Die Entwicklungen in Ungarn und Polen zeigen deutlich an, daß diese Art von Wirtschaftskonzeption einer sozialen Marktwirtschaft nur noch tiefer in die wirtschaftliche und damit politische Krise führt. Mit der jetzt von der Regierung Modrow durchgeführten Wirtschaftsreform kommen wir zwangsläufig in einseitige unumkehrbare Abhängigkeiten vom BRD-Kapital. Verstärkt wird diese Diskrepanz zwischen den Regierungsaktivitäten auf rein wirtschaftlichem Gebiet und der demokratischen Erneuerung in den Betrieben.

Wir stellen fest, daß der FDGB nicht in der Lage ist, die Interessen der Werktätigen authentisch zu vertreten. In einer zukünftigen ausdifferenzierten Wirtschaft müssen starke Betriebsräte und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Die Polemik gegen den Betriebsrätegedanken ist unzeitgemäß und politisch schädlich. Deshalb fordern wir die sofortige Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, in dem die demokratische Wahl von Betriebsräten durch die Belegschaft garantiert ist und deren Rechte und Pflichten festgelegt sind.

Gleichzeitig fordern wir ein Gesetz, das die Existenz von Bürgerräten und -/komitees auch über den 6. Mai hinaus garantiert. Diese basisdemokratischen Formen der Volksvertretung können als Korrektiv zu einseitigen Parteilinteressen und zunehmend kommerziellen Interessen wirken und geben den Bürgern die Möglichkeit direkter Interessenvertretung. Darum ist es wichtig, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongreß der Betriebsräteinitiativen, Bürgerräte bzw. -/komitees, Studenten- und Soldatenräte und Bürgerbewegungen zusammentritt. Wir bitten alle Einzelpersonen, Parteien, Bürgerbewegungen und Bürgerkomitees, die basisdemokratische Formen direkter Demokratie zu unterstützen, die Vorbereitung und Realisierung eines solchen Volkskongresses über alle politischen Unterschiede hinweg mitzutragen und sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Zu den Wahlen am 6. Mai erwarten wir, daß politische Bürgerbewegungen zugelassen werden. Außerdem verlangen wir die Nichtzulassung von Parteien und Gruppen mit rechtsradikalem, rechtsextremistischem oder faschistischem Gedankengut.

Wir verurteilen die immer noch schleppende Entstalinisierung und Säuberung der SED-PDS. Die derzeitige Politik der SED-PDS bzw. ihres Apparats hinkt immer noch hinter den Erfordernissen einer Partei des demokratischen Sozialismus hinterher. Wir fordern die SED-PDS auf, ihre Mandatsträger im Partei- und Staatsapparat in Hinsicht auf Amtsmissbrauch, Stalinismus und Korruption zu überprüfen und wenn nötig, sie zurückzuziehen und durch den Ideen des demokratischen Sozialismus verpflichtete Genossen zu ersetzen. Im Augenblick sehen wir in der SED-PDS einen innenpolitischen Krisenfaktor, der die gesamte Linke der DDR diskreditiert.

Von den ehemaligen Blockparteien LDPD, CDU, DBD, NDPD und von der SED PDS erwarten wir eine Offenlegung der Parteifinanzen und ein deutliches Schuldbekenntnis bzw. Selbstkritik betreffs ihrer Mitschuld an der jetzigen Krisensituation.

Unser Standpunkt ist: Um erneute Mitverantwortung zu tragen, reicht es nicht aus, neue Ziele zu formulieren und den politischen Schwarzen Peter allein der ehemaligen SED zuzuspielen. Die Blockparteien rehabilitieren sich auch nicht, indem sie jetzt schleunigst Positionen der Opposition übernehmen bzw. Bündnismöglichkeiten anbieten. Wir erwarten von diesen Parteien eine eindeutige Position zur jetzigen Koalitionsregierung auf allen Ebenen.

Wir bitten die im Wahlbündnis 90 verbündeten Parteien und Bürgerbewegungen, bei aller, auch von der Vereinigten Linken Rostock getragenen Kritik an der derzeitigen offiziellen Politik der Regierung und der SED-PDS, diese nötige politische Auseinandersetzung sachlich zu führen. Die Anzeichen von Programm- und

Kreuzzugstimmungen bei von ihnen organisierten Demonstrationen und Kundgebungen nehmen immer schärfere Formen an. Diese Stimmung, so meinen wir, stabilisiert lediglich die konservativen, stalinistischen Kräfte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie im Parteiapparat. Außerdem etablieren sich auf diesem undifferenzierten Hintergrund zunehmend rechtsextremistische Kräfte.

Die Vereinigte Linke Rostock appelliert an alle linken, nichtstalinistischen, basisdemokratischen und ökologisch orientierten Kräfte im ganzen Land, sich zusammenzuschließen, um eine gerechte Gesellschaft in unserem Land zu errichten.

Rostock, 17.1.90
Vereinigte Linke Rostock

(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

An die Regierung der DDR

Die Vollversammlung der Vereinigten Linken Rostocks betrachtet mit zunehmender Sorge die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung in der DDR. Einerseits bedarf die jetzige Situation zur Rettung unserer Wirtschaft rascher Entschlüsse, andererseits besteht die Gefahr, daß Leitungen ohne rechtliche und demokratische Legitimation Verträge abschließen, deren Folgen wir alle tragen müssen, aber derzeit für uns nicht absehbar sind.

Das betrifft vor allem die Regelung zum Verkauf von Volkseigentum an private Gesellschaften und Einzelpersonen und die Ermöglichung zu Joint Ventures. Deshalb fordern wir:

- Die Veröffentlichung der "vorläufigen Regelungen" für die Bildung privater Betriebe sowie von Klein- und Mittelbetrieben auf halbstaatlichen und genossenschaftlicher Grundlage
- die Offenlegung des derzeit in zweiter Lesung befindlichen Gesetzentwurfes zur Bildung und Tätigkeit gemeinsamer Unternehmungen auf DDR-Territorium sowie deren Diskussion

Gleichzeitig bedarf es einer verantwortungsbewußten Informationspolitik, die nicht nur die Entscheidungen mitteilt, sondern es ermöglicht, auch die Folgen abzuschätzen. Hier wäre für den im Prozeß der Erneuerung befindlichen FDGB ein wichtiges Arbeitsfeld, dessen Bearbeitung von den Interessenvertretern der sozialistischen Eigentümer dringend erwartet wird.

Dieser Brief soll dazu beitragen, das Vertrauen zwischen der Regierung Modrow und der Öffentlichkeit unseres Landes durch Transparenz zu erhalten und zu vertiefen. Er ist außerdem an die Vertreter der VL in Berlin gerichtet, um unseren Forderungen am Runden Tisch noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Vereinigte Linke (Rostock)

Trägt die VL Rostock auch noch Arbeit aus? VL-Mitglied mit Erscheiter

Für Demokratie an unseren Schulen

Brief des Rostocker Bürgerrates an alle Pädagogen und Eltern der Stadt

Im Januar 1990

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Als Arbeitsgruppe „Bildungswesen“ des Rostocker Bürgerrates wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie und erbiten Ihre Aufmerksamkeit.

Im Bürgerrat haben wir uns die Aufgabe gestellt, die Stadtverordnetenversammlung und den Rat der Stadt – die aus zumindest freigelegten Wahlberechtigten hervorgehen sind – und ihre Organe bei der nötigen konsequenten Demokratisierung des Lebens in unserer Stadt durch basisdemokratische Mitwirkung zu unterstützen und zu kontrollieren.

In seiner Erklärung vom 7. Dezember 1987 hat sich der Rat der Stadt zu einer demokratischen Kontrolle durch den Rostocker Bürgerrat bekannt.

Was wollen wir?

Wir wollen als Vertreter der verschiedenen neuen demokratischen Bewegungen, Parteien und Initiativen die konsequente Demokratisierung des bisherigen ideologisch indoktrinären und zentralistisch-administrativen Schulwesens unserer Stadt vorbereiten und durchsetzen. Dazu wollen wir die verschiedenen Vorschläge und Konzepte bündeln, aus ihnen praktische Konsequenzen ableiten und ihre Einlösung von der immer noch in alten Denkweisen befangenen Leitung des Schulwesens unserer Stadt, dem Stadtschulrat, der Abteilung Volksbildung und der Ständigen Kommission „Bildungswesen“, fordern.

So lange es noch kein allgemein akzeptiertes und demokratisch legitimes Bildungskonzept für unsere Gesellschaft gibt, richten wir unsere gegenwärtigen Bemühungen auf den konsequenten Abbau der stalinistischen Strukturen in unseren Schulen, den Abbau der Strukturen der Bevormundung, der Gängelung und der Heuchelei, damit unsere Kinder möglichst schnell die Möglichkeit erhalten, den aufrechten Gang als mündige Bürger zu lernen.

Was haben wir bisher getan?

In einer ersten Zusammenkunft am 3. Januar 1990 mit dem Stadtschulrat Gustav Benflin haben wir folgende Forderungen erhoben:

- Sofortiger Abbau der alten zentralistisch-administrativen Strukturen und zügiger Aufbau von Strukturen der demokratischen Mitwirkung von den einzelnen Schulen und im Bereich Bildungswesen der Stadtregierung

- Ergänzung des ausschließlichen Weisungsrechtes der Direktoren auf die tatsächliche Leitung der Schulen
- Entscheidung konzipieller, pädagogischer und inhaltlicher Fragen ist durch ein entscheidungsberechtigter Rat aus Schülern, Lehrer- und Elternvertretern
- Freigabe der Lehrpläne für die besonders ideologisch-intensiven Fächer - Deutsch und Sozialkunde bereits teilweise gegeben - und konsultative Beteiligung der Erziehungsziele und Bildungspläne unter besonderer Kontrolle der Schüler-, Lehrer- und Eltern-Räte
- Stärkung der notwendigen Verteilung und Beteiligung der Lehrer und Eltern an der tatsächlichen Umgestaltung, einschließlich der Umschulung der Lehrer
- Für die wichtigsten Funktionen freien und ungehinderten Zugang haben,
 - eine der eigenen Schule gemeinsam diskutieren können und gemeinsame Entscheidungen ableiten
 - eine echte Entscheidungsbeteiligung haben, so wie die Leitung (der Direktor) nur im Einvernehmen mit diesen Räten entscheiden soll, dies sollte auch für den Schuljahresplan und für andere Entscheidungen gelten
- Empfehlungen über den Rahmen der eigenen Schule hinaus wirksame Mitbestimmung wahrnehmen.
- Vertreten der Schüler, der Lehrer und der Eltern bestehen,
 - demokratisch gewählt werden, daß sie tatsächlich Interessenvertreter und nicht nur ihre eigenen Sprecher sind,
 - ständiger Ansprechpartner für ihre Wähler und durch Mehrheitsbeschluß jederzeit beschließbar sein.
- Wahlen zur besonders die Eltern ermächtigten, sich intensiv an der demokratischen Leitung der Schule zu beteiligen.

Was erwarten wir?

Wir erwarten, daß solche basisdemokratischen Aktivitäten gegenwärtig auch zur Sicherung der Stabilität des Unterrichts beitragen.

Damit wir unsere Aufgabe wirklich erfüllen können, damit wir gegenüber dem Rat der Stadt die Interessen der Bürger, der Schüler, Lehrer und Eltern unserer Stadt wirklich durchsetzen können, erwarten wir

- von Schülern, Lehrern und Eltern,
- von den verschiedenen Schüler-, Lehrer- und Elternvertretungen
- sowie von den zu bildenden Schüler-, Lehrer- und Elternräten, um den einzelnen Schulen

Informationen und Maßnahmen

über die Möglichkeit, von den verschiedenen Schulen sowie über Initiativen, Vorhaben und Maßnahmen der Stadt, der Stadtverwaltung unserer Schulen.

Wie werden wir das erreichen?

- Arbeitsgruppe Bildungswesen

Ratgeber

Weitere Kontaktadressen sind:

für den Nordosten
Jürgen Penkin
Villstädter-Straße 10

für den Nordwesten
Elisabeth Krummholz
Lichtenhagen-Dorf
Admonshäger Weg A, Pf 112

für die Südstadt
Klaus-Dietrich Blank
Platz der Freundschaft 9

für die Innenstadt
Dr. Heinz-Jürgen Staszak
Friedrich-Straße 2

Die Initiative "Vereinigte Linke" geht zurück auf ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, das Anfang September 1969 in Berlin stattfand. Die Teilnehmer erarbeiteten sich eine vorläufige Plattform zum gemeinsamen Handeln gegen die stalinistische Lebensführung, die aber auch starker gegen den Rechtsruck in der DDR, Ziel der Initiative blieb, die Zerschlagung der Linke zu überwinden und gemeinsam nach einer sozialistischen Alternative im Interesse der Bevölkerung zu suchen.

In der "VL" wurden unterschiedliche linke Gruppen und Einzelpersonen (Marxisten, Trotskyisten, Anarchisten, religiöse Sozialisten) miteinander, ohne ihre Autonomie zu verlieren. Sie ist offen auch für enttäuschte linke Mitglieder der SED sowie anderen Parteien und Bewegungen. Leht über die Linde von Stalinisten, Terroristen und Opportunisten an. Sollte eine linke Plattform innerhalb der SED entstehen, steht die "VL" Möglichkeit zu deren Einbeziehung bzw. zur Zusammenarbeit. Es muß aber deutlich sein, daß es Autonomie der Mitgliedsgruppen darstellt oder darstellen wird. Es bedeutet, daß die "VL" als integraler Bestandteil der Unruhebewegung der letzten Monate und Jahre zu verstehen - sich dabei als "VL" - und nicht als "VL" - Alternative orientiert.

Die "VL" betrachtet sich als Zweckbundnis und nicht als Partei. Trotzdem wird sie als in diesem Sinne Selbstverständnis auch an einer Wahl beteiligt. Das bedeutet, daß die rechtliche Möglichkeit zu erkennen, daß sie sich als "VL" betrachtet, sondern auch Mehrheitsentscheidungen oder Einzelgruppen, die nicht als "VL" betrachtet werden, wird ein konkretes Wahlverhalten abgelehnt werden, das die "VL" als "VL" oder eine eigene Wahl-

Ausführlicher Diskussionen in Halle ergaben sich folgende Ergebnisse:

- Die "VL" ist eine politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit der DDR
- das Bestehen der "VL" ist ein gesellschaftliches Phänomen an Produktions-
- Mittel als wirtschaftliche Mittel vor Außenweltlichkeit, Militarismus sowie
- konkrete Auswirkungen gegen Rassisten, Faschisten, Militaristen sowie
- Schutz der Verwirklichung der legitimen Menschenrechte nach UNO-De-
- klaration.
- Konsequente Basisorganisation innerhalb der "VL" unter Beibehaltung ihrer
- Arbeitsfähigkeit.
- die Entwicklung der politisch-ökonomischen Strukturen in allen Bereichen
- der Gesellschaft (u. a. Kulturpolitik)

Diskussionen werden weitergeführt

- Konsequenzen Überlegungen zur Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaft.
- die Forderung der unabhängigen Volkskongresses als verbindliche
- die Bundeskonferenz der "VL"
- sollte zur Weiterentwicklung und Programmierung alternativer Lebensformen
- und linker Bildungsansätze.
- die Entwicklung der "VL" als politische Alternative mit dem Ziel,
- die politische Umwelt zu verändern bzw. wieder herzustellen,
- die politische Kultur und die Kultur in ihrem Kampf gegen Kapital-
- schaft und Entwicklung zu fördern.
- konkrete Politik der Aktion

Die "Initiativgruppe" Halle wird folgendermaßen arbeiten:

1. Wir führen zunächst wöchentlich Vollversammlungen durch. Die Vollversammlung ist das Gremium, in dem alle grundlegenden Entscheidungen getroffen werden und dem gegenüber alle autorisierten Personen, Gruppen usw. rechenschaftspflichtig sind.
2. Stimmberechtigt sind alle, die sich an der Arbeit der "VL" beteiligen und die sich mit Name + Adresse in die Teilnehmerliste eintragen. Gäste haben stets beratende Stimme.

3. Die Vollversammlung wählt einen Sprecher, der die "VL" Halle nach außen vertritt. Die Sprecher sind gegenüber der Vollversammlung rechenschaftspflichtig und können mit einfacher Mehrheit abgewählt werden. Alle sechs Monate kann ein neuer Sprecher gewählt werden.

4. Die beteiligten Gruppen behalten volle Autonomie, müssen aber, wenn sie im Namen der "VL" sprechen, von der Vollversammlung autorisiert sein. Ihre Veröffentlichungen (Flugblätter, Broschüren etc.) unterzeichnen die Gruppen mit ihrem eigenen Namen und verweisen zugleich auf ihre Mitarbeit im Bündnis "Vereinigte Linke".

5. Kontakte zu anderen Parteien und Organisationen im In- und Ausland sollten in der Vollversammlung koordiniert werden.

6. Die Finanzierung gemeinsamer Projekte (u. a. Druckerzeugnisse) erfolgt durch wöchentliche Spenden. Die Vollversammlung autorisiert eine oder mehrere Personen zur Verwaltung der Finanzen, trifft Entscheidungen über deren Verwendung und nimmt Rechenschaft darüber entgegen.

7. Die "VL" ruft regionale Arbeitsgruppen ins Leben und beteiligt sich an den Überregionalen (nationalen und internationalen) Aktivitäten sowohl der "VL" selbst als auch anderer Initiativen.

8. Die "VL" schafft sich eine regionale und überregionale informelle Struktur. Angestrebt werden eine eigene Zeitung und ein eigenes Büro, für das auch als Zentrales Büro der "VL" geworden werden soll.

Die "VL" Halle ist unter folgender Adresse erreichbar:

Büro der VL
Kopziger Straße 19
Halle
4 0 2 0

Von hier aus werden Informationen an einzelne Mitarbeiter, Arbeitsgruppen etc. weitergeleitet.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE KÄTEREPUBLIK

In Sorge, um die Zukunft unseres Landes wenden wir uns als Marxisten an ALLE! die einen demokratischen Sozialismus wollen. In der DDR, die ihre Existenzberechtigung aus ihrer sozialistischen Entwicklung erklärt, steht die Überlebensfrage des Sozialismus. Partei- und Staatsapparat haben uns in die schwierigste gesellschaftliche Krise geführt. Diese Krise ist keine Krise des Sozialismus schlechthin, sondern die des bisherigen, des stalinistischen.

Die Chance für einen Neubeginn hat das Volk mit der Oktoberrevolution 1989 eröffnet.

Um sie zu nutzen, müssen wir uns vom stalinistischen Modell radikal trennen. Seine administrativ-zentralistischen und bürokratischen Stützen sowie das darauf beruhende System der Angst vor Konsequenzen bei Wahrheit demokratischer Willensbildung müssen hinweggelegt werden. Schaffen wir neue, wirklich demokratische Strukturen, die Machtfülle und -mißbrauch sowie Disziplinierung und Entmündigung des Volkes durch Einzelne oder Gruppen unmöglich machen!

Bestimmen wir uns der revolutionären, basisdemokratischen Traditionen, beleben wir diese mit zeitgemäßen Inhalten, und beginnen wir endlich einen wahrhaft demokratischen Sozialismus aufzubauen. Diese blieb in solche Traditionen sind in der Rätebewegung zu suchen. Diese blieb in der Novemberrevolution 1918/19 auf halbem Wege stehen und auch nach dem Novembertag, in den Jahren nach 1945, wurde sie durch den Stalinismus bestraft.

Führen wir die Rätebewegung endlich zum Erfolg, indem wir auf allen Ebenen, von unten nach oben, eine sozialistische Räte Demokratie aufbauen. Das Volk muß der wahre Souverän seines Handelns werden.

Es ist NOT! Die Zeit arbeitet gegen uns. Je später wir anfangen, desto größer wird die Gefahr, auch die letzte Chance zu verlieren.

Ausgangspunkt für Lehen und damit für den Sozialismus bleibt die Erhaltung des Friedens und des natürlichen Lebensraumes der Menschen. Bisher existierende Gesellschaftsmodelle, ob Kapitalismus noch stalinistischer Sozialismus, haben es nicht vermocht, diese Lebensfragen zu lösen.

Wir unterbreiten daher als Diskussionsgrundlage unsere Plattform, die Hauptrichtungen einer demokratischen Erneuerung des Sozialismus umreißen will.

DIE "FÜHRENDE RÖLE" DES VOLKES

Alle Macht muß vom Volk ausgehen. Deshalb sind auf allen Ebenen Räte zu bilden, über die die Interessen der Menschen durchgesetzt werden. Räte sind betrieblich und kommunal durch Vollversammlung direkt und gewählt zu wählen. Alle Mitglieder der basisdemokratischen gewählten Räte sind jederzeit rechenenschaftlich und durch die Vollversammlung abwählbar. Die Arbeit der Räte ist öffentlich und damit ständig kontrollierbar.

Die Räte organisieren regelmäßig öffentliche Arbeitsgruppen. Damit haben sie ständigen Zugriff zu den Ideen des Volkes. Räte sind organisationsunabhängig. Parteien und Organisationen können nur über gewählte Vertreter in den Räten wirken.

Die Rätebewegung wird einen national koordinierenden Volksrat hervorbringen. Konkrete Strukturen entwickelt die Kätepraxis - wir können diese nicht als Modell vorwegnehmen.

Das Volk ist der Souverän, alle Gewalt ist unteilbar. Der Volksrat in der DDR ist, wie jeder Rat, beschließende und ausführende Körperschaft, die die Gewaltenteilung aufhebt.

VERNUNFTIGE WIRTSCHAFT - GESUNDE UMWELT
Der Produzent muß der Hauptnutznießer des gesellschaftlichen Reichtums werden.

Folgende Eigentumsformen sind möglich:

Das gesamte gesellschaftliche Eigentum, mit dem die Interessen jedes einzelnen gewahrt werden sollen, angefangen von Gesundheit, Bildung, Wissenschaft bis hin zu Verkehr und Kommunikation.

Das Gruppeneigentum und der hier erwirtschaftete Nettogewinn sind Basis der Produzenten in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk. Der Nettogewinn der Betriebe allein bestimmt das Einkommen der Produzenten.

Das gemischte Eigentum ist die Verbindung verschiedener Eigentumsformen. Dem Privateigentum ist breiter Spielraum im Dienstleistungssektor zu gewähren.

In allen Eigentumsformen garantiert das Rätessystem ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und verhindert Unternehmungskultur. Die Produktion und deren Planung müssen sich am Markt orientieren. Der Gewinn realisiert sich über den Markt. Dafür ist effektive Produktion Voraussetzung. Über das Rätessystem bestimmen die Produzenten der materiellen und geistigen Güter, letztlich was und wie produziert und verteilt wird. Ein schlecht arbeitender Intellektueller wird genauso schlecht bezahlt wie ein schlecht arbeitender Arbeiter, Bauer oder Handwerker. Der Hervorragende leistende Arbeiter wird ebenso entlohnt wie ein Spitzenleistung bringender Wissenschaftler, Künstler, Arzt und Ingenieur. Auf Basis freiester Aufklärung über konkrete ökologische Gefahren entscheiden die Produzenten, was ökologisch nötig und möglich ist. Es ist ein ökologisches Bewußtsein zu schaffen, daß in Zukunft Auschwitz, Verbrechen an uns selbst zu wiederholen.

Wir bekennen uns zum Prinzip: "Global denken, lokal handeln!"

GRUNDMERKE DES RÄTESOZIALISMUS SOLLTEN SEIN:

- * verfassungsmäßige Anerkennung aller Menschenrechte
- * Dominanz gewinnwirtschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln
- * Antimilitarismus, Antifaschismus, Gleichheit aller Rassen, Völker und Nationalitäten
- * Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung
- * Aufrechterhaltung der staatlichen Selbstständigkeit der DDR bei freundschaftlichen Beziehungen zum Volk der BRD
- * ökonomische, soziale und ökologische Gesurung der "Dritten Welt", auch durch frei werdende Rüftungsausgaben.

Halle im November 1989 - Plattform Rätebewegung

Frank Baier, Forschungsstudent, Halle, Leitzgasse 1
Lutz Bien, Lehrer, Halle-Kleistadt, Bl. 581/5
Bornd Boese, Lehrer, Halle-Kleistadt, Bl. 374/8
Dr. Werner Dietrich, Historiker, Halle, Liebenauer-Str. 5
Thomas Dietrich, Kfz-Schlusser, Halle, Lenninallee 275
Gerd Häbel, Forschungsstudent, Halle, Cantenrstr. 7
Martin Kuhl, wies. Assistent, Halle
Andreas Kujler, Aspirant, Halle-Peglersberg 4
Hartmut Willebrandt, Lehrer, Halle-Kleistadt
Dr. Manfred Zimmermann, Historiker, Halle, Kopziger Str. 14

Volksräte oder Parlamentarismus??

Flugblatt 1 der
Plattform Mitgliederbewegung

Parteiorganisationen jagen sich - noch 20 mehr oder 20 weniger bringen
nicht mehr und nicht weniger Demokratie.
Die Volksmacht ist nicht abhängig von der Zahl der in einem Land ar-
beitenden Parteien.

Wahlkampf, Originalitätsucht, Kulissenschieberei, Verbannung bestimmen
das Bild jeder parlamentarisch orientierten Parteienlandschaft.
Keine Programmenterschiede werden verwischt.

Wir stellen die Frage anders:

RÄTEBEWEGUNG oder PARLAMENTARISMUS??
VOLKSSOUVERÄNITÄT oder PARTEIEN-PARLAMENTSGESETZ??
Ist ein nur mehrere Parteiapparate?? oder souveräne VOLKSRÄTE
auf aller Ebenen?

Bei Parlamentarismus wird die Zeit der Schörrichter, der Advokaten,
der selbsternannten Fachleute. Ein Parlament aufzurichten hieße eine
Macht zu schaffen, die sich notwendigerweise aller gesellschaftlichen
Tätigkeit, aller Dinge des Volkes zu bemächtigen versucht.

FÜR VOLK BRAUCHT KEINE VERRETTUNG, DAS VOLK VERTRITT SICH SELBST!

Parlamentarismus heißt: Kampf der Parteien um die Hirne der Menschen.
Ihre Parteien wurden versuchen, jedes Individuum von früher Jugend an
zu beeinflussen und an sich zu ziehen.

Parteien und Parlament heißen: den Menschen zum Wähler der jeweiligen
Parteilinie zu degradieren. DAZU SAGT: NEIN!

Deshalb wählt Arbeiterkräfte, Schülerkräfte, Soldatenkräfte, Studentenkräfte!
In jedem Betrieb einen Arbeiterrat!

In jeder Schule einen Schülerrat!

In jeder Hochschule einen Studentenrat!

In jeder Kaserne einen Soldatenrat!

Rätebewegung Nov./Dez. 1989

Kolle

WÄHLT RÄTE IN DEN BETRIEBEN

Die Betriebsräte wurden während der November-Revolution durch die deutschen Arbeiter erkämpft. Nachdem mit der Machtergreifung der Faschisten die Betriebsräte aufgelöst wurden, bildeten sie sich 1945 wieder neu und erfüllten wichtige Aufgaben bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, bei der Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Zerschlagung der faschistischen Machtstrukturen. Bis 1950 wurden die Betriebsräte in unserer Gesellschaft erneut abgeschafft, um den administrativ kommandierenden Leitungsstil auch in der Wirtschaft voll durchsetzen zu können.

Betrachten wir unsere heutige Situation:

Die Wirtschaft der DDR wurde durch immer wieder neue Erfolgsmeldungen und die Mißachtung des gesunden Verstandes der arbeitenden Menschen ruiniert. Mit der neuen Selbständigkeit der Betriebe sehen die Leiter die Chance, endlich eine uneingeschränkte Macht zu errichten. Der Ruf nach westlichem Kapital und schonungsloser Rationalisierung erdolt immer lauter. Wir fragen uns, wird das auf Kosten der Belegschaft erfolgen? Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft war früher nicht gegeben und ist jetzt durch die Zersplitterung der Kräfte gelähmt. Können, läßt Euch nicht weiter an der Nase herumführen, ihr müßt jetzt die Verantwortung für den ganzen Betrieb, für sein gutes Funktionieren übernehmen.

Wie ist das zu tun?

1. In unseren Betrieben sind ohne Zeitverzögerung Räte zu wählen. Konkret könnte das so erfolgen, daß die Arbeitskollektive in Vollversammlungen ihre Vertreter benennen. Oder die Vertrauensleutevollversammlung wählt aus ihrer Mitte heraus durch Hinzuziehung aktiver Werktätiger einen solchen Rat. Wichtig ist, daß alle Werktätigen, damit auch alle politischen Strömungen im Betrieb vertreten sind und daß im Betriebsrat die nötige Sachkunde vorhanden ist. In den Betrieben Bergmann-Borsig Berlin, Fritz-Heckert Karl-Marx-Stadt, im Tierpark Berlin arbeiten bereits solche Räte. Sie heißen Sprecherat, Arbeiterrat oder Betriebsrat.

2. Es ist erforderlich, zur Verwirklichung der demokratischen Rechte der Belegschaft Rechnung über die gegenwärtige Lage und die Entwicklung in den letzten Jahren von der Leitung zu fordern. Durch den Betriebsrat ist das kritisch zu prüfen und es sind Schlußfolgerungen zu nötigen Veränderungen zu ziehen. Dabei sind alle Möglichkeiten zur Information aller Werktätigen, zur Erreichung einer großen Offenheit zu nutzen.

3. In der nächsten Zeit sollte sich der Betriebsrat zu einem Kontrollorgan der Betriebsleitung entwickeln, das dafür sorgt, daß über alle wesentlichen Fragen wie z. B. Investitionen, Veränderungen der Erzeuger-Strukturen, Kontrolle der Verhandlungen mit ausländischem Kapital, Verbesserung der Lebensbedingungen demokratisch durch Einbeziehung aller Werktätiger entschieden wird. So werden die Betriebsräte zu einem wichtigen ersten Schritt in Richtung der Machtausübung durch die Werktätigen selbst.

Betriebsgruppe der Initiative für eine Vereinigte Linke

Rainer Blum (Kombinat Ausbau Tel. 5253152)

Wolff-Peter Huhn (KWO Tel. 6332303)

Werner Jahn (Deutsche Post ORZ) 1035 Gabler-Max-Str. 19 Seitenli

Frank Taubner (WF Tel. 63832862)

ARBEITSPAPIER ZUM THEMA
BETRIEBSRÄTE IM PROZESS DER ÜBERFÜHRUNG VON STAATS- IN VOLKS-
EIGENTUM

1. Grundsätze

Die Betriebsräte realisieren die Eigentümerfunktion der Werkkollektive. In der ersten Etappe ihrer Tätigkeit verwirklichen sie schrittweise die Kontrolle ihrer Mitbestimmung der Wertigkeiten im Betrieb. Die Perspektive ihrer Tätigkeit ist die qualifizierte Vermittlung des Übergangs zur betrieblichen Selbstverwaltung.

1.1. Betriebsräte und sozialistisches Eigentum

Sozialistisches Eigentum der Produzenten an ihrem Betrieb ist weder individueller Besitz der Arbeitsmittel, noch anteiliger Aktienbesitz am Betrieb, sondern die mit Formen kollektiven Eigentums (Fondsübergabe an Arbeitskollektive) verbundene Teilhabe am ganzen Betrieb. Das daran gebundene Eigentumsbewußtsein entwickelt sich jedoch durchaus individuell als anteilige Haftung für übergebene Fonds und individuelles (leistungsabhängiges) Entgelt für deren Nutzung. Die Eigentümerfunktion der Produzenten ist aber nicht einfach nur an solche Formen kollektiven Eigentums gebunden, sondern hauptsächlich mit der von kollektiven gewählten und in ihrer Tätigkeit auf den ganzen Betrieb gerichteten Betriebsräten durchsetzbar.

2. Betriebsräte, Gewerkschaften und Betriebsleitung

Damit der Betriebsrat die Eigentümerfunktion aller Betriebsangehörigen auch real ausüben kann, muß mit dem Beginn seiner Tätigkeit auch Klarheit hinsichtlich seiner Rechte und Befugnisse insbesondere gegenüber der Betriebsleitung und seines Verhältnisses zu den Gewerkschaften erreicht werden. Solange dies noch nicht allgemein durch ein Betriebsverfassungsgesetz geregelt ist, müssen diese Fragen betrieblich (zum Beispiel im Betriebskollektivvertrag) vereinbart werden.

2.1. Betriebsräte und Gewerkschaften

Das Recht auf Eigentum der Werktätigen an ihrem Betrieb darf nicht mit dem Recht jedes einzelnen Werktätigen auf kollektiv zu organisierenden Schutz seiner Interessen gegenüber dem Betrieb identifiziert werden! Der zwiespältige Charakter jedes Produzenten als Eigentümer und als vom Betrieb abhängiger Werktätiger findet seinen institutionalisierten Ausdruck in Betriebsrat und Gewerkschaft. Das individuelle Interesse jedes Werktätigen auf Schutz vor dem Betrieb realisiert er durch seine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Indem die Gewerkschaft als kollektiver Organisator dieses Interesses dem Betriebsrat gegenübertritt, tritt der einzelne Produzent sich selbst (der abhängige Werktätige dem kollektiven Eigentümer) gegenüber. Dies ist im Kern die Entfaltung des Widerspruchs zwischen kommandierter und assoziierter Arbeit in Betrieben des Übergangs vom Staats- zum Volkseigentum. Tendenziell wird er aufgelöst im Übergang von der Mitbestimmung zur Selbstverwaltung.

Anmerkung: Weil die Interessenvertretung der (gewerkschaftlich organisierten) Werkstätten gegenüber dem Betrieb durch den FDGB infolge der Vertrauenskrise gegenwärtig auf sehr unterschiedlichem Niveau gesichert ist, wird heute mitunter ein Betriebsratschutz der Betriebsangehörigen (Einhaltung des AGB, Gesundheitschutz, soziale Ansprüche gegenüber dem Betrieb ect.) mitzunehmen müssen und damit über seine eigenlichen heutigen Aufgaben (Kontrolle der Betriebsleitung und Mitbestimmung) hinausgehen. Es gibt daher ein wohlverstandenes Interesse der Räte in staatseigenen Betrieben an funktionsfähigen Gewerkschaften. Andererseits gibt es ein Interesse der Gewerkschaften, gewisse ihnen zugebilligte und bis heute nur formal eingelöste betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsrechte an die Betriebsräte abzugeben, um sich auf die Interessenvertretung der Belegschaft (auch hinsichtlich der Folgen solcher von den Räten mitverantworteten Entscheidungen) konzentrieren zu können. Insofern sind bis zu Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes die Zuständigkeiten innerhalb des BfV neu festzulegen.

2.2. Betriebsräte und Betriebsleitung

1. Rechte des Betriebsrats auf Kontrolle der Betriebsleitung und Mitbestimmung bei den strategischen Entscheidungen berührt nicht die Weisungskompetenz der Leitungsarbeit. Die Kontrollaufgaben der Räte bauen auf der Informationspflicht der Betriebsleitung auf.

Die strategischen betriebspolitischen Entscheidungen der Leitung gelten mit dem Zustimmungsvorbehalt des Betriebsrats (Mitbestimmung, aufbauend auf dem Vetorecht).

In den großen staats eigenen Betrieben ist heute ebenso über ein Mitbestimmungsmodell in Gestalt eines Verwaltungsrats aus Vertretern des Betriebsrats, des Staates (u.a. der von Staat eingesetzten Betriebsleitung), der Gewerkschaften und der territorialen Körperschaften (kommunale Räte) nachzudenken (erweiterte Mitbestimmung).

Mitbestimmungsrechte über Betriebsräte sind in Richtung betrieblicher Selbstverwaltung auszubauen. Aus dieser Perspektive ist der Betriebsrat das höchste Organ des selbstverwalteten Betriebs. Dies bedeutet u.a., daß die Betriebsleitung vom Betriebsrat eingesetzt oder vom Betriebsrat bestätigte Kandidaten (Ausschreibung und Kandidatenvorprüfung) von der Belegschaft bestätigt werden.

3. Betriebsratswahlen

Die einzelnen Kollektive der Arbeiter und Angestellten wählen ihre Vertreter in den Betriebsrat. Der Wahlmodus hat zu gewährleisten, daß die Mitgliedschaft von Kolleginnen in Parteien oder Massenorganisationen (einschließlich Gewerkschaft) weder Hindernisse, noch Voraussetzung ihrer Kandidatur (Wählbarkeit) für den Betriebsrat ist. Kriterien ihrer Wahl sollen ausschließlich das Vertrauen der Kollektive in sie und ihre Eignung für an sie gestellte Anforderungen sein. Dies schließt jederzeit die Möglichkeit ihrer Abberufung durch die Kollektive (mit einfacher Mehrheit) und die Neuwahl ein.

Bei Selbstbeschränkung der Zuständigkeit der Räte auf die Kontrolle betrieblicher Leitungsentscheidungen ist die Wahl von

Betriebsleitungsmitgliedern in die Räte ebenso unzulässig, wie die sonstige Einnahme der Betriebsleitung auf die Zusammensetzung und die Arbeit der Räte.

4. Die Arbeit des Betriebsrats in der gegenwärtigen Situation

Die jährlichen und längerfristigen Entwicklungspläne der Betriebsleitung sind dem Betriebsrat vorzulegen und sind von ihm zu bestätigen. Die Mitbestimmung bei strategischen betrieblichen Entscheidungsmaßnahmen (neue Technologien, einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen, Strukturveränderungen in Produktion, Sortiment, Absatz, Finanzierungsstrategien ect.) auf der Grundlage der Offenlegung der Bilanzen und Eckdaten und in Personalfragen (insbesondere bei der Besetzung der Leitungsfunktionen) ist zu sichern. Heute ist dabei den Aufgaben der Betriebsratsarbeit, der Ablösung inkompetenter Rader und der Durchsetzung von Produktionsdemokratie auf allen Ebenen Vorrang zu geben. Dem Betriebsrat sind innerhalb des Betriebs von der Betriebsleitung die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und der Schutz seiner Mitglieder zu verankern.

5. Konstituierung und Arbeitsweise.

Der Betriebsrat soll in seiner Zusammensetzung die Beschäftigtenstruktur (Arbeiter, Angestellte (darunter Verwaltungskräfte), wissenschaftliche Mitarbeiter ect.) qualitativ wie quantitativ repräsentieren, Ausschüsse bilden oder Kommissionen zu speziellen Fragen bilden bzw. berufen können. Nach dem zu bildenden Schlußsel werden in den betrieblichen Strukturen anzupassenden Wahlverfahren separat und geheim die (kandidierenden) Kollegen gewählt. Die Belegschaftsversammlung muß den Wahlmodus, eine Wahlkommission und die Amtszeit (vorbehaltlich der vorläufigen Abwahl) von gewählten Betriebsratsmitgliedern durch das wählende Kollektiv bestätigen. Neben den Regelungen seines eigenen Arbeitsregimes (Statut, Geschäftsordnung) muß er auf Antrag der Betriebsleitung (des Leiters) oder einer qualifizierten Belegschaftsmehrheit zusammenzutreten.

Dr. Thomas Klein

Rechtliche Grundlagen für Betriebs- (oder Arbeiter-) Räte

In Artikel 41 ist einer der im vollen Umfang ignorierten Grundzüge der Verfassung formuliert. Er legt den Selbstverwaltungsanspruch von Betrieben, Städten, Gemeinden und Gewerkschaften fest. Sie werden als eigenverantwortliche Gemeinschaften charakterisiert. Sie sollen die Wahrnehmung der Grundrechte der Bürger sichern. Sie stehen unter ausdrücklichem Schutz der Verfassung; ausschließlich über Gesetz kann der Eingriff in ihre Rechte erfolgen¹.

Für die Betriebe ergibt daraus, daß die Kombi-Verordnung verfassungswidrig ist. Handlungen auf ihrer Grundlage sind unrechtmäßig. Dies betrifft insbesondere Einscheidungen der Generaldirektoren und Verhandlungen mit anderen, auch ausländischen Wirtschaftseinheiten. Die Verwirklichung dieses entscheidenden Verfassungsauftrags kann nur darin bestehen, Betriebe und Kommunen direkt der Bestimmung der Werkstätten zu unterstellen. Die Mißachtung dieses und des folgenden Artikels ist der rechtlich fixierte politökonomische Grund für die Trennung der Werkstätten von ihrem Eigentum.

Artikel 42 gibt den Werkstätten das Recht, mit Hilfe ihrer gewählten Organe an der Leitung mitzuwirken. Dies bedeutet, daß die Bildung gewählter Organe der Werkstätten sowohl deren Forderungen verfassungsrechtlich begründet sind. Wie oben dargestellt ist das Gegenteil, die Ignorierung solcher Organe, Verfassungswidrig. Hier ist zu beachten, daß die Verfassung unmittelbar geltendes Recht ist (Artikel 105). Gibt es keine Gesetze, die die konkrete Verwirklichung verfassungsmäßiger Bestimmungen, die Art und Weise ihrer Umsetzung regeln, sind ausschließlich die Bestimmungen der Verfassung Handlungsgrundlage.

Es sei betont, daß eine Verfassung, ein Grundgesetz nur in der Gesamtheit seiner gültigen Bestimmungen existiert. Es ist also mit der Vorstellung von einem Rechtsstaat unvereinbar, nur einzelne Teile eines Grundgesetzes in Anwendung zu bringen. Nicht die fortgeführte Interpretation der Verfassung kann der Ausgangspunkt für eine neue Rechtsordnung sein sondern nur deren Achtung und unbedingte Verwirklichung.

Michael Grollack, DIE NEUKEN

Seite 1

Verweis zu Kantonsverfassung Art. 30: 10

AUFGABEN UND RECHTE DER BETRIEBSRÄTE (Diskussionsgrundlage für den Inhalt eines Betriebsverfassungsgesetzes)

Vorbemerkungen

Nach der Zerstörung des administrativen Kommandosystems in der Gesellschaft und in der Wirtschaft ist erstmalig die Schaffung von wirklichem Volkseigentum möglich. Damit verbunden sind schwierige Aufgaben. Die Ablösung inkompetenter Kader, die Entbürokratisierung und die Umstellung der Betriebe auf Markumbedürfnisse ist ohne die breite aktive Mitwirkung der Werktätigen nicht realisierbar. Es kommt darauf an, eine Produktionsdemokratie zu entwickeln. In der aller wesentlichen Fragen der Entwicklung des Betriebes durch alle Werktätigen in großer Offenheit und mit einem hohen Grad von Sachkunde beraten werden, in der Entscheidung entgegen dem gesunden Menschenverstand ausgesprochen werden, in der gewählte Entwicklungsweg in gemeinsamer Verantwortung von allen getragen wird und in der zu einer neuen Qualität effektiver, nützlicher, ökonomischer Arbeit gefunden wird.

Bei der Verwirklichung dieser Ziele kommt der Bildung von Betriebsräten eine große Bedeutung zu. Zunächst werden die Betriebsräte die Kontrolle der Betriebsleitung verwirklichen und mit einem Vetorecht verhindern, daß Entscheidungen an der Menschheit der Beschäftigten vorbei getroffen werden. Das berührt nicht die Weisungskompetenz der Leitung. Mit wachsender Sachkunde werden die Betriebsräte zunehmend in der Lage sein, Verantwortung für die Entwicklung des Betriebes gemeinsam mit der Betriebsleitung zu tragen und die Mitbestimmung auf alle strategischen Entscheidungen auszuweiten. In der Personelle können sich die Betriebsräte zum höchsten Organ der selbstverwalteten Betriebe entwickeln.

Nicht nur in den Betrieben mit kollektivem Eigentum sind Betriebsräte nötig, ebenso werden sie in Betrieben mit privatem Eigentum und in Einrichtungen und Institutionen zur Verwirklichung einer entwickelten Form der Mitbestimmung und zur Interessenvertretung benötigt.

Die folgenden Punkte sind als Vorschlag für ein Gesetz oder die Betriebsräte zu verstehen, sie sollten aber auch als Grundlage für die Ausarbeitung von betrieblichen Verhandlungen über die Arbeit von Betriebsräten Verwendung finden.

Bestimmung

1. Der Betriebsrat ist das normale demokratisch gewählte Gremium des Betriebs. Er vertritt die Interessen der Arbeiter, Techniker, Wissenschaftler, Angestellten und des Personals.

Die Wahl des Betriebsrats

2. Für die Arbeit im Betriebsrat sind besonders aktive und verantwortungsbewußte Mitarbeiter vorzuschlagen, die das Vertrauen der Werktätigen haben. Das können Arbeiter, Techniker aber auch Leiter sein. Diese müssen mindestens 6 Monate dem Betrieb angehören.
 - Die Mitgliedschaft in Parteien oder Massenorganisationen (mindestens in der Gewerkschaft) sollte weder ein Hindernis noch eine Bedingung sein.
 3. Je nach Struktur des Betriebes ist der Schlüssel für die Wahl von Kandidaten auszuarbeiten. Für Betriebe, in denen große Unterschiede zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen bestehen, z.B. Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler, sind aus jeder Gruppe etwa gleichgroße Anzahl Ratsmitglieder vorzusehen. Sofern der Betrieb in unterschiedliche Produktionslinien geteilt ist, sollten für jede Linie entsprechende Plätze im Betriebsrat vorgesehen werden.
 4. Für territorial getrennte Betriebsstelle bzw. für große Betriebe werden Betriebsstellenteile gewählt, die dann Mitglieder für den Betriebsrat vorschlagen.
 5. Die Wahl erfolgt durch alle Werktätigen des Betriebes in Wahlbereichen entsprechend der getroffenen Einteilung, so daß jeder Werktätige nur ihm bekannte Kollegen wählt.
 6. Die Mitglieder des Betriebsrats sind allen Werktätigen rechenschaftspflichtig und jeder Zeit in ihren Wahlbereichen wieder abwählbar.
- Aufgaben und Rechte
7. Der Betriebsrat hat die Aufgabe im Auftrage der Belegschaft die Tätigkeit der Betriebsleitung zu kontrollieren und die Rechenschafts- und Informationspflicht einzufordern. Dazu muß es ihm möglich sein, in alle Unterlagen und Daten des Betriebes einzusehen.
 8. Dem Betriebsrat obliegt die Kontrolle der Preisbildung, der Gewinnberechnung und der ökonomischen Rechnungsführung im Betrieb.
 9. Regelmäßige Berichte der Betriebsleitung zum aktuellen Geschehen im Betrieb (etwa 4 Mal im Jahr) und der jährliche Geschäftsbericht werden entgegengenommen, geprüft und Schlußfolgerungen werden abgeleitet.
 10. Der Betriebsrat muß in der Lage sein, durch ein Vetorecht Entscheidungen der Betriebsleitung an der Mehrheit der Werktätigen vorbei zu verhindern.
 11. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die demokratische Entscheidungs-

- dungsfindung mit Berücksichtigung der Vorschläge der Werktätigen für alle grundsätzlichen Fragen der Planung und Entwicklung des Betriebes zu sichern. Das betrifft insbesondere:
- Entscheidungen zur Veränderung der Eigentumsform
 - Festlegung des Produktionsprofils
 - Investitionen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung
 - Einbeziehung von ausländischen Kapital
 - Änderungen der Struktur des Betriebes
 - Aufstellung der Entlohnungsgrundsätze einschließlich der Gewinnbeteiligung
 - Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen
 - grundlegende Kaderfragen
- In diesen Fragen sowie für den jährlichen Produktionsplan und den Plan zur Aufteilung der Fonds hat die Betriebsleitung ihre Vorstellungen dem Rat vorzulegen und zu begründen. Erst nach der Bestätigung durch den Rat erhalten die Dokumente ihre Gültigkeit.
12. Bei der Verhandlung mit ausländischen Kapital hat der Betriebsrat das Recht mit einem Vertreter teilzunehmen.
 13. Der Betriebsrat übernimmt die direkte Interessenvertretung der Werktätigen, sofern das nicht durch die Gewerkschaft gegeben ist (Einhaltung des ASB, Gesundheitsschutz, soziale Fragen u.a.).
 14. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, Interessenkonflikte zwischen den Werktätigen und der Betriebsleitung zu schlichten. Sofern die strittigen Fragen im Rat nicht mit 2/3-Mehrheit gelöst werden können, hat der Rat das Recht Belegschaftsversammlungen bzw. Vollversammlungen der Wahlbereiche (bei größeren Betrieben) einzuberufen. Auf dieser haben beide Seiten des Konflikts die Möglichkeit, ihre Standpunkte zu verteidigen. Der Rat hat dann die nach Diskussion und Abstimmung gewonnene Entscheidung zu vertreten.
 15. Der Betriebsrat hat alle Werktätigen über seine Tätigkeit zu informieren. Die Tagesordnung der Ratssitzung ist vorher bekanntzugeben, sodaß alle Werktätigen Anfragen und Vorschläge einbringen können. Die Sitzungen sollten nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, damit Werktätige als Gast ohne Stimme teilnehmen können. Über die Ergebnisse der Beratungen ist breit zu informieren.
 16. Der Rat entscheidet selbst, welche Fragen unter Ausschuß der Öffentlichkeit zu verhandeln sind.
 17. Der Betriebsrat hat das Recht zur Entscheidungsfindung Arbeitsgruppen zu berufen und Gutachten anzufordern. Diese werden vom Betrieb bezahlt.
 18. Die Mitglieder des Betriebsrats müssen Kündigungsschutz genießen und, sofern es die Tätigkeit im Rat erfordert, bezahlt freigestellt werden.
 19. Der Betriebsrat enthält sich jeder parteipolitischer Betätigung.

Arbeitsweise des Betriebsrats

20. Der Betriebsrat wählt zwei Sprecher.

21. Der Betriebsrat führt in 14 Tagen mindestens eine Sitzung durch. Beschlussfähigkeit liegt vor, wenn alle Mitglieder eingeladen sind und mindestens 2/3 anwesend sind. Von jeder Sitzung wird ein Protokoll angefertigt.

22. Zur Beschlussfassung hat der Betriebsrat die Möglichkeit sich zu einer geschlossenen Sitzung ohne Gast und ohne Vertreter der Betriebsleitung zurückzuziehen.

23. Beschwerden und Anträge sind vom Betriebsrat entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Innerhalb von vier Wochen ist darauf zu antworten.

24. Mindestens zwei Mal im Jahr ist in einer Vollversammlung der Belegschaft (bei großen Betrieben dem Wahlbereich) Rechenschaft über die Tätigkeit des Betriebsrats zu geben. Auf Verlangen der Betriebsleitung oder von 1/4 der Belegschaft sind außerplanmäßige Vollversammlungen einzuberufen.

Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Das Recht der Werktätigen auf Teilhabe am Geschehen im ganzen Betrieb begründet sich aus der Form des kollektiven Eigentums. Die daraus erwachsende Mitbestimmung der Werktätigen wird mit dem Betriebsrat verwirklicht.

Der Recht der Werktätigen auf den Schutz seiner Interessen als Produzent gegenüber dem Betrieb findet seinen Ausdruck in der Organisation in Gewerkschaften.

Aus dieser unterschiedlichen Bestimmung ergeben sich die Aufgabenabgrenzungen für Gewerkschaften und Betriebsräte.

Während der Betriebsrat für eine gute Entwicklung des ganzen Betriebs zu sorgen hat, kommt den Gewerkschaften der Kampf um höhere Entlohnung, des Schutzes der Arbeitsfähigkeit und der Gesundheit sowie der Gestaltung guter Arbeits- und Lebensbedingungen zu.

Weitere Unterschiede betreffen den Aufbau der Organisationen. Während der Betriebsrat zu einem Bestandteil des Betriebs wird und alle Werktätigen vertritt, ist die Gewerkschaft ein gesellschaftliche Organisation mit eigenen Mitgliedbeiträgen, eigenen Verwaltungsapparat und eigenen Leistungen, der das Wirken im Betrieb gestattet ist. Damit diese Organisation tatsächlich für ihre Mitglieder wirken kann, muß sie ihre Unabhängigkeit vom Betrieb bewahren und darf nicht mit der Betriebsleitung verschmelzen.

Die unterschiedlichen Aufgaben von Betriebsrat und Gewerkschaft bedingen, daß Interessenkonflikte zwischen ihnen entstehen können.

nen. Dabei ist es jedoch nötig, diese Konflikte so zu lösen, daß der Konkurrenzkampf mit anderen, auf dem Privateigentum der Produktionsmittel beruhenden Betrieben bestanden wird. Da inzwischen starke gesellschaftliche Kräfte den Verkauf des kollektiven Eigentums der Werktätigen, d.h. die Privatisierung der Betriebe durch Aktienverkauf fördern, ist es jetzt notwendig Betriebsräte zu bilden und die Existenz der volkseigenen Betriebe auch im direkten Konkurrenzkampf mit kapitalistischen Firmen zu sichern.

In Betrieben mit privatem Eigentum werden die Aufgabenteilung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft nicht so streng erfolgen, da hier die Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Werktätigen gegenüber der Leitung in den Vordergrund rückt.

Wirtschaftlerkriege

Betriebsräte tragen in sich die Gefahr von betriebsorganisatorischen Entscheidungen. Deshalb ist es sinnvoll, nach der Schaffung und stabilen Funktion der Betriebsräte insbesondere in großen volkseigenen Betrieben Wirtschaftlerkriege zu bilden (oder in den Verfallsstadien auch als gesellschaftliche Aufsichtskräfte bezeichnet).

In diesen Räten werden die Interessen des Territoriums (ökologischer, infrastruktureller, der Hauptanwender und der kreditgebenden Banken durch entsprechende Vertreter gesichert. Der Betriebsrat und die Betriebsleitung sollte hier natürlich ebenso wie Vertreter der Gewerkschaft berücksichtigt werden. Der Wirtschaftler kann dann bestimmte Aufgaben des Betriebsrats übernehmen und weitergehende Befugnisse erhalten, z.B. die Bestätigung strategischer Entscheidungen und das Einsetzen der Betriebsleitung. Die Vorstellungen hierzu lassen sich jedoch sicher erst nach dem Vorliegen von größeren Erfahrungen in der Arbeit der Betriebsräte konkretisieren.

Die Ausarbeitung erfolgte unter Berücksichtigung der Vorschläge über die Bildung von Betriebsräten im VEB BAE, VBE WF und im ZWG, des Arbeitspapiers zum Thema Betriebsräte im Prozeß der Überführung von Staats- in Volkseigentum von Dr. Thomas Klein, des Entwurfs für ein Musterstatut für Personalvertretungen von Horst Schneider sowie der Materialsammlung über Betriebsräte in der DDR (1945-49) von Roland Hühne.

Als Diskussionsgrundlage erarbeitet

31.1.1970

Frank Taubner (Gruppe für Betriebsarbeit)

Initiative Verwalt. Linke)

Teil 63832862 (7-16 Uhr)

Warum brauchen wir einen Betriebsrat ?

Niemand weiß, was uns die Zukunft bringt. Vielleicht erklärt Dir Dein Chef, daß er ab morgen Topmanager ist und Du im Zuge der Reform für die Marktwirtschaft arbeitslos bist ?

Die Gewerkschaft will sich nun stark machen und Dir helfen. Bisher sind jedoch viele Mitglieder ausgetreten und sprechen der Gewerkschaft das Recht ab, als Interessenvertreter für alle Werktätigen aufzutreten.

Jetzt reicht es nicht mehr aus, um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu ringen. Jetzt geht es darum, Einfluß zu nehmen auf die Erziehungsstruktur, auf die Verhandlungen mit westlichem Kapital und auf die Kaderentscheidungen, so daß der Betrieb mit Gewinn in der Marktwirtschaft arbeitet und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dazu brauchst Du einen Rat des Betriebes, der das Mandat der ganzen Belegschaft hat und Deine Interessen tatsächlich verteidigen kann.

Was ist ein Betriebsrat ?

Wählt Eure aktivsten Kollegen, die gut im Betrieb Bescheid wissen und Euch vertreten können, als Betriebsratsmitglieder. Beauftragt Euren Betriebsrat, die Rechenschaftspflicht der Leitung durch regelmäßige Berichte einzufordern. Verpflichtet Euren Betriebsrat, dafür zu sorgen, daß wichtige Entscheidungen nicht mehr im Alleingang der Betriebsleitung an Euch vorbei getroffen werden können. Du bist Miteigentümer des Betriebs, doch die Direktion wird Dir kaum zu hören, wenn Du eine andere Meinung hast. Der Betriebsrat ist Deine Chance, eine demokratische Entscheidungsfindung durchzusetzen, in der die Meinung der Mehrheit der Belegschaft berücksichtigt wird.

Der Rat sollte die Frage der Abkündigung von unfähigen, verantwortungslosen, selbstherrlichen Leitern in seine Hand nehmen.

Die Sitzungen des Betriebsrats sollen keine Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen sein. Der Betriebsrat wird eine maximale Öffentlichkeit bei Mahnung der unumgänglichen Betriebsgeheimnisse anstreben. Die Tagesordnung ist rechtzeitig zu veröffentlichen, damit Du Anfragen und Vorschläge über Deinen Vertreter einreichen kannst.

Die Sitzungen sollten außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, damit alle Gäste alle interessierte Kollegen Deines Betriebs teilnehmen können, jedoch ohne Stille als Beobachter um Mitzuhören, was was sagt. Über die Ergebnisse der Beratung ist breit an Wandzeitungen u.a. zu informieren.

Die Betriebsleitung wird dadurch nicht arbeitslos, sie bleibt die Regierung. Aber wir bekommen eine demokratisch gewählte Vertretung, ein Parlament des Betriebes.

Wird dadurch die Gewerkschaft überflüssig ?

Die Stärke des Betriebsrats wächst mit der Stärke der Gewerkschaft. Betriebsrat und Gewerkschaften arbeiten eng zusammen, haben jedoch getrennte Aufgaben. Der Betriebsrat hat die Interessen der Werktätigen den ganzen Betrieb betreffend als Eigentümer wahrzunehmen. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder als Produzenten, Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und darüber hinaus allgemeine nicht nur Deinen Betrieb betreffenden Interessen wie Tariffragen.

Welche Rechte und Befugnisse müssen Betriebsräte haben ?

Wenn der Betriebsrat nicht wieder zu einem demokratischen Mantelchen der Leitung werden soll, so muß Du die Rechte, die Dir in der Verfassung und im Arbeitsgesetzbuch der DDR allgemein zu gesprochen wurden, für den Betriebsrat konkret fordern. Dabei geht es um mehr Rechte, als die der Betriebsräte in der BRD. Der Betriebsrat muß das Recht haben, Rechenschaft von der Leitung zu fordern. Es muß für ihn möglich sein, in alle Dokumente und Daten des Betriebes Einsicht zu nehmen. Ein Vertreter des Betriebsrates sollte ständig an den Leitungssitzungen der Betriebsleitung teilnehmen (ohne Entscheidungsbezug, zur Information). Der Betriebsrat muß das Recht haben, über die Eigentumsform des Betriebes (Privatisierung) mitentscheiden zu können.

Um mit Sachkunde Entscheidungen treffen zu können und nicht allein von der Klugheit der Leiter abzuhängen, muß der Betriebsrat die Möglichkeit haben, Gutachten von Fachleuten anzufordern und Arbeitsgruppen zu berufen, die vom Betrieb bezahlt werden.

Der Betriebsrat muß ein Vetorecht besitzen, um Entscheidungen an der Mehrheit der Kollegen vorbei zu verhindern. Die Mitglieder des Rates müssen Kündigungsschutz genießen und, sofern es die Tätigkeit im Rat erfordert, bezahlt freigestellt werden.

Wie bilden wir in unserem Betrieb oder unserer Einrichtung einen solchen Rat ?

Hängt einen Aufruf an der Wandzeitung aus. Sammelte alle Kollegen, die Sorgen um die Entwicklung des Betriebs haben und an der Bildung eines Betriebsrates interessiert sind, in einer Initiativgruppe. Bereitet Versammlungen in der Produktionslinie oder in den ehemaligen Gewerkschaftskollektiven vor, auf denen ihr die Ziele und Aufgaben Eures Betriebsrates diskutiert. Vielleicht ist es schon möglich, in den Versammlungen Kandidaten für den Rat auszustellen. Sprecht mit Euren Vertrauensleuten und versucht Euch die Unterstützung durch die Gewerkschaft zu sichern.

Die Wahl des Betriebsrates muß entsprechend der Besonderheiten und der Größe Eures Betriebs erfolgen. Helft dem Betriebsrat bei seinen ersten sicher unbefohlenen Schritten. Jeder Betriebsrat ist nur stark, wenn sich die Belegschaft hinter ihn stellt.

Welche rechtlichen Grundlagen haben wir ?

Unsere Grundlage ist die Verfassung der DDR und das Arbeitsetzbuch. Darin ist das Recht der Werktätigen und ihrer gewählten Organe, aktiv an der Leitung und Planung mitwirken zu können, festgeschrieben (AGB Paragraph 18). Mit der konkreten Ausgestaltung dieses Rechtes sieht es schon etwas schlechter aus. Es gibt zwar die Verpflichtung für die Leiter, die Vorschläge der Kollegen gewissenhaft zu prüfen und darüber Rechenschaft zu geben, aber im Fall der Ablehnung war im bisherigen Kommando-System nur der Gang zur nächst übergeordneten Behörde möglich. Daher blieb das Mitspracherecht bisher ein Schlagwort ohne lebendigen Inhalt. Mit der Bildung von Betriebsräten kommt es darauf an, das Recht auf Mitbestimmung tatsächlich einzufordern.

Gruppe für Betriebsarbeit der Initiative Vereinigte Linke
Nutzt den Erfahrungsaustausch der Betriebsräte
jeden Dienstag ab 19.00 Uhr in der Friedrichstr. 165 I

WF
Hg. Toubert

Konzeption zur Bildung eines Betriebsrates

Der Betriebsrat - die Volkammer des Betriebes

In letzter Zeit gab es in der Presse Beiträge, die meiner Meinung nach die Vorstellungen über die zu schaffenden Betriebsräte nur ungenügend darstellen. Dort wurden vor allen Dingen Vergleiche mit gleichartigen Gremien in der BRD gezogen, ohne zu beachten, daß es sich in der DDR um volkseigene, in der BRD aber zu großen Teil um privatwirtschaftliche Betriebe handelt, und damit die Ausgangsbasis eine grundverschiedene ist. Diesen Punkt besonders herauszuarbeiten ist deshalb so wichtig, weil er erst unsere Forderung klar verständlich macht. Der Betriebsrat muß gezeigt werden, daß ihre Meinung geteilt ist und die Betriebsleitung nicht in der Lage ist an einer mehrheitlichen Meinung der Belegschaft vorbeizuentkommen. Nur so können wir wieder Interesse und Engagement der Belegschaft an betrieblichen Problemen entwickeln. Profittieren würde davon nicht nur die Mehrheit der Arbeiter und untergeordneten Angestellten, sondern natürlich auch die Betriebsleitung, die ihre Vorstellungen allseitig beachtet sieht und damit in Zusammenarbeit der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat effektiver entscheiden werden kann. Das würde bedeuten, daß viele Probleme im Vorfeld geklärt werden können und damit nicht mehr das Betriebsklima vergiften. Nur wenn der Betriebsrat das letzte Wort hat, nur dann können wir erhoffen, daß sich echtes Eigentümerbewusstsein gegenüber dem Volkseigentum entwickelt. Noch besteht aber ohne einen Betriebsrat die Möglichkeit, daß der Betriebsrat der Belegschaft trifft, denn er wird nicht demokratisch gewählt, sondern eingesetzt. Wie kann die Belegschaft also sicher gehen, ohne einen Betriebsrat?

Des weiteren wurden Kompetenzstrittigkeiten zwischen dem Betriebsrat und der Gewerkschaft, bzw. ein Verantwortungsverlust der Gewerkschaft durch Einschränkung ihrer Ausgaben befürchtet. Dazu möchte ich unsere Auffassung klar zum Ausdruck bringen.

In einer Zeit, in der wichtige wirtschaftliche Entscheidungen anstehen, zeigt sich die Gewerkschaft durch die vorangegangenen Ereignisse nicht unbedingt im Zeit ihrer Macht. Außerdem repräsentiert sie aus dem selben Grund nicht unbedingt den überwiegenden Teil der Belegschaft, und hat damit natürlich auch nicht unbedingt das Mandat der Belegschaft. Da die Gewerkschaftsmitgliedschaft kein Minderungsgrund für eine Betriebsratsmitgliedschaft ist, wird sich die dementsprechende Stärke der Gewerkschaft auch im Betriebsrat ausdrücken. Für die Gewerkschaft wird es noch eine Menge Arbeit bedeuten, bis sie zu der Macht gelangt, die sie fordert. Das Gewerkschaftsgesetz ist erst der erste Teil der Arbeit, nach dessen Verabschiedung es erst richtig losgeht, nämlich durch die gute Umsetzung der dann existierenden gesetzlichen Grundlagen zu zeigen, daß es mit der Gewerkschaftsarbeit wieder voran geht. Dann wird auch wieder durch steigende Mitgliederzahlen die Macht der Gewerkschaft sichtbar. Doch bis dahin müssen wir, in dieser doch recht unsicheren Zeit, einen direkteren Weg wählen, um unsere Interessen wirksam schützen zu können. Dieses berechtigten Anliegen soll der Betriebsrat dienen.

Der Betriebsrat - Vorstellungen zu einem Gremium

Um eine allseitige Vertretung der Belegschaft zu sichern, wird der Betriebsrat demokratisch von der Belegschaft gewählt. Der Betriebsrat soll politisch zusammengefaßt sein und das in zweierlei Hinsicht:

- Alle großen Bereiche laut Betriebsstruktur müssen vertreten sein z.B. die großen Prod.-Bereiche (Glei, Rundzelle, Alkal, Akku.) aber auch Ökonomie, Technik, Absatz, Grundfond, Hauptbuchhalter / Material
- Gleichzeitig müssen auch alle Klassen und Schichten entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft vertreten sein. Das macht eine Quotierung notwendig
- Der Betriebsrat soll eine Gesamtmittgliederzahl von 12 Kollegen nicht überschreiten (entspricht etwa einem Vertreter auf 100 Kollegen)
- Die Mitglieder des Betriebsrates sollen in den Bereichen kompetent sein, aus denen heraus sie gewählt wurden, gleichzeitig aber auch ein echter Vertreter ihrer Klasse bzw. Schicht sein.

Alle vorabgenannten Dinge müssen in einem Betriebsstatut geregelt sein.

Das Betriebsstatut - die Grundlage der Arbeit des Betriebsrates

Das Betriebsstatut stellt eine augenblicklich noch freiwillige (bis zur Schaffung eines Betriebsverfassungsgesetzes) Abschattung der Betriebsleitung mit der Belegschaft dar in der Folgendes verankert werden soll:

- Wahlordnung, um eine demokratische Wahl des Betriebsrates und dessen paritätische Zusammensetzung zu gewährleisten
- Zusammensetzung des Betriebsrates (Quotierung)
- Festlegung der Wahlperiode
- Abgrenzung der Zuständigkeiten des Betriebsrates
- wichtige Strukturveränderungen
- große Investitionsvorhaben
- Kooperationsvorhaben, bzw. Austritt aus solchen Verträgen
- Rationalisierungsmaßnahmen größeren Umfangs
- umfangreiche Kreditaufnahmen
- Vorhaben im Zusammenhang mit ausländischen Firmen
- Entscheidungskompetenzen des Betriebsrates (Verbindlichkeit für die Betriebsleitung)
- Möglichkeiten des Betriebsrates zur Entscheidungsfindung
- Einforderung von Konzepten der Leitung zu Sachthemen
- Einholen von Expertenmeinungen (betrieblich und unabhängig)
- Einberufen von Arbeitsgruppen zu Sachthemen
- Allgemeine Diskussion der Belegschaft bei grundsätzlichen Veränderungen im betrieblichen Bereich
- Abwägen der Interessen der einzelnen Struktureinheiten
- Unterstützung der Betriebsratsmitglieder bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch den Betrieb, vor allen Dingen um Arbeiter in dieser Funktion nicht zu benachteiligen
- finanzielle Absicherung der Betriebsratsmitglieder bei notwendigen Arbeiten innerhalb der Arbeitszeit durch den Betrieb
- Rechenschaftspflicht des Betriebsrates gegenüber der Belegschaft
- Informationspflicht des Betriebsrates gegenüber der Belegschaft, insbesondere der einzelnen Mitglieder gegenüber dem Teil der Belegschaft, von dem sie ihr Mandat erhielten, beim Ansehen grundsätzlicher Entscheidungen, um eine demokratische Meinungsfindung zu ermöglichen

Ein solches Betriebsstatut soll überall in Betrieb diskutiert, Vorschläge sollen eingebracht und nach dessen bestmöglicher Erarbeitung durch eine Vollerbestimmung angenommen werden.
Darauf erfolgt dann die Wahl und die Konstituierung eines Betriebsrates.

Die Betriebsleitung ist von diesem Projekt informiert worden. Man hat uns versichert, daß ein Betriebsrat als zeitgemäß und richtig angesehen wird, und man gewillt ist, uns bei den notwendigen Informationen für die Bildung eines Betriebsrates Vorkenntnisse zu verschaffen.

Wir wollen nochmals darauf verweisen, daß wir den Betriebsrat nicht als Konkurrenzgremium zur BGL sehen. Der Betriebsrat soll sein Mandat von möglichst allen Betriebsratsmitgliedern erhalten, auch von den anders oder nicht organisierten Beschäftigten. Die Gewerkschaft in ihrer jetzigen Krise, mit dem damit verbundenen Vertrauensverlust, kann sich augenblicklich wohl kaum die Alleinververtretung der Belegschaft anmaßen. Sie ist aber herzlich eingeladen, an das Projekt Betriebsrat mitzuarbeiten, um so den ihrer augenblicklichen Kraft entsprechenden Einfluß auf dieses Gremium auszuüben.
Wir wollen die Zusammenarbeit mit allen Kräften des Betriebes, um so schnell wie möglich den Betrieb wieder flott zu bekommen, im Interesse der Mehrheit der Belegschaft.

Dieses Papier soll lediglich ein Arbeitspapier sein, welches als Grundlage zur Diskussion dienen soll. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und absolute Richtigkeit.
Helft uns zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, damit ein Betriebsrat so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann.
Wir erwarten also von Euch konstruktive Vorschläge zu den aufgeführten Punkten, oder auch Ergänzungen. Ebenfalls interessieren uns zu diesem Thema ablehnende und zuspinnende Meinungen. Wir begreifen auch eine direkte Zusammenarbeit mit anderen Kollegen, die sich des Arbeitsgremiums anschließen wollen.

Kontaktpersonen und Anlaufpunkte für Meinungen und Stellungnahmen

Martin Kramp, Werk 1 Abt. FBP, Tel. App. 333 (Pastorerei), bzw. App. 329 (Bauratschlanke)

Norbert Wartenberg, Werk 1 Abt. FBP, Tel. App. 330 (Gießerei)

Wir erbiten Eure Stellungnahmen, im Interesse der Wichtigkeit unseres Anliegens, bis zum 24.01.1990 bei uns abzugeben.

ab dem 19. März werden wir nicht nur eine parlamentarische Demokratie haben, sondern auch eine marktorientierte Wirtschaftspolitik. Wir wissen, daß die Marktwirtschaft nicht nur Gutes bedeuten kann. Sie bringt auch bislang unbekannte Probleme und Gefahren: verschärfte Konkurrenz in den Betrieben und Einrichtungen, deutlich beschleunigtes Arbeitstempo, Massenarbeitslosigkeit, Mietsucher, Obdachlosigkeit.

Die neuen/alten Unternehmer organisieren sich bereits überbetrieblich und national. Erste Unternehmerverbände sind schon gegründet worden. Wenn die Werktätigen nicht den Kürzeren ziehen wollen, müssen sie sich ebenfalls national organisieren.

Dazu reichen die Gewerkschaften allein nicht aus. Notwendig ist auch eine DDR-weite Koordination der Betriebsräte. Wir brauchen einen Volkskongreß, in dem sich die Gewerkschaften und Betriebsräte aus der gesamten DDR zusammenschließen.

Grundgedanke eines solchen Kongresses soll sein, daß diejenigen, die den materiellen Reichtum produzieren, auch über die Art des Produzierens und die Verwendung des produzierten bestimmen können.

Wir dürfen nicht vergessen, daß nach einer Volkskammerwahl auch eine Änderung der Besitzverhältnisse auf der Tagesordnung stehen wird. Werttätige, die über ihre Betriebsleitungen Kontrolle ausüben oder über die Produktion/Wirtschaft selbst entscheiden wollen, könnten als "Kriminelle" verfolgt werden - es sei denn; es gibt eine starke organisierte Kraft, die das verhindert: der Volkskongreß.

Noch noch sind laut Verfassung die Betriebe und Einrichtungen Volkseigentum. Noch ist es uns nicht verboten, inkompetente Betriebe- und Abteilungsleiter zu entlassen und über Fragen wie z.B. Investitionen, Joint Ventures, Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbst zu entscheiden.

Der Volkskongreß könnte ein Gremium sein, in dem diese Entscheidungen im DDR-weiten Rahmen abgestimmt werden. So könnten parallele Kettenläufe vermeiden, die Ökonomie koordiniert und die Gefahr von Arbeitslosigkeit verringert werden. Kommissionen unabhängiger Experten könnten den Volkskongreß beraten.

Ebenfalls im Kongreß vertreten sein könnten auch Gruppen mit spezifischen Interessen, die nicht mehr in der Volkskammer sitzen werden - Frauen und die Jugend. Sie könnten Gesetzesinitiativen einbringen und müssen ein Vetorecht bei allen sie betreffenden Fragen haben.

- Nehmen wir unsere Angelegenheiten in unsere eigenen Hände!
- Schaffen wir eine tatsächliche Volksmacht, der einzigen wirklichen Alternative zu den bisherigen Systemen in Ost und West!

KONTAKT:
Koordinierungsbüro für den Volkskongreß
Objekt WZG
Tschakowskystr. 13
Berlin
1130
Tel.: 482 40 23
(Dienstags, 14 - 18 Uhr)

WIRTSCHAFT UND PLANUNG IN DER DDR

Vorbemerkung

Die DDR steht wie alle sozialistischen Laender vor der Aufgabe, ihre Volkswirtschaft und das Planungssystem so weiterzuentwickeln, dass deren Leistungsfahigkeit den erwarteten internationalen Herausforderungen zumindest standhaelt. Nicht nur die zukuenftige internationale Konkurrenzfaehigkeit der DDR-Volkswirtschaft, sondern auch die vielfaeltigen sich periodisch zuspitzenden binnenwirtschaftlichen Probleme lassen einen erheblichen, vor allem qualitativen Entwicklungsschub immer dringlicher werden.

Als besondere Randbedingung bei der Loesung wirtschaftlicher Wachstums-, Struktur- und Modernisierungsaufgaben gilt fuer die DDR, dass die seit dem VIII. Parteitag 1971 proklamierte Maxime der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" als DDR-Strategie zur weiteren "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" unangetastet bleibt.

Dabei sind der DDR in ihrer Entwicklung eine Reihe aus anderen sozialistischen Laendern bekannte zum Teil dramatische krisenhafte Entwicklungen erspart geblieben. So konnte die DDR anders als die VR Polen rechtzeitig die katastrophalen Folgen einer Aussenwirtschaftsorientierung sozialistischer Laender begrenzen, die vor 74/75 auf zunehmende, zum Teil kreditfinanzierte Technologieimporte aus dem Westen setzte. Dass auch die DDR trotzdem mit Wachstumeinbussen und ansteigender Nettoverschuldung zu kaempfen hatte, ist wohl weniger der alle sozialistischen Laender gleichermaßen hart treffende rezessionsbedingten Verengung kapitalistischer Maerkte infolge der weltweiten Konjunkturreinbrueche am Ende der Zyklen 1971-75 und 1976-82 oder den Ölpreisschocks 1973 und 1980 geschuldet. Obwohl diese aeusseren Faktoren die hausgemachte Innovations- und Wachstumskrise in den sozialistischen Oekonomien zweifellos verschaeerften, zeigen die seit 1974 zwar abnehmenden, aber noch relativ stabilen Zuwachsraten der Industrieproduktion dieser Laender deren relative Widerstandsfahigkeit gegenueber dem kapitalistischen Krisenzyklus, aber auch die Unfaehigkeit realsozialistischer Volkswirtschaften, ein den hochproduktiven Anlagen angemessenes Wachstum zu erzielen.

Die Probleme der sich in den 80er Jahren auf niedrigerem Wachstumsniveau wieder stabilisierenden europaeischen sozialistischen Wirtschaften liegen in ihrer geringen Produktivitaet, der mangelhaften Qualitaet wichtiger Erzeugnisse, einer im internationalen Vergleich zum Teil noch weiter zunehmenden innovativen Schwaechе, sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Antriebsarmut. Ausdruck dessen ist nicht nur die mangelnde Weltmarkt-konkurrenzfaehigkeit, sondern sind auch Disproportionen in der Binnenwirtschaft und hartnaeckige Engpaesse in der Versorgung. Eine Ausnahme macht die DDR dabei hoechstens graduell.

Die Ursachen hiefuer liegen zweifellos im Entwicklungsstand des realsozialistischen Wirtschaftsmechanismus begruendet. Jedoch wird eine technokratische Wirtschaftsreform kaum imstande sein, die noetigen Antriebe als "wirtschaftsorganisatorischen Effekt" eines "ausgewogeneren Verhaeltnisses" von Zentralisierung und Dezentralisierung, staatlichem Weisungsrecht und betrieblicher Eigenverantwortung, materieller und finanzieller Planung ect. hervorzubringen, ohne dass ein echter Fortschritt in Richtung realer sozialistischer Vergesellschaftung erfolgt. Insofern allerdings eine Wirtschaftsreform jene Vergesellschaftung zum Ausdruck bringt, koennen wirtschaftsorganisatorische, verwaltungsreformerische oder andere Massnahmen zur Verbesserung oekonomischer Rationalitaet und Effektivitaet von ungeheurer Bedeutung sein. Was hier allen sozialistischen Laendern gemeinsam ist und wo deren nationale spezifische Probleme (insbesondere die der DDR) beginnen, wird noch zu eroertern sein.

Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass die politische Führung der DDR anders als z.B. die Rumänien seit Beginn der 70er Jahre die Bedeutung "sozialer Investitionen" fuer innenpolitische Befriedung und auch fuer wirtschaftliches Wachstum erkannt hat.

Die Lösung "Alles fuer das Wohl des Volkes" mag auch den Schock des polnischen Winters 1970/71 zum Paten haben.

Angesichts des ebenfalls fuer die DDR immer empfindlicher spuerbar werdenden Investitions- und Intensivierungsbedarfs und der dafuer fehlender Mittel beweist der Umstand, dass die DDR-Fuehrung etwa die mit dem Wohnungsbauprogramm verbundenen oekonomischen Belastungen oder die mit ihrer Subventions- und Festpreispolitik einhergehenden Verzerrungen weiter in Kauf zu nehmen bereit ist und die Vollbeschaeftigung nicht kurzfristig wirtschaftlich-keitsstrahlen opfert, den "strategischen" Charakter dieser seit 16 Jahren durchgehaltenen Politik.

Die DDR-Fuehrung will auch in Zukunft diesen sozialpolitischen Kurs beibehalten.

Ebenso beharrt sie auf ihrem eigenen wirtschaftsorganisatorischen Konzept der Entwicklung von "Kombinaten" (siehe Abschnitt 1) als Rueckrat der Planwirtschaft und auf ihrem den Zentralismus favorisierenden Planungssystem.

Das Selbstbewusstsein, mit dem die SED Reformprojekte anderer sozialistischer Laender als fuer den DDR-Sozialismus irrelevant einstuft, ist sicherlich dadurch erklarbar, dass dieses Land "an der Nahtstelle der Systeme" sich bisher im Vergleich mit den anderen sozialistischen Laendern noch am erfolgreichsten "durchgewurstelt" hat. So gerast aus dem Blick, dass alle sozialistischen Laender im Grunde vor der gleichen Entwicklungsschwelle stehen, wenn auch die Probleme in einigen Oekonomien zugespitzter und spezifischer anders gelagert erscheinen.

Es bleibt die Frage, ob das Beharren auf diesem Kurs wohlhabenderer Stabilitaat und sozialistischem Wirtschaftsdirigismus substantiellen wirtschaftlichen und gesellschaftsreformatorischen Anstrengungen (etwa jenen, die in der UdSSR, der CSSR oder der VR Bulgarien erprobt werden) auf die Dauer ueberlegen sein kann.

Aus der Sicht solcher Wirtschaftsprobleme, wie sie einerseits Rumänien, andererseits -voellig anders gelagert- die VR Ungarn hat, scheint dies nicht abwegig zu sein. Gemessen am Kriterium "Mehr Sozialismus und hoehere wirtschaftliche Leistungsfaeheigkeit" jedoch schneller alle Laender unbefriedigend ab.

Obwohl gerade aus heutiger Sicht der DDR-Wirtschaftsmechanismus organisches Gewachsen erscheint, ist seine Geschichte reich an bezeichnenden Widersprüchen, wie der folgende Abschnitt verdeutlichen soll.

1. Entwicklungsstapen realsozialistischer Wirtschaftspolitik in der DDR

Die offizielle Geschichtsschreibung gliedert die Entwicklung des Landes seit Ende des II. Weltkrieges in mehrere Etappen.

Waehrend der antifeudalistisch-demokratischen Umwälzung sollten die Aufgaben der buergerlich-demokratischen Revolution zu Ende gefuehrt und politische-ökonomische Voraussetzungen fuer den Uebergang zur sozialistischen Revolution geschaffen werden.

Oekonomisch ist diese Etappe charakterisiert durch

- die Enteignung des Grundbesitzes und die Uebergabe von Boden, Vieh und Geräeten an laendliche und landlose Bauern sowie Umsiedler im Herbst 1945.
- die Sequestrierung aller Monopolbetriebe, Ruestungsbetriebe und Eigentums von Nationalisten in "Volkseigene Betriebe" (VEB) im Ergebnis des Krieges, ihre Umwandlung in "Volkseigene Betriebe" (VEB) im Ergebnis des gesellschaftlichen Volksentscheids 1946 (gefolgt von gleichlautenden Gesetzen in den anderen Laenderparlamenten), soweit sie nicht als Reparationsleistung demontiert oder zeitweilig in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt und weitens der UdSSR an die spaetere Regierung der DDR uebergeben wurden.

Die volkseigenen Betriebe waren zunaechst einheitlich laenderverwaltet und wurden spaeter je nach Groesse und oekonomischer Bedeutung den "Deutschen Zentralverwaltungen", den Laenderregierungen oder den Landratsaemtern der Kreise unterstellt.

- Den Aufbau zentraler wirtschaftsleitender Organe, wie der erwaehten Deutschen Zentralverwaltungen (etwa fuer Industrie, Handel und Versorgung Justiz etc.) und wie der Branchenleitungen in der Industrie auf Laender- und zentraler Ebene in Form der "Vereinigungen Volkseigener Betriebe" (VVE) Die oekonomisch orientierten Zentralverwaltungen wurden 1947 zur "Deutschen Wirtschaftskommission" (DWK) zusammengeschlossen, die wie ihre Vorgaenger direkt der Sowjetischen Militaeradministration fuer Deutschland (SMAD) unterstellt war und spaeter (nach Gruendung der DDR 1949) in der einzelnen Regierungsministerien aufging, wobei es gleichzeitig zur Bildung eines Planungsministeriums kam.

Parallel dazu bildeten sich Institutionen gesamtstaatlicher Planung heraus. Am Beginn standen sog. "Produktionsbefehle" der Besatzungsmacht, orientiert auf Gebrauchsweite und berechnet auf einen Quartalszeitraum.

1948 erfolgte die Verkuendung des 2. Halbjahrplans und des Zweijahrplans 1949/50 durch den Parteivorstand der SED.

Im Prozess der Uebergabe zentraler Planungs- und Wirtschaftseitungsbefugnisse an deutsche Organe seitens der Besatzungsmacht formten sich bereits die invarianten kuenftigen realsozialistischen Wirtschaftsformen.

Sogenanntes gesamtgesellschaftliches Eigentum wird als Staats Eigentum nicht von den Produzenten, sondern durch Beauftragte der Partei und des Staates "im Interesse der Werktuetigen" verwaltet und geplant. Diese erste Etappe, in deren Verlauf die Industrieproduktion auf dem Gebiet der heutigen DDR das Vorkriegsniveau erreichte, endete mit der Gruendung der DDR 1949 und den Beschluss des "Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus" durch die II. Parteikonferenz der SED 1952.

Die Etappe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus ist Ausdruck einer politischen Option, die eine deutsche Wiedervereinigung angesichts der Entwicklungen in der BRD langfristig ausschloss und damit den sozialistischen Aufbau fuer das Gebiet der DDR rechtfertigen konnte.

Oekonomisch relevant fuer diese Etappe sind folgende Momente:
- Uebergang zum sowjetischen 5-Jahresplanzyklus (wobei in keinem Falle die Jahrespläne den urspruenglichen "Jahrespläne" des 5-Jahresplans zu entsprechen vermochten)

- schrittweiser Ausbau des volkseigenen Wirtschaftssektors in der Industrie von weniger als 50% 1949 bis auf ueber 90% am Anfang der 60er Jahre (Dabei Entwicklung von Uebergangsformen hin zum "sozialistischen Eigentum" in Industrie, Groeshandel und Einzelhandel).

- genossenschaftlicher Weg in der Landwirtschaft (in Gestalt "Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften")

- mehrfache Modifikation der Wirtschaftsstrukturen mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung zentraler Vorgaben bei Verbesserung der Qualität wirtschaftlichen Handelns unterstellter Organe. Insbesondere waren dies der Funktionswandel (und die spaetere vorbeuehrende Aufloesung) der VVB, der Rueckgang der Bedeutung oertlich und bezirksgeleiteter VEB, die Umwandlung des Planungsministeriums in die "Staatliche Plankommission" (SPK), die spaetere Erweiterung deren gesamtwirtschaftlicher Planungskompetenz durch Ausuebung von Wirtschaftsfunktionen anstelle der Industrieministerien, wobei diese Funktionen dann wiederum den "Volkswirtschaftsrat" (parallel mit einem Wiederaufleben der VVB als Industriezweigleitungen) uebertragen und schliesslich mit dessen Aufloesung erneut an die neugebildeten Industrieministerien zurueckgegeben wurden. Begleitet waren diese Strukturexperimente von mehrfachen kurswechseln infolge oekonomischer Fehlprognosen.

Versuche, die Prozesse der Wirtschaftseitung unter erweiterter Ausnutzung von Ware-Geld-Beziehungen zu oekonomisieren, scheiterten damals noch weitgehend schon im Ansatz. 1963 verkuendete der VI. Parteitag der SED den "Sieg

der sozialistischen Produktionsverhältnisse".

Die Periode der "Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft" wurde von der Parteiführung angesichts gravierender Disparitäten zwischen realen Produktion- und Herrschaftsverhältnissen einerseits und den nominellen Ansprüchen an eine sozialistische Gesellschaft andererseits zunächst als Absolvierung einer Phase des "umfassenden Aufbaus des Sozialismus" (VII. Parteitag 1967) verstanden, die zudem noch von einer Vorstellung vom Sozialismus als (gegenüber dem Kommunismus) "relativ selbstständig" begleitet war.

Diese Periode ist charakterisiert durch Versuche, ein optimales Verhältnis zwischen zentralen und dezentralen Entscheidungs Kompetenzen bei der Realisierung aller von der Parteiführung formulierten Wirtschaftsziele zu erreichen. Als Hauptinstrumente für die planmäßige Umsetzung wirtschaftlicher Zielstellungen galten im 1963 verwendeten "Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NOESPL) die sogenannten "ökonomischen Hebel". Niemals auch nur annähernd erreicht wurde Ulbrichts Forderung nach einem "sich selbst regulierenden System" solcher Hebel. Charakteristisch war damals die weitreichende Freizügigkeit bei der Entwicklung effektiver Methoden technokratischen Managements in benennenswerter Affinität zu modernen, in kapitalistischen Wirtschaftssystemen erfolgreich angewandten Methoden der Operationsforschung, Netzplantechnik, Optimierung und kybernetischer Modellierung ökonomischer Prozesse. Technokratisches Denken, ein "kybernetisches" Verständnis von Ökonomie und die Wahrung der zentralen Strategiekompetenz (hinter deren Rücken sich aber schon einige Wirtschaftsprozesse zu selbstständigen begannen) waren prägend für diese Etappe. Die technokratische Umverteilung wirtschaftlicher Befugnisse an dezentrale Leitungsinstanzen wurde bei Entstellung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus als "weiterentwicklung sozialistischer Demokratie" apostrophiert. Allerdings wurde tatsächlich ein Fortschritt an wirtschaftlicher Transparenz und Effektivität erzielt.

Eine Überbegreifung zum heutigen Fundament DDR-sozialistischen Industrie-Management war die Aufwertung der VVB, die (horizontal nach Branchen strukturiert) als ökonomische Führungszentren nicht nur viele bisher den entsprechenden Hauptabteilungen der zuständigen Ministerien bzw. dem Volkswirtschaftsrat obliegenden Kompetenzen übernahmen, sondern auch selbst der wirtschaftlichen Rechnungsführung folgten, wobei eigene Fonds verfügten und "ökonomische Hebel" anwenden konnten.

Das NOESPL versuchte sich also an der "konsequenter" Nutzung "sozialistischer Ware-Geld-Beziehungen" im Sinne "optimaler Wirtschaftlichkeit" auf der Grundlage zentralstaatlicher Planung. Verbunden war dies mit einer Umwertung der Prioritäten von Plankennziffern. An die Stelle der Bruttoproduktion trat die Warenproduktion und das Betriebsergebnis (Gewinn). Auf rein ökonomischer Ebene war die Zielstellung unstrittig sehr anspruchsvoll, wenn man den Vergleich zu früheren Methoden des Wirtschaftens zieht.

Es zeigte sich bald die Grenzen der Möglichkeiten, die Werktaetigen (nach dem Misserfolg ihrer "ideellen Stimulierung" in den 50er Jahren) im Rahmen des neuen Systems "materiell" zu stimulieren. Ende der 60er Jahre vergrößerten sich die wirtschaftlichen Probleme, weil sich vor allem ernsthafte Disproportionen zwischen den Zweigen und ein wachsendes Defizit bestimmter (preiswerter) Konsumgüter einstellten. Trotz euphemistischer Lösungen von der "sozialistischen Menschengemeinschaft" verlor der DDR-Sozialismus an Attraktivität. Stagnation und Rückgang im wenig lukrativen Wohnungsbau waren nur eine Folge der Gewinnorientierung des "ökonomischen Systems des Sozialismus". Der VIII. Parteitag 1971 beendete unter einer zwischenzeitlich veränderten Parteiführung diese Etappe.

"Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" ,verkündet auf dem VIII. Parteitag, bezeichnet die nominell auch noch heute für die DDR gültige Entwicklungsphase. Ihr soziales Wesen ist gekennzeichnet durch

das Zurückweichen vor der Problematik gesellschaftlicher Zielprojektionen, was auch durch beschwerende anderslautende Formulierungen im neuen Parteiprogramm nicht aufzuwiegen ist. Favorisiert werden dagegen zunehmender materieller Wohlstand, soziale Sicherheit und Wohlfahrt (was zu Recht große Akzeptanz in der Bevölkerung genießt) unter den Bedingungen zunehmender zentralisierter Entscheidungsfindung, verstärkter Durchgriffe und verbesserter Kontrollen "von oben" mittels Gesetzblättern und Kennziffervorgaben alles im Namen "gesellschaftlicher Erfordernisse".

Ausgangspunkt war die voellig richtige Feststellung, dass sich sozialistische gesellschaftliche Zielstellungen und volkswirtschaftliche Proportionen nicht im Selbstlauf über ökonomische Hebel realisieren. Jedo wurde wie bei allen vorangegangenen Reformphasen auch diese Periode d experimentierens mit ökonomischen Modellen von der neuen Parteiführung unter Honecker besetzt, ohne die Herausbildung neuer und demokratisch Strukturen für die Entscheidung über Kriterien sozialistischen Wirtschaftens zuzulassen. Statt dessen suchte man nach Methoden rationaler und wieder mehr zentralistischer Administration, jetzt unter der Losung d "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Als neue selbst geschaffte Kaderbindung trat eine bisher nicht gekannte Kreditnahme bei. Kapitalist schen Banken hinzu; unter anderem auch, um die Versorgungslücken Anfang d 70er Jahre zu stopfen.

Beibehalten wurde der Gedanke von nach dem Eigenwirtschaftungsprinzip arbeitenden Wirtschaftszweigeleitungen aus dem NOESPL. Er schien besonders geeignet, den Leistungsweg von der Zentrale zum Betrieb abzukürzen u bestimmte administrative Aufgaben der Zentrale über ökonomische Instrumente an die Wirtschaftseinheiten weiterzureichen. Als Mangel erwies sich die einseitige Leitungsinstanz-Charakteristik der VVB. Die Alternativen in der durchgängigen Umformierung der Industrie auf "kombinierte" liegen. (Charakteristisch waren hier

- die (problematische) Bindung der Kombinateleitung an einen "Stammbetrieb" - die Einbindung bisher zentral geleiteter Forschungs- und Entwicklungsrichtungen in die Kombinate (bei gleichzeitiger Deonomisierung der Ergebnisse)

- die Erweiterung der alten horizontalen Branchenstrukturen und die Schaffung finalerzeugnisseitiger Zusammenschlüsse mit geschlossenem Kreislauf aus Zulieferern (auch aus "fremden" Branchen), Produktion und Absatz.

Mit der Durchsetzung eines zweigliedrigen Systems der Wirtschaftsleitung (Ministerium als wirtschaftsleitendes Organ / Kombinat mit seinen von it geleiteten Betrieben) entsteht der Eindruck einer verbesserten Leitungseffektivität, da die signifikanten wirtschaftlichen Entscheidungsknotenpunkten Massgaben der Zentrale organisatorisch unmittelbar nachgeordnet sind. ; Hintergrund steht sicherlich der Gedanke eines zentralistischen Planungsperfektionismus.

Vom Standpunkt objektivierbarer Wirtschaftlichkeit ausgehend zeitigt jedoch eine solche Eruendigung administrativer und ökonomischer Instrumentarien erhebliche Probleme. Fehlende Möglichkeiten für Effektivitätsvergleiche über die Kombinatengrenzen hinweg (selbst zwischen gleichgelagerten, aber verschiedenen Kombinatengrenzen zugeordneten Betrieben), die kombinatorische des Industrieprägnanzniveau im brancheneigenen Sortiment und die volkswirtschaftliche Bilanzhöhe bei Importen aus dem Branchensortiment des jeweiligen Kombinate liegen dem zugrunde.

Die Kombinate waren zwar imstande, spektakuläre Kriseneinbrüche mit Rueschwirkungen auf das Lebensniveau der Bevölkerung gerade in der Zeit enormer ausenwirtschaftlichen Drucks und mangelnder wirtschaftlicher Potenzen Anfang der 80er Jahre zu verhindern, da über sie schnell und relativ reibungslos zu operieren ist. So koennen sie einfach zur (wenn auch noch so uneffektiven) Konsumgüterproduktion verpflichtet werden, selbst wenn dies, genesen an ihrem Produktionsprofil, absurd erscheint.

Andererseits provozieren die Eigengesetzlichkeiten kombinatorischen Wirtschaftens geradezu Innovationsfeindlichkeit. Da die Planerfüllung nach dem ne gestalteten Kennziffernsystem Nettoproduktion / Nettogewinn / Export / Kor

...umgueter einzig relevantes Orientierungskriterium geblieben ist und natuerlich nach wie vor wenig mobilisierende Impulse bei den Werksaetigen ankommen, geschweige denn von ihnen ausgehen, bleibt die "oberste Befehlsebene" (Politbuero, Ministerrat etc.) als einziger Motor unentwegt taetig, um ueber neue Gesetzaebter und diverse Auflagen den noetigen Schwung zu erzeugen. So wird gleichzeitig nicht nur ihre Unentbehrlichkeit staendig "praktisch nachgewiesen", sondern auch der bestehende Wirtschaftsmechanismus gerechtfertigt. Gerade jetzt zeigt sich das Beharrungsvermoegen dieses realsozialistischen Konservatismus besonders deutlich.

2. Die DDR und der Rat fuer gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Der 1949 gegruendete RGW war damals in allererster Linie die Antwort der UdSSR und der Volksdemokratien im sowjetischen Einflussbereich auf die Handelsboykottpolitik der USA und des unter anglo-amerikanischem Einfluss stehenden Westeuropa im Namen des MARSHALL-Plans. Bis 1952 war weniger die gemeinsame Loesung oekonomischer Probleme Aufgabe des RGW, sondern die Normierung der Randbedingungen fuer eine Industrialisierung oder wirtschaftliche Umorganisation der osteuropaeischen Volkswirtschaften nach dem sowjetischen Modell. Dies geschah unter Bedingungen der wirtschaftlich schwerzuerhaeltenden Ablosung von zum Teil traditionell stark mit westlichen Maerkten verflochtenen Oekonomien. Die RGW-Grueundung war Element der Blockbildung des kalten Krieges und folgte der These Stalins vom "Zerfall des einheitlichen Weltmarktes". Der RGW drueckte bis 1956 vor allem den Prozess der politischen und oekonomischen Angleichung an die UdSSR aus und erreichte bald die durch das Prinzip des "einheitlichen Wegs" beim oekonomischen Neuaufbau gesetzten Grenzen. Konkurrenzschwache und Rohstoffabhaengigkeit von der UdSSR sollten chronisches Merkmal bleiben, waehrend ungleiche Wirtschaftsverhaeltnisse zugunsten des nationalstaetlichen Souveraanitaetsprinzips mehr und mehr abgebaut wurden. Bis 1952 konnte der RGW bei all dem gar keine echte oekonomische Funktion erfuehlen, da wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Beginn der Neugruendung der Wirtschaft gehandelt wurde.

Die wirtschaftliche Gleichberechtigung ab 1956 aenderte sich dies.

Die "Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung" (1962) und das "Komplexprogramm fuer die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit der sozialistischen oekonomischen Integration der Mitgliedslaender des RGW" (1971) waren erste Ergebnisse des Ringens um mehr Multilateralitaet im Spannungsfeld nationalstaetlicher Interessendifferenzen sowohl im Intra-RGW-Handel, bei der oekonomischen Kooperation und spaeter auch bei den Versuchen des Ausbaus der Beziehungen zur EG.

Dabei ist der RGW keine supranationale Behoerde, seine Organe fassen zu inhaltlichen Fragen keine bindenden Beschluesse und es gibt keine Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip. Sicherungen im Interesse nationalstaatlicher Souveraanitaet sind vielfaeltig. "Grossstmoeeglicher Nutzereffekt" als Integrationsziel ist eine ebenso widerspruechliche Broesse, wie der ungleiche oekonomische Entwicklungsstand der RGW-Mitgliedslaender, ihre unterschiedlichen Systeme der inneren Planung und der Handhabung des Aussenhandelsmonopols einschliesslich der nicht angepassten inneren Binnenaerhaeltungs-, Preis- und Finanzsysteme seit eh und je unueberwindliche Huerden supranationaler Wirtschaftskooperation geblieben zu sein scheinen.

Die nationalen Parteifuehrungen koennen offenbar das Instrument "nationaler Staatsplan" als Ausdruck ihrer Kompetenz bei der Vergesellschaftung nur sehr beschrænkt relativieren und nehmen lieber die damit verbundenen Effektivitaetsverluste in Kauf. Anders gesagt: Die Bereitschaft zur multilateralen Arbeitsteilung hat die Aufrechterhaltung dieser Kompetenz als ein wesentliches Kriterium. Jene Bereitschaft duerfte bei den Partnerlaendern der UdSSR auch durch das objektiv vorhandene grosse sowjetische Uebergewicht im RGW gedampft worden sein. Dieses Uebergewicht drueckt sich nicht nur im sowje-

tischen Rohstoffmonopol aus, sondern erscheint ebenfalls als quantitatives Warenuebergewicht. Die UdSSR produziert ca. 65 % des RGW-Gesamtprodukts, ihr Anteil am Intra-RGW-Handel ist am groessten, jedoch ist dieser, bezogen auf ihren sowieso relativ schwach entwickelten Gesamtmarkt, im RGW nach Ruemaesse am kleinsten.

Das Komplexprogramm 1971 orientierte vor allem auf die Koordinierung der nationalen Plaene vor ihrer endgueltigen Festlegung in den Laendern mittels "abgestimmter Plaene multilateraler Integrationsmassnahmen". Das neueste wissenschaftlich - technische Programm des RGW bis zum Jahr 2000 soll in der Kontinuitaet dieses Denkens die Zusammenarbeit im RGW den aktuellen Erfordernissen anpassen. Doch schon heute wird vor allem von ungarischer Seite befuerchtet, dass "die alten Probleme", insbesondere die buerokratischen Zuege der RGW-Kooperation Hemmnisse bleiben. Solche Probleme werden angesichts des sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums der RGW-Laender und der Schwaechung ihrer wirtschaftlichen Position immer gravierender. Die Unterentwicklung internationaler Kooperation und des Mechanismus der Arbeitsteilung (einschliesslich gemeinsamer Investitionen und Unternehmen) im RGW sowie das permanente Aufschieben solcher Fragen, wie einer Reform des Finanz-, Preis- und Kreditsystems, der Schaffung einer tatsaechlich Geldfunktionen ausuebenden RGW-Waehrung duerften besonders den Interessen der CSSR, der DDR und Ungarns zuwiderlaufen.

Obwohl der RGW sich schon 1957 eine Verrechnungskammer fuer das "Clearing" (multilaterale Verrechnung gegenseitiger Forderungen aus dem bilateralen Handels- und Zahlungsverkehr) schuf und ab 1964 die "Internationale Bank fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit" (IBWZ) den Handel ueber den "transferralen Rubel" (TR) multilateral verrechnen sollte, ist bis heute der TR als "kollektive RGW-Waehrung" weder echt transferabel, noch wirkliche Verrechnungseinheit, noch allgemeines Wertmass, noch Akkumulationsmittel. Dagegen wurden seit 1975 rd. 9 % des Intra-RGW-Handels und 10 % des zulassigen Maximum im Handelsaldo ueberschreitenden Betrags in US-Dollar abgewickelt. Ebenso ist die schwache Rolle der 1971 gegruendeten "Internationalen Investitionsbank" bei der oekonomischen Integration im Vergleich zu bilateralen Kooperationsvorhaben sprichwoertlich.

Fuer die DDR gilt, dass ihr Handelsaustausch (wie auch der der anderen RGW-Laender) mit dem Haupthandelspartner UdSSR eine komplementare Struktur (Austausch von Defiziten) und nicht die eines auf Arbeitsteilung innerhalb derselben Warengruppe basierenden Austauschs aufweist. Dies gilt trotz zum Teil weitgehender Spezialisierungsabkommen zum Beispiel im Maschinenbau, zudem die auf Spezialisierung aufbauende Kooperation schwach entwickelt blieb. Konkret heisst dies zumeist Lieferung von Rohstoffen seitens der UdSSR gegen Konsumgueter und oft materialintensive Ausruestungen aus der DDR. Basierend auf mehrteiligen Rahmenverpflichtungen der Jahre 1980/81 und Abkommen von 1984/85, die in multilaterale RGW-Uebereinkuenfte eingebettet sind, soll die Plankoordination sowie die Spezialisierung und Kooperation weiterentwickelt werden.

Der 1985 erreichte Handelsumsatz von 66 Milliarden TR zu laufenden Preisen 1981-85 weist gegenueber 1976-80 eine betraechtliche Steigerungsrate vor allem als Folge von Preissteigerungen bei Energietraegern und Rohstoffen auf. Wie die DDR waren die meisten RGW-Laender ausserstande, ihre Exporte wesentlich zu erhoehen, um die Preisanstiege fuer Oel und Gas auszugleichen, so dass die UdSSR einen Teil ihrer Lieferungen kreditierte und die Importeure ihre Energiebezuuge kuerzten. Die enormen Handelsbilanzdefizite der DDR in ihrem SU-Handel 1981/82 druecken auch dies aus. Die Verschlechterung der Terms of Trade im Handel mit der UdSSR zeigten sich auch im deutlichen Fungang der bis 1984 alljaehrlich ansteigenden Zuwachsraten im Handel. Insgesamt hat aber die Verflechtung gegenueber 1980 zugenommen. 1984 schlug nach der im RGW vereinbarten Preisberechnungsformel die zweite Preiswelle von 1979/80 voll auf die RGW Preise durch. Der Anteil der sowjetischen Oellieferungen am Gesamtwaert der DDR-Importe aus der SU stieg gegenueber 1981 um ueber 10 % auf 41,8 %, wogegen der mengenmaessige

gesammelte Flugschriften DM 5.- **DDR '89/90**

Originaldokumente der DDR-Opposition

Heft 1: Grundsatzdokumente von Oppositionsgruppen
erstellt vom Herausgeberkollektiv

soeben erschienen:

Heft 2: Lilo - Dokumente der Frauenbewegung in der DDR
erstellt von Lila Offensive (Lilo)

erscheint in Kürze:

Heft 3: Dokumente der Vereinigten Linken
erstellt von der Initiative Vereinigte Linke

herausgegeben vom AStA der Technischen Universität Berlin (West) Marchstr. 6, D-1000 Westberlin 12
Redaktion und inhaltliche Gestaltung: Aktive aus Ostberlin
Technische Gestaltung, Produktion und Vertrieb: AStA TU
V.i.S.d.P.: Claus Vogt c/o AStA TU

Einzelheft 5.- DM - Bearbeitungspauschale 5.-DM - Händleranfragen erwünscht
Bestellungen nur per Vorüberweisung auf Konto:
D. Sternel Sonderkonto Nr. 514306-104, PostGiro Berlin BLZ 100 100 10
Auf dem Einzahlungsformular: Absender, wieviel und welche Hefte.
Auch spätere Hefte können schon bestellt werden.

In Westberlin erhältlich an folgenden Stellen:

AStA TU, 1/12, Marchstr. 6. Öffnungszeiten 11-14.00 Uhr.
fast alle anderen Asten

AL-Basisbüro, 1/62, Badensche Str. 29, 12-18.00 Uhr

JuSo-Landesbüro, 1/65, Müllerstr. 163, 9-13.00 Uhr

Mehringhof (Buchladen "Schwarze Risse") 1/61, Gnelsenaustr. 2

herausgegeben vom AStA der TU Berlin (West)



Impressionen
von der
Arbeitskonferenz
der
Vereinigten Linke
am
25./26.11.1989



Der Umbruch in der DDR

Meinungen, Analysen, Dokumente und Planspiele
Band I und II

Fachschaftsrat Geschichte
der Westfälischen Wilhelms-Universität
4400 Münster, Domplatz 20-22

Januar 1990

51



... denn nur wo DDR draufsteht
ist auch DDR drin !

BOTTLE
NICHT
NEIGEN

